

Ingrid Lohmann
Neoliberalistische Bildungspolitik

Alfred Gusenbauer
Populär – nicht populistisch

Ausgabe 3 | 00
Heft 113
9,50 DM
Mai |
Juni 2000

Mathias Machnig (Interview)
„Person, Programm und Performance gehören zusammen“

Kommission „Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH
Bundeswehr-Modell „200F“

PARTEIEN UND POPULISMUS

DANKE JÖRG!



von Thomas Westphal

Die Sozialdemokratie hat die Individuen entdeckt. Seit einigen Jahren wimmelt es in Kanzler- und Ministerreden von Symbolen und Metaphern einer antietatistischen, dem Individuum zugewandten Politik. „Die Menschen wollen den Staat nicht vor ihrer Nase haben, sondern an ihrer Seite!“. Mit diesem Slogan trat der damalige Ministerpräsident Schröder seine Landtagswahl an, die ihn schließlich ins Kanzleramt spülte. Seitdem hört man viel von Selbstverantwortung, Eigeninitiative, bürgerschaftlichen Engagement, der persönlichen Risikofreude, vom Sozialstaat als Trampolin und nicht als Hängetmatte und der sogenannten ICH GmbH und Co. KG. Seit dieser Zeit geisterte auch schon mal der Kommunitarismus als ideengeschichtliche Basis dieser Metaphern durch die alte Staatspartei SPD. Zuletzt entdeckte der Kanzler die Zivilgesellschaft für sein Politik-Marketing.

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik finden wir ein ähnliches Wortgeklingel vor: Mehr „venture capital für die start up-Unternehmen aus der new economy“, Vermittlung von „business angel“ für die Kapitalmobilisierung im Standortwettbewerb etc. Alles Standardrepertoire sozialdemokratischer Landespolitik.

Ein großes Durcheinander als Folge eines sprunghaften Politikstils, meinen die einen, bestenfalls eine aufgeblasene Begriffskonstruktion, die sich an die moderne Welt des Internets und der postmodernen Schichten andockt, meinen die anderen. Wie weit reicht die Politik der individuellen Selbstverantwortung in die politische Realität hinein? Haben wir es „nur“ mit einem stoisch wiederholten Modernitätsgequatsche zu tun oder deutet sich tatsächlich ein Wechsel des politischen Grundverständnisses in der SPD an (incl. einer neuen Koalitionsoption)? Und schließlich, was ist auszusetzen an einer Politik, die die Selbstverantwortung der Menschen stärkt und die staatliche Bevormundung einschränken will? Wie muss eine solidarische Politik im Zeitalter

des Netzwerk-Kapitalismus mit mehr Eigenverantwortung für Arbeitnehmer praktisch aussehen? Bei aller Kritik am Kurs der Bundesregierung, auch auf der Seite der Linke existieren mehr Fragen als Antworten auf die neuen kapitalistischen Realitäten.

Kurzum: Die Linke wäre gut beraten, die Liebäuglein der SPD mit der FDP in Nordrhein-Westfalen und die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD als Anlass zu nehmen, eine sehr gründliche und offene Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und Individualität im sozialdemokratischen Selbstverständnis zu führen. Mitunter wird die ganze Veranstaltung auch zur Klärung unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der eigenen Reihen führen. Insofern stimme ich den Ausführungen von Karsten Rudolph in der letzten Ausgabe der spw zu, wenn er schreibt: „Die spw steht dann, wenn sie differenziert und auf der Höhe der Zeit Kritik an der sozialdemokratischen Politik übt, mitten im Leben und mitten in der Partei“.

Am heftigsten wird das Verhältnis von Staat und individueller Selbstverantwortung im Zusammenhang mit der Zukunft des Sozialstaates debattiert. Wenn dieser Tage viele Sozialdemokraten betonen, dass die individuelle Selbsthilfe vor der staatliche Unterstützung stehen müsse, dann bedarf das einiger Klarstellungen. Der Sozialstaat, oder besser die Einrichtungen der Sozialversicherungen, gehören nicht dem Staat. Der Staat hat lediglich die Aufgabe, das Finanzinstitut Sozialversicherung, das sich aus den Beiträgen der Versicherten speist, zu kontrollieren. Die durch Beiträge und Steuern erworbenen Anrechte stellen für viele Arbeitnehmerhaushalte den größten Teil ihres geldwerten Vermögens dar. Neben dem Hausbesitz und dem Besitz von Aktien sind die erworbenen Rechte aus der Sozialversicherung die wichtigste Eigentumsform der Mittelschichten in Deutschland. Entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten in der bürgerlichen Gesellschaft ist dieses Eigentum

aber kaum geschützt. Der Sozialstaat kann – und viele sozialdemokratische Regierungen tun dies auch – seinen Bürgern diese Anrechte kürzen, streichen oder künftig wegfallen lassen, siehe aktuelle Rentendebatte. Das ganze natürlich ohne jede Entschädigung. Wenn beim Thema Sozialstaat das Thema Individualität und Staat zur Debatte steht, dann im genau umgekehrten Sinne. Die Frage lautet, wie befreien wir die „Solidargemeinschaft der Versicherten“ und die erworbenen Anrechte von politischer Einflussnahme aus Gründen der allgemeinen Fiskalpolitik. Ähnlich wie Michael Vester dies in einer der letzten Ausgaben der spw beschrieben hat, bin ich der Meinung, dass viele Bürger nicht deshalb der SPD den Rücken kehren, weil sie unter den Sparplänen leiden, sondern weil sie keiner Partei mehr zutrauen, mit dem Versicherungssystem, welches aus ihren Beiträgen besteht, verantwortungsvoll umzugehen.

Den Sozialstaatsbürgern fehlt nicht die Einsicht in Sparnotwendigkeiten, ihnen fehlt völlig zurecht das Vertrauen zu den gewählten Verwaltern ihres Vermögens. Die Linken dürfen sich nicht wundern, wenn das Vertrauen zu den Fondsmanagern der Banken und zu den Finanzberatern stärker ausgeprägt ist als das Vertrauen in den Bundesarbeitsminister. Während sich die unterprivilegierten Schichten den Sparmanövern der Politik unterwerfen, fliehen die privilegierten Schichten in die private Versicherungsform. Die Logik des Sozialstaates verkehrt sich in sein Gegenteil, die Akzeptanz der Sozialversicherung geht verloren.

Kurzum: Ich plädiere nicht für die Privatisierung des Sozialstaates durch die Einführung des sogenannten Kapitaldeckungsverfahrens. Ich plädiere für eine intelligente Neuaufgabe der schwedischen Arbeitnehmerfonds als Ergänzung der staatlichen Versicherung durch selbstverwaltete Strukturen. Nur so lassen sich die zentrifugalen Kräfte die die Solidargemeinschaft zu sprengen drohen, aufhalten. **spw**

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin) (+)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Birgit Strack
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-,
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de

Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Juni 2000

INHALT

Thomas Westphal

kurzum 2

MAGAZIN

Axel Schäfer

Eine notwendige Fischer-Kontroverse 4

Sebastian Jobelius

Das „Mobilisierungsproblem“ ist ein Modernisierungsproblem

Landtagswahl in NRW 6

Kai Burmeister, Björn Böhning

In Deutschland links oben. Schleswig-Holstein nach den Landtagswahlen 8

Andreas Pfeuffer, Raisons d' agir

Für eine Europäische Soziale Bewegung 10

Tim Klein, Markus Lauber

Yahoo & Co. von links: www.LinksNet.de: 12

spw-intern 12

Ralf Krämer

Halb – Zeit: Konferenz und Aktionen in Berlin am 22./23.09.2000 13

PLATZ DER REPUBLIK 1

Burkhard Winsemann

Lob unerwünscht 14

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

*Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“
 am IFSH*

Bundeswehr-Modell „200F“ 15

Mechtild Jansen

Frauen in die Bundeswehr. Zum Urteil des EuGH vom Januar 2000 20

Rolf Mützenich

Kluge Außenpolitik 23

PARTEIEN UND POPULISMUS

Reinhold Rünker, Frank Schauff, Frank Wilhelmy

Parteien und Populismus. Einleitung zum Heftschwerpunkt 24

Frank Decker

Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa 27

Gernot Klopčič, Lennart Laberenz

Die Totalität der Mitte. Spanien nach den Wahlen 30

Alfred Gusenbauer

Populär, nicht populistisch. SPÖ gegen FPÖ 33

Thomas Mann

Aufstand gegen die Technokratie. Gedanken zum Populismus in Österreich 35

Gabriele Behler

Der Skandal als Entwertung des Politischen 38

Hauke Brunkhorst

Abschied von der egalitären Bürgergesellschaft?
 Zur geistigen Verfassung der „Generation Berlin“ 40

Interview mit Mathias Machnig

„Person, Programm und Performance gehören zusammen“
 Über Populismus und moderne Politik in der Mediengesellschaft 43

Interview mit Diether Dehm

„Links wächst Charisma in Bewegung“
 Über Populismus, populären Sozialismus und die Zukunft der PDS 47

POLITISCHE GESELLSCHAFT

Ingrid Lohmann

Neoliberalistische Bildungspolitik 50

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Christoph Butterwegge

Generationengerechtigkeit im Sozialstaat
 Rentenkürzungen als Mittel gegen Kinderarmut? 56

Eine notwendige Fischer-Kontroverse

von Axel Schäfer*

50 Jahre Europäischer Zusammenschluss waren ein guter Anlass, den Einigungsprozess mit einer – neuen – Vision zu beleben. Joschka Fischers Ansatz ist richtig: Die historische Einmaligkeit von Supranationalität als Erfolgsmodell – auch für Deutschland – zu preisen. Fischers Ziel einer Europäischen Föderation ebenso.

Die Schritte zu dem, was wir Sozialdemokraten traditionell die „Vereinigten Staaten von Europa“ nennen, sind jedoch fragwürdig. Wenn aber der Weg auch das Ziel ist, darf man sich nicht auf Abwege begeben, sonst landet man im (N)irgendwo.

Was bedeuten die Eckpfeiler von Fischers „Finalität der europäischen Integration“, Demokratie, Handlungsfähigkeit, Kompetenzverteilung, Verfassung?

Demokratie

Das Integrationsmodell von Schuman und Monnet von 1950 ist eine Kopfgeburt, nicht das Ergebnis einer Volksbewegung – auch wenn sich die Sozialdemokratie die Vereinigung Europas schon seit 1848 auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die europäische Volksvertretung, später in Europäisches Parlament umbenannt, trat erstmals 1952 als Versammlung entsandter Abgeordneter der nationalen Parlamente zusammen; mit schwacher Legitimation und noch schwächeren Rechten. Erst 1979 wurde das Europäische Parlament direkt gewählt, erst seitdem konnte es die meisten politischen Kompetenzen durchsetzen.

- Mitentscheidung in der Gesetzgebung (heute bei 75% aller Materien)
 - Wahl der Kommission
 - Zustimmung bei der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten
 - Rechenschaftspflicht der Europäischen Zentralbank
 - Bildung von Untersuchungsausschüssen
 - Ernennung eines Ombudsmannes
- Fischer will nach vorne weisen, zeigt aber faktisch zurück. Seine Kon-

zeption eines besonderen Zwei-Kammern-Systems, bestehend aus

- eine Volksvertretung mit Europa-Abgeordneten und
- einem Senat à la USA bzw. einen Bundesrat deutscher Prägung

ist ein richtiger Ausgangspunkt. Allerdings, Fischers Maßgabe, MdEP's sollten gleichzeitig den nationalen Parlamenten angehören, um „die unterschiedlichen nationalen, politischen Eliten“ zusammenzuführen, heißt im Umkehrschluss: Heute sitzen im real existierenden Europäischen Parlament nur zweitklassige Volksvertreter: Die Arroganz des deutschen Bundespolitikers grüßt Europa ...

- Weder lässt sich die vielfältige Arbeit im Europäischen Parlaments im 21. Jahrhundert mit der Tätigkeit im nationalen Parlament vereinbaren,
- noch käme in der Bundesrepublik irgendjemand auf die Idee, das Bundestagsmandat mit dem Landtagsmandat zu verbinden.

Was Fischer zur Disposition stellt, hatten vor allem belgische, italienische und deutsche Sozialdemokraten seit Beginn der 60er Jahre erfolgreich in den nationalen Parlamenten erkämpft. Weil der deutsche Außenminister keine Vorstellung von europäischem Parlamentarismus hat, schreibt er das „europäische Parlament“ klein, selbst orthographisch.

Handlungsfähigkeit

Die künftige EU Regierung soll entweder aus einem fortentwickeltem Europäischen Rat bestehen oder von einem direkt gewählten Kommissionspräsidenten gebildet werden.

Das Eine wäre der Anfang vom Ende eines Gemeinschaftsorgans, denn die Minister im Rat sind allein durch Wahlen in den Mitgliedstaaten legitimiert und vertreten vor allem nationale Interessen. Mit anderen Worten: Bei ihnen steht Kooperation vor Integration.

Der andere Vorschlag hat viel europäischen Charme und einen wichtigen sozialdemokratischen Paten: Jacques Delors. Seine Idee war es, den Kommissionspräsidenten mit der Europawahl durch länderübergreifende Parteilisten zu küren. Damit könnte eine Symbiose gelingen: eine Symbiose aus

- der Überwindung des Demokratie-defizits
- einer Stärkung der europäischen Parteien und
- der dringend notwendigen Personalisierung.

Europa braucht ein Gesicht. Nur mit einer starken Figur vom Format eines „Kanzler-Kandidaten“ für die EU

kann eine stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit gelingen.

Kompetenzverteilung

Die Forderung nach einer „klarerer Zuständigkeitsregelung“ klingt gut – was aber bedeutet die Konsequenz, der EU „nur das unbedingt notwendig europäisch zu Regelnde“ zu belassen, konkret? Wir beginnen mit der Kompetenzverteilung nicht im Jahre 2000, sondern blicken auf eine fast 50jährige Erfahrung von praktizierter Souveränitätsausübung mit gemeinschaftlichen Regelungen zurück. Fischer muss sich fragen lassen, ob und wo genau er in einem „schlanken Europa“ die Rückverlagerung von Entscheidungen der EU auf die nationale bzw. regionale Ebene will:

- im wirtschaftlichen Bereich? Das hat noch niemand ernsthaft gewollt.
- im Sozialen? Warum – die wichtigsten Kompetenzen liegen ohnehin bei den Mitgliedstaaten
- im Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz? Nein, weil in diesem Politikfeld die EU unbestritten die meisten Erfolge erzielt hat.
- bei Innen- und Justiz? Auch nicht, denn hier wurde erst 1997 einvernehmlich der Übergang von Intergouvernementalität zur Integration beschlossen.

Andere zentrale Fragen wie

- gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Währung/EURO

hat Fischer ausdrücklich als – neue – europäische Handlungsfelder gewürdigt.

Der einzige, der bisher präzise mit einer 100-Punkte-Liste europäische Zuständigkeiten reduzieren wollte, war der bayrische Ministerpräsident. Mit Edmund Stoiber vorwärts nach Europa? Bitte nicht, Joschka! Die EU-Skeptiker bzw. -Gegner, vor allem im rechten Spektrum angesiedelt und auch bei der Christdemokratisch-konservativen Parteienfamilie Italiens und Großbritanniens zu Hause, sind schlechte Wegweiser.

Flexibilität und verstärkte Zusammenarbeit werden, da ist Fischer zuzustimmen, zentrale Bedeutung erlangen. Beides war bisher im Einzelfall auch notwendig, wenn auch umstritten, um eine europäische Weiterentwicklung anzustoßen. Schengen auf zwischenstaatlicher Ebene, der Start des EURO als Gemeinschaftswährung für elf Länder sind die herausragenden Beispiele.

Eines ist klar: Weniger Europa in Zeiten von mehr Globalisierung darf es nicht geben, wenn Politik gestaltet und Probleme gelöst werden sollen.

Weil der deutsche Außenminister keine Vorstellung von europäischem Parlamentarismus hat, schreibt er das „europäische Parlament“ klein, selbst orthographisch.

* Axel Schäfer, Bochum, Vize-Präsident der Europa-Union Deutschland und SPD-MdEP 1994 – 1999

Frühjahrstreffen des Frankfurter Kreises

Situation und Politik der SPD, die Rolle der SPD-Linken, die beginnende Programmdiskussion (dazu kommt Rudolf Scharping als Vorsitzender der Programmkommission) sowie die Neustrukturierung der *SPD-Linken* (Demokratische Linke 21) und der Verein „Soziale Republik Europa“ sind die Themen des Frühjahrstreffens des Frankfurter Kreises. Es findet statt am 16.-18. Juni im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Übernachtung muss selbst organisiert werden. Anmeldung durch Überweisung des Teilnahmebeitrags von DM 100,-/ermäßigt 50,-/Vielverdiener 150,- auf das Konto Detlev von Larcher, Frankfurter Topf, Kto.-Nr. 2360748 bei der Sparda-Bank Berlin, BLZ 12096597. Weitere Infos bei D.v.Larcher MdB, Tel. 030-22773659 und <http://home.t-online.de/home/detlev.larcher/EINLADG.html>.

EXPO 2000 – Event und Kritik

Vom 1. Juni bis 31. Oktober findet in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 statt. Für die einen ist sie ein „Event“ neuen Typs, ein Ideenwettbewerb mit kreativen Beiträgen zur Lösung unserer Zukunftsprobleme. Für die anderen ist sie die letzte Mammutveranstaltung im ausgehenden Industriezeitalter, unzeitgemäß und unökologisch. Wer sich einen Überblick verschaffen will, sollte auf keinen Fall nur die „Official Website“ <http://www.expo2000.de> aufsuchen, die vor allem sehr bunt und bewegt – und ziemlich unübersichtlich – ist. Vielfältige Infos über die Expo, Hintergründe, Kritik und Alternativpositionen sowie Links zu vielen sich damit auseinandersetzenden Gruppen finden sich unter <http://www.xposition.de>, und spezieller zu entwicklungs- politisch relevanten Fragestellungen unter <http://www.expo-watch.org>.

Verfassung

Die heutige EU, aus deutscher Sicht durch das Bundesverfassungsgericht als „Staatenverbund“ definiert, benötigt eine Verfassung. Fischers Begriff vom Verfassungs-Vertrag ist eine CDU-Schöpfung. Das muss man wissen, ohne ihn deshalb a priori abzulehnen.

Die konstitutionellen sozialdemokratischen Vorstellungen ihrerseits sind bei weitem noch nicht ausgereift. Klar ist: Wir lassen uns von dem Grundsatz leiten: Für die Bürger, mit den Bürgern, d.h. Vorschläge in einem öffentlichem kritischem Diskurs erarbeiten und bei den Menschen um Zustimmung werben.

Der Bogen von Befürwortern dieses Projekts spannt sich parlamentarisch von Mitte-Rechts bis weit in das linke bzw. alternative Spektrum im Europäischen Parlament. Unbefriedigend bleibt, dass Fischer auf die Vision, wie sie das Europäische Parlament unter der Federführung des italienischen Sozialisten Altiero Spinelli 1984 entwickelt hat, nicht Bezug nimmt. Tatsächlich haben sich die bisherigen Vertragsänderungen (1986 EEA, 1992 Maastricht, 1997 Amsterdam) erfolgreich an diesen Leitlinien orientiert.

Ob Fischers „Gravitationszentrum“ nur durch eine konstitutionelle Neugründung Europas gelingen könnte, ist fraglich. Die tatsächlich durchgeführte Neugründung Europas erfolgte schon 1951, als aus dem kooperativen Europarat die integrative EGKS gebildet wurde.

Schlussbemerkung

Jawohl, wer Anstöße geben will, muss Anstoß erregen. Fischer war so mutig, sich auch dort festzulegen, wo es entweder zwischen Parteien oder den Mitgliedstaaten unbequem ist. Allein das verdient schon Respekt.

Zu Recht will Fischer tiefgreifende Veränderungen, um die EU handlungs- und erweiterungsfähig zu machen. Das bedeutet primär:

- die volle parlamentarische Mitentscheidung in allen Gesetzgebungsverfahren
- das Mehrheitsvotum im Rat als legislative Grundregel und eine Stimmenneugewichtung
- sowie die Umstrukturierung der Kommission.

Genau aber zu diesen wichtigen Themen der Regierungskonferenz 2000, die bis Jahresende abgeschlossen sein soll, ist vom deutschen Außenminister leider nur wenig zu hören.

Die Fischer-Kontroverse Anfang der 60er Jahre (Fischer, Fritz, Geschichtsforscher) war ein Historikerstreit um die Kriegsschuldfrage Deutschlands im europäischen Kontext. Diese Debatte hat das gesellschaftliche Bewußtsein in der Bundesrepublik stark geprägt.

Die Fischer-Kontroverse heute (Fischer, Joschka, Außenminister) ist ein Politikerstreit um die Weiterentwicklung Europas mit Deutschland als integralen Bestandteil. Sie könnte die Bedeutung der Integrationsprozesses endlich wieder in einem öffentlichen Meinungsaustausch voranbringen.

spw

Reinhard Kühnl

Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten



PapyRossa

Wer hat die Nazis an die Macht gebracht? Wem hat das genutzt? Warum haben so viele mitgemacht? 380 Dokumente zeigen, wie es war.

ISBN 3-89438-250-3, Broschur, 540 Seiten
DM 24,80/SFR 23,00/ÖS 184,00

Werner Biermann

Die Herren der Welt

Die Weltmachtspolitik der USA nach 1945



PapyRossa

Der Aufstieg der USA zur alleinigen Weltmacht und zum „Imperium ohne Grenzen“, ihr Weg in die Sackgasse und in die Krise von morgen.

ISBN 3-89438-195-7, Broschur, 392 Seiten
DM 39,80/SFR 37,00/ÖS 295,00

Ernst F. Fürtrott-Kloep

Unsere Herren seid Ihr nicht!

Das politische Denken des Fidel Castro



PapyRossa

Fidel Castro wird auch auf der Linken unterschätzt oder diffamiert. Das Buch stellt erstmals systematisch sein politisches Denken vor.

ISBN 3-89438-185-X, Broschur, 350 Seiten
DM 34,00/SFR 31,50/ÖS 252,00

PapyRossa Verlag

Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln
Tel.: 0221/448545 - Fax 0221/444305
papyrossa@koeln-online.de/www.papyrossa.de

Das „Mobilisierungsproblem“ ist ein Modernisierungsproblem

von Sebastian Jobelius*

Die Landtagswahl vom 14. Mai markiert eine Zäsur in der jüngeren Geschichte Nordrhein-Westfalens. Die unangefochtene Vormachtstellung der SPD, die seit den 1970er Jahren prägend war und zu einer spezifischen Form sozialdemokratischer Politik im Land geführt hat, neigt sich dem Ende zu. Offenkundig finden gegenwärtig Sortierungsprozesse in der Gesellschaft statt, die noch nicht beendet sind, die aber die politischen Konstellationen nachhaltig verändern können.

Modell NRW unter Druck

Nicht nur die deutlichen Stimmenverluste der SPD gegenüber der letzten Wahl markieren hier einen Wendepunkt. Auch die generell niedrige Wahlbeteiligung zeugt von einer wachsenden Distanz der Menschen gegenüber dem Modell NRW. Dieses Modell stand für die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen und Akteure in die Gestaltung der tiefgreifenden Veränderungsprozesse, die sich im Land von Kohle und Stahl ergaben. Aus zwei Gründen gerät dieses Modell unter Druck:

1. Nordrhein-Westfalen wird zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Heute kommen auf einen Industriearbeitsplatz zwei Dienstleistungsarbeitsplätze. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Bindung der Arbeitnehmerschaft an die SPD, auch die korporatistische Ausgestaltung der politischen Prozesse im Land wird zunehmend in Frage gestellt. An die Stelle der organisierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, die in enger

Verflechtung mit der Politik den Strukturwandel gestaltete, treten dezentrale, klein- und mittelständige Strukturen, die nur gering organisiert sind.

2. Die Landesregierung droht angesichts knapper Kassen und unklarer Kompetenzverteilung im Verhältnis Kommune-Bund-Europa ihren Gestaltungsanspruch zu verlieren. Diese Entwicklung war schon bei zurückliegenden Landtagswahlen in anderen Bundesländern zu beobachten. Immer häufiger geraten Landtagswahlen zu Plebisziten über Personen oder Einzelfragen, die mit Landespolitik wenig bis gar nichts zu tun haben. Auch dieser Landtagswahl fehlte das Thema, die Notwendigkeit der Wahl war vielen nicht zu vermitteln. Das Abschneiden der FDP ist ein Beispiel für die Beliebigkeit, die hier einzuziehen droht.

SPD unter Druck

Es ergibt sich somit die Notwendigkeit eines neuen politischen Arrangements im Land, das eine klare Regelungskompetenz erkennen lässt und kommunikativ wie partizipatorisch die Gegebenheiten einer dezentralen Dienstleistungsökonomie widerspiegelt. Angesichts der gedanklichen und organisatorischen Bindung der SPD an die Strukturen des Fordismus scheint sie für diese Neuformierung besonders schlecht aufgestellt zu sein. Dies zeigt nicht zuletzt ein Blick auf den zurückliegenden Wahlkampf und das Ergebnis vom 14. Mai:

Der Eindruck von Franz Müntefering, dass das Bild der SPD in diesem Wahlkampf viel zu alt war, ist richtig. Die NRW SPD ist in der Tat völlig überaltert und insbesondere für junge Wählergruppen unattraktiv. Dies liegt zum einen an dem fehlenden persönlichen Angebot an die Generation unter 40, zum anderen an dem fehlenden politischen Angebot an eine neue ArbeitnehmerInnen-Generation, die meinungsbildend in diesem Land wirkt. Das Modernisierungsimago des Wolfgang Clement konnte hier nicht im geringsten als Ersatz für eine programmatische und personelle Erneuerung der Partei dienen, wie insgeheim viele gehofft hatten. Im Gegenteil: die in den letzten Jahren verschärfte Auslagerung der innerparteilichen Meinungsbildungsprozesse in die Staatskanzlei hat zu einer Sprachunfähigkeit der Partei geführt, die in diesem Wahlkampf besonders deutlich zu Tage getreten ist.

Es gelingt der SPD somit nicht mehr, neue Wählergruppen in ausrei-

chendem Maße von ihrer Politik zu überzeugen und diese an sie zu binden. So hat die SPD in der Altersgruppe unter dreißig gegenüber der letzten Wahl noch einmal spürbar an Stimmen verloren. Mit 34% liegt sie hier deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. Die junge Arbeitnehmergeneration der 90er Jahre kann sich offensichtlich nicht ausreichend mit dem politischen Angebot der Partei identifizieren. Da im neuen Landtag nur zwei Abgeordnete unter 35 Jahren vertreten sind und gerade 8 unter 40, kann an wegweisenden Impulsen aus der Landtagsfraktion nicht viel erwartet werden. Der Partei droht damit die Basis für gestalterische Reformpolitik abhanden zu kommen.

Eine ganze Generation ist thematisch und personell in dieser Partei kaum noch vertreten. Hinzu kommt die politische Krise, die in der „höher, schneller, weiter – Rhetorik“ des Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt. In allen relevanten Bereichen der Landespolitik hat die Standortrhetorik Einzug gehalten: es geht um das beste Autobahnnetz, die meisten IT-Studienplätze, die meisten Unternehmensneugründungen, die schnellsten Genehmigungsverfahren, etc.

Selbst die unbestreitbaren Erfolge der Landesregierung, die wir als Jungsozialistinnen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt haben, werden unter den Teppich gekehrt. Doch die SPD als Managementzentrale für das größte Bundesland dürfte langfristig wohl kaum dazu angetan sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ein neues politisches Projekt zu gewinnen.

Anforderungen der Erneuerung

Der von Franz Müntefering unmittelbar nach der Wahl angekündigte Erneuerungsprozess der SPD muss daher an den hier kurz angerissenen Aufgabenstellungen ansetzen. Vier Reformfelder sind meiner Meinung nach in diesem Prozess von herausragender Bedeutung:

1. Chancenprogramm für junge Menschen

Anknüpfend an die Jugendinitiative auf Bundesebene brauchen wir ein Chancenprogramm für junge Menschen in den landespolitisch relevanten Bereichen Hochschule, Schule und Ausbildung. Hier müssen solche politischen Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die im Leben junger Menschen konkret mehr Chancen und mehr Möglichkeiten er-

Die niedrige Wahlbeteiligung zeugt von einer wachsenden Distanz der Menschen gegenüber dem Modell NRW.

* Sebastian Jobelius ist Juso-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und lebt in Bonn.

öffnen. Es geht darum, die SPD wieder als Partei der Lebenschancen ins Gespräch zu bringen. Im Landtagswahlkampf haben die JungsozialistInnen mit dieser Philosophie großen Zuspruch erfahren, dies muss nun zu einem dauerhaften Markenzeichen sozialdemokratischer Landespolitik werden. Dabei geht es nicht um kleine Reformen hier und da. Eckpunkte eines Chancenprogramms müssen in der Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit, der Durchlässigkeit des Bildungswesens, der Reform der beruflichen Bildung und der Europäisierung des Bildungswesens insgesamt gesehen werden.

2. Programminitiative „Flexicurity – Flexibilität, Selbstbestimmung und Sicherheit in einer neuen Arbeitswelt“

Notwendig ist ein Manifest für die Arbeitswelt von morgen. Auf einem Programmparteitag zur Mitte der Legislaturperiode sollte die SPD ihr Konzept zur Gestaltung der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft vorlegen und mit einem attraktiven politischen Angebot in die nächste Wahlauseinandersetzung ziehen. Dabei müssen beispielsweise die Phänomene entgrenzten Arbeitens und erodierender Arbeitszeitstandards alltags-tauglich thematisiert und mit politischen Maßnahmen verknüpft werden.

3. Wenn nicht mehr die Masse zählt – Konzepte einer beteiligungsorientierten Partei

Notwendig ist die Entwicklung von neuen Formen parteipolitischer Arbeit. Von der virtuellen community bis zum Aufbau sozialdemokratischer Ideenschmieden an den Hochschulen muss es neue Zusammenhänge jenseits der Organisationsgrenzen der Partei geben. Um dabei direkt dem Vorwurf einer Elitenbildung vorzubeugen: es geht insbesondere auch um die Mobilisierung von jungen FacharbeiterInnen in Betrieben. Grundlegend ist jedoch die Erkenntnis, dass die „Anwesenheitspartei SPD“, die sich im wesentlichen durch Sitzungen, Familienfeste und Verteilaktionen auszeichnet, gewachsenen Ansprüchen politischer Partizipation nicht gerecht werden kann.

4. Verjüngung der Parlamente

Im Landtag 2005 müssen 35 Abgeordnete unter 35 vertreten sein. Im Rahmen eines landesweiten Prozesses

Bundesweites Treffen von Bewegungs-Netzwerken am 17.06.2000

Wie auf dem ersten Treffen bundesweiter Netzwerke für eine andere und zukunftsfähige Politik im November 1999 vereinbart (vgl. Kurzbericht in spw 6/99, S. 4f.), findet am 17. Juni im DGB-Haus in Frankfurt/Main, 12.00 – 17.00 Uhr, ein weiteres Treffen statt, auf dem die in der Zwischenzeit von Arbeitsgruppen erstellten und an die Angemeldeten vorab verschickten Papiere zu den Themenkomplexen 1. Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Ökologie, 2. Frieden, NATO-Strategie – neues Europa, 3. Demokratie, Menschenrechte, Partizipation, diskutiert werden sollen, um im Prozess der inhaltlichen Verständigung weiter voranzukommen. Anschließend soll über die Aktionen zur „Halb-Zeit“ von „Rot-Grün“ in Berlin und insbesondere über die große Konferenz am 22./23.09.2000 informiert und über weitere Perspektiven gemeinsamer Aktivität diskutiert werden. Vgl. dazu den gesonderten Artikel und Aufruf in diesem Heft. Anmeldungen an: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit, z.H. Reiner Braun, Gutenbergstr. 31, 44135 Dortmund, Tel. 0231-575202, eMail: INES_NAT@t-online.de .

Für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

Der Zweite Ratschlag des Netzwerks für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte (vgl. Meldungen in den letzten spw) fand vom 14. und 15. April 2000 in Hannover statt. Wichtigstes Ergebnis ist die *Erklärung*, die am 31. Mai auf einer Pressekonferenz in Berlin von Susan George, Elmar Altvater und Friedhelm Hengsbach der Öffentlichkeit vorgestellt und von einer Vielzahl von Organisationen und Personen unterstützt wird. Gefordert wird u.a. eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin Tax), Schließung der Steuerparadiese und „Off-Shore-Zentren“, stärkere Kontrolle der Finanzmärkte und institutionellen Anleger, stärkere Kapitalbesteuerung, keine Privatisierung der Alterssicherung. Weitere Informationen zu dem Ratschlag und den weiteren Aktivitäten sowie den Text der Erklärung und eine Liste der UnterstützerInnen unter <http://www.share-online.de/Finanzmaerkte> oder bei Share, Ökozentrum, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, Tel. 04231-957591, Fax 04231-957594.

Außerdem gibt es hierzulande bisher weitgehend unbemerkt einen weltweiten *Aufruf von ParlamentarierInnen für die Einführung der Tobin Tax*. Die InitiatorInnen, u.a. MdEPs und Kongressabgeordnete aus Frankreich, Großbritannien und den USA, wollen über 1000 UnterstützerInnen gewinnen, bisher sind es etwa 300. Text und weitere Infos über die Kampagnen für die Tobin Tax gibt es unter <http://tobintaxcall.free.fr/> und über <http://www.attac.org>

muss dieses Ziel bereits heute festgelegt werden. Es muss eingebettet sein in ein umfassendes Verjüngungsprojekt, dass auf die Mobilisierung junger Menschen in der SPD setzt.

Die nächsten fünf Jahre werden Schlüsseljahre für die Sozialdemokra-


tie in Nordrhein-Westfalen. Bei einem Scheitern der Rot-Grünen Koalitionsverhandlungen könnten dabei Erosionsprozesse beschleunigt werden, umgekehrt ist eine Erneuerung aus der Regierungsverantwortung heraus weiterhin möglich.

spw

Arbeitsgruppe »Umverteilen!« (Hrsg.):

Umverteilen!

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



3 Mill. Mandatstimmen zur Sozialhilfe, 1,5 Mill. Menschen sind arbeitslos, 200.000 Kinder unterhalb der Armutsgrenze

spw-Verlag

Eine Dokumentation der Tagung »Umverteilen!«

vom 29. Januar 2000 in Köln

mit Beiträgen von:
Wolfgang Belitz, Erika Biehn, Prof. Christoph Butterwege, Brigitte Erdweg, Petra Feldhoff, Ulrike Göking, Klaus Jünschke, Arno Peukes, Werner Rügemer, Claus Schäfer, Elke Schmidt, Ralf Welter, Verena Zech

zu den Themen:

- Reichtum in Deutschland
- Niedriglohnsektor
- Grundsicherung
- Vermögens- und Einkommensverteilung
- Ordnungsrechtliches Vorgehen und andere Repressionen gegen Arme

Bestellungen
Die 196seitige Dokumentation kann zum Preis von 7,00 DM (incl. Porto) bestellt werden beim:

- **spw-Verlag**
Fresienstr. 26, 44289 Dortmund
Tel.: 0231-402410, Fax: 0231-402416
- **Kulturverein**
Postfach 210606, 50531 Köln
E-Mail: info@spw-rheinland.de

In Deutschland links oben

oder: Das Hoch Gerhard verspricht
Frühlingsgefühle ...

von Kai Burmeister und Björn Böhning*

Seit der Bundestagswahl 1998 steckten die SPD und die Grünen bei jeder Wahl Niederlagen ein. Die Schleswig-Holstein-Wahl vom Februar 2000 hat diesen Trend unterbrochen. Die SPD gewann in 41 von 45 Wahlkreisen und hatte selbst noch die Kraft, den grünen Koalitionspartner über die 5%-Hürde zu bringen.

Mit dem Aufdecken der CDU-Finanzaffäre und der rhetorischen Stabilisierung der Politik der Bundesregierung ist ein Stimmungsumschwung erzeugt worden. Folgerichtig hat die SPD mit Heide Simonis die Wahlen in Schleswig-Holstein gewonnen. Sowohl in der CDU als auch in der Öffentlichkeit konnte der „Saubermann“ Rühle nicht die inhaltliche und personelle Orientierungslosigkeit der nördlichen Konservativen kaschieren. Verwunderlich erscheint nur, welcher WählerInnenschicht die SPD ihren Sieg zu verdanken hat, bzw. nicht zu verdanken hat:

Die CDU hat die SPD bei den 18-25jährigen mittlerweile gänzlich überrundet. Die ErstwählerInnen haben zu 42% konservativ-liberal gewählt. Dies ist nicht nur die Folge einer bundesweiten Entwicklung, in der sich die fehlende Vermittlung von Zukunftsvisionen durch die SPD widerspiegelt, sondern sicherlich auch die Folge landespolitischer Versäumnisse der Nord-SPD. Auch hier wurden Politikfelder am Spardogma orientiert, ohne eine hinreichende Reformperspektive insbesondere für Menschen innerhalb Schleswig-Holsteins entwickelt zu haben. Die fehlende Einbindung junger Menschen in einen sozialdemokratischen Politikdiskurs äußerte sich als radikale Nichtmobilisierung dieser

Generation, die es der SPD in Zukunft schwieriger machen wird, den Status der „zweiten Partei“¹ zu überwinden.

Nach der Wahl scheint sich aber auch in der politischen Landschaft Schleswig-Holsteins ein Generationenwechsel zu vollziehen. In der CDU setzt sich nach dem Rückzug Rühes der Bundestrend durch, bei den Grünen wurde dem Wechsel der Wählerschicht nun auch personell Rechnung getragen² und die FDP hatte bereits ein junges Image in ihrer Wahlkampagne angelegt. Welche Rückwirkungen diese Umbrüche auf das sozialdemokratische Personaltableau und insbesondere die Ausrichtung der SPD-Politik haben werden, scheint eine Frage zukünftiger Intervention progressiver Kräfte zu sein.

Die PDS, die erstmals in einem alten Flächen-Bundesland zu einer Wahl angetreten ist, verfehlte mit 1,4% ihr selbst gestecktes Ziel weit. Fehlende Verankerung auch in den Städten und fehlender Rückhalt in allen WählerInnenmilieus machten es der Partei nicht einmal möglich, links-alternative Schichten anzusprechen.

Mit Aufbruch, Profil und Erneuerung zur Titelverteidigung 2005

Eine Erkenntnis der Parteiführung nach dem Wahlerfolg ist, dass der Effekt mobilisierter Parteiaktiver nicht unterschätzt werden darf. Insofern legte kurz nach der Wahl der neue SPD-Landesvorsitzende Franz Thönes ein Papier zur Reorganisation zur Parteiarbeit vor. Zusammengefasst geht es um folgende Punkte:

- Für die *längerfristige Politikentwicklung* soll die Engholmsche Denkfabrik wieder vom Dachboden geholt werden. Zu einzelnen Fragestellungen wie Ladenschluss sollen die jeweiligen Akteure eingebunden werden und anstelle der unflexiblen Parteigremien zu Ergebnissen und Entscheidungen kommen.
- Eine *Professionalisierung der Personalauswahl* für Parlamente und kommunale Spitzenbeamte.
- Mit *Skandinavien als Impulsgeber* soll einerseits die prosperierende Region Ostseeraum als Wirtschaftsregion ausgebaut und andererseits innerparteilich die Grundsatzdiskussion der Schröder-Blair-Jospin-Papiere um die schleswig-holsteinisch-skandinavische Achse erweitert werden.

Unterstützung verdient der als Simonis-Nachfolger gehandelte Franz Thönes dabei, der Partei eine selbstbewusste Rolle gegenüber der Regie-

rung zu verschaffen, einen Gewerkschaftsrat einzuführen, die Grundsatzdebatte unter dem Motto „Wie wollen wir arbeiten und leben“ aktiv zu nutzen und die Frage nach dem Erfolg derzeitiger Zielgruppenansprache zu stellen. Daraus aber den Schluss einer Verbetriebwirtschaftlichung im Organisationsaufbau der SPD zu ziehen, erscheint wenig erfolgversprechend. Auch die Überbetonung des Ehrenamtes als eine Art gesellschaftliche Klammer zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern ist eher politisches Symbol als wirklich tragfähige Politikkonzeption. Anhand dieser programmatisch-konzeptionellen Punkte eine Debatte zu entwickeln, kann für die nächsten Monate ein Leitfaden für die sich gerade reorganisierende schleswig-holsteinische Parteilinke werden.

Koalitionszukunft ?

Gleich nach dem Wahlabend begann das Spiel „5 aus 9 sind raus“, das von der Ministerpräsidentin bis hin zum Ortsvereinsvorsitzenden der kleinsten Hallig alle überrascht haben dürfte. Ein Minister nach dem anderen stand plötzlich nicht mehr für das Kabinett zur Verfügung, einschließlich des bundesweit für eine humanere Flüchtlingspolitik bekannten Innenministers Ekkehard Wienholtz, des Europa- und Justizministers Gerd Walter und der Grünen Rainer Steenblock (Umwelt) und Angelika Birk (Frauen). Über die neuen MinisterInnen bleibt einstweilen wenig zu berichten. Die Kölner Grüne Anne Lütges wurde als stellvertretende Ministerpräsidentin vom Rhein an die Förde geholt.

Inhaltliche Kontroversen wurden in der Nachwahlphase nicht ausgetragen. Mit netten Feigenblättern für Soziales, Regionalentwicklung, Umwelt und Frauenpolitik schienen alle zufriedengestellt. Selbstredend steht alles unter Finanzierungsvorbehalt und hier scheint zunächst auch das künftige Betätigungsfeld der Landesregierung zu liegen. Ergänzt wird die Sparpolitik noch um die Neudefinition des Bildungsbegriffs: der Internetausschluss an jeder Schule anstelle von Gesamtschulen oder einer inneren Schulreform schafft jetzt Chancengleichheit.

Die Partei ist mehrheitlich mit sich selbst zufrieden, augenscheinlich wurde dies im Vorfeld des Koalitionsparteitages. Anstatt sich mit Sparpolitik, Beltquerung und der regionalen Beschäftigungspolitik zu befassen, bestimmte die Debatte um die Tren-

* Kai Burmeister, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, Juso;
Björn Böhning, Student der Politikwissenschaften in Berlin, Juso

nung von Amt und Mandat die Partei-gemüer. Natürlich auch hier ohne konkrete Folge. Die bürgerliche Presse kommt da nicht umhin und attestiert Schleswig-Holstein „Der Norden wird zur Zukunftsregion“ (Lübecker Nachrichten am 11. Mai). Ob sich bei der SPD eine Kultur der Politiklosigkeit auf Dauer durchsetzt, bleibt zu beobachten.

Zum Schluss...

In den letzten Wochen häufen sich die Anzeichen, dass die rot-grüne Koalition einen neuen Weg der landespolitischen Eigenständigkeit zu gehen versucht. Sowohl in der Kritik an der Bundes-Finanzpolitik als auch in der Thematik der Migrationspolitik sind Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Politik zu suchen. Die SPD-Linke muss stärker versuchen, eigene landespolitische Vorstellungen zu entwickeln und die entstehenden „Denk-Fabriken“ zu nutzen. **spw**

- ¹ Stöss, Richard; Niedermayer, Oskar, 2000. Zwischen Anpassung und Profilierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/2000
- ² Mit der neuen Justiz- und Frauenministerin Anne Lütke musste sogar landesfremde Kompetenz aus NRW bemüht werden.

Verteilungsspielraum, Tarifpolitik und Beschäftigung

Der oft behauptete Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigungsaufbau lässt sich mit der *verteilungspolitischen Bilanz der 90er Jahre* (vgl. Schaubild) nicht belegen: In sechs von acht Jahren blieb der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter hinter dem Verteilungsspielraum zurück, es fand also Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen statt. Mit Ausnahme des Jahres 1992, das noch stark vom Vereinigungsboom geprägt war, weisen die Folgejahre ein rückläufiges Arbeitsvolumen aus. Im laufenden Jahr dürfte in Folge der zurückhaltenden Tarifabschlüsse der Verteilungsspielraum erneut nicht ausgeschöpft werden, von der notwendigen Umverteilung zugunsten der Löhne ganz zu schweigen.

Auch die für 2000 – nur für Westdeutschland, nicht im Osten – erwartete Abnahme der Arbeitslosigkeit um ca. 270.000 ist zur Hälfte auf die demografisch bedingte Verringerung der Erwerbspersonenzahl zurückzuführen, nur zur anderen Hälfte auf eine höhere Erwerbstätigenzahl. Das für die Steigerung der Erwerbstätigenzahl verantwortliche relativ



starke Wirtschaftswachstum, das für 2000 erwartet wird, ist konjunkturell und durch den Export, also auch weder durch die Politik der Bundesregierung noch die niedrigen Lohnabschlüsse bewirkt, sondern eher dadurch gedämpft. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden sogar um etliche zigttausend Personen reduziert. Ein Politikwechsel hin zu einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht weiterhin aus.

Ausführliche Informationen und Argumentationen zur Verteilungsentwicklung, Tarif- und Arbeitszeitpolitik finden sich in mehreren Artikel in den letzten Ausgaben der *WSI-Mitteilungen*, die im Volltext im Internet erreichbar unter <http://www.boeckler.de/ergebnis/wsim.cgi?action=ebib>

net heruntergeladen werden können, erreichbar unter <http://www.boeckler.de/ergebnis/wsim.cgi?action=ebib>

FREITAG, 16. Juni, 15 Uhr, Opernplatz Fest der Menschlichkeit

GREGOR GYSI Konstantin Wecker & Band

Pierre Bourdieu, Herrmann Scheer, Viktor Kalla, Sabine Kebir, Jean Ziegler, Pablo Ardouin, Manfred Maurenbrecher

12.30 Uhr, Universitätsplatz, Kundgebung; ab 14.00 Uhr Demo Bockenheimer Warte – Deutsche Bank; 15.00 bis 19.00 Uhr, Opernplatz, Gysi, Wecker, Prof. Roth, Prof. See, Prof. Ziegler, Maurenbrecher, Ardouin, Nord & Bern.

Gegen die Macht des großen Geldes SAMSTAG, 17. Juni:

10.00 bis 16.00 Uhr, J.-W.-v.-Goethe-Universität, Konferenz mit: Prof. Bourdieu (Paris), Scheer (Präsident Eurosolar), Kebir (Berlin), Kalla, Prof. Ziegler (Zürich), Czichon (Berlin), Böckermann, See. Koordination: »**Bündnis gegen Bankenmacht**«. Mitveranstalter: Künstler in Aktion, Jusos (Frankfurt am Main), Initiative »Ordensleute für den Frieden«, VVN-BdA, OWUS (Unternehmer und Selbständige), PDS-Bundestagsfraktion und -PV, Forum 2000plus!, Business Crime Control, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Initiative Kirche von unten (IKvu). Kontakt und Informationen: info@rosaluxemburgstiftung.de, Telefax: 030 / 29724222, V.i.S.d.P. Corinna Geis, Telefax: 06174 / 966447

Für eine Europäische Soziale Bewegung

von Andreas Pfeuffer*

Der zum 1. Mai und später in verschiedenen europäischen Tageszeitungen unter dem Titel „Für die Einberufung der Generalstände der sozialen Bewegungen in Europa“ oder als „Charta 2000“ veröffentlichte Appell ist nicht, wie oft geschrieben wird, die „Charta Bourdieus“, sondern wurde in monatelanger Diskussion von der von ihm ins Leben gerufenen Initiative *Raisons d'agir*¹ und VertreterInnen verschiedener sozialer Bewegungen und Gewerkschaften erarbeitet. Damit soll das in die Tat umgesetzt werden, was Bourdieu den „kollektiven Intellektuellen“ nennt, also ein nach den jeweiligen Zielen und Anliegen unterschiedlich zusammengesetztes Kollektiv von Leuten, die sich auf einem bestimmten Gebiet als kompetent erwiesen und dazu etwas zu sagen haben.

Inhaltlich ist der Text noch sehr offen gehalten, was zwar von zahlreichen SympathisantInnen kritisiert wurde, jedoch durchaus bewußt so gewollt war, um nicht im Vorfeld schon zu einer Zersplitterung der unterschiedlichen Anliegen beizutragen. Die Charta will einen Beitrag leisten zur Vernetzung und Koordination der derzeit zum größten Teil noch relativ isoliert arbeitenden sozialen Bewegungen, was freilich keineswegs heißen soll, daß so etwas wie ein Zentralkomitee intendiert wird. Aus pragmatischen, jedoch nicht grundsätzlichen Gründen bleibt diese Initiative zunächst auf Europa beschränkt.

Breite Resonanz auf die „Charta 2000“

Mittlerweile sind etwa 1500 Unterschriften aus aller Welt zusammen-

gekommen, vor allem aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Großbritannien, Belgien, der Schweiz, Spanien, aber auch aus Finnland, Polen, Dänemark, den Niederlanden, Schweden und sogar aus der Türkei, den Vereinigten Staaten, Australien, Brasilien, Uruguay... Sie kommen zum überwiegenden Teil von Menschen, die sich einfach mit dem Text solidarisch erklären, aber auch von Gewerkschaftsmitgliedern aus dem DGB, der IG Metall, der IG Medien, der ÖTV in Deutschland, der GSEE in Griechenland, SUD, der CFDT und der CGT in Frankreich. Vor allem sind aber auch Gruppierungen wie ATTAC (die inzwischen weltweite Initiative für eine Einführung der Tobin-Steuer), die Arbeitslosenbewegung AC!, die Koordination der *sans papiers* oder die Gruppe *Droits devant!*, die *Marches Européennes* vertreten. Auch zahlreiche Repräsentanten aus der Politik haben sich mit der Charta solidarisch erklärt, darunter sogar der Präsident der Sozialistischen Partei Belgiens (und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale), der Vorsitzende der Vereinigten Linken im Europäischen Parlament und Vertreter der Grünen.

Mit dieser Rückendeckung ist nun ein kollektives Nachdenken über die Ziele und Vorgehensweisen einer europäischen sozialen Bewegung in Gang gekommen. So haben etwa die Schweizer Wochenzeitung WOZ, die Rote Fabrik Zürich, der Schweizer

Gewerkschaftsbund SGB und die Gewerkschaft Bau und Industrie GBI Pierre Bourdieu am 18. und 19. Mai nach Zürich eingeladen, um mit ihm die Initiative zu diskutieren.²

Nächste Aktionen

Die nächsten Stationen sind eine Veranstaltung mit Pierre Bourdieu an der Humboldt-Uni Berlin am 10. Juni und ein transnationales Arbeitstreffen mit Bourdieu und anderen mit *Ateliers* zu verschiedenen sozial-, wirtschafts- und europapolitischen Themen im November in Wien sowie als eine Art internationales „Gipfeltreffen“ von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Wissenschaftlern das Zusammenreffen der *États Généraux* unter dem Titel „Gegenfeuer“ im März nächsten Jahres in Athen. Gemeinsam sollen dort die Grundsätze einer echten Alternative zur neoliberalen Politik, eine neue „Charta von Athen“ aufgestellt werden.

Unterschriften können unter der Adresse www.raisons.org geleistet werden. Dort finden sich auch weitere Informationen zu *Raisons d'agir*. spw

¹ Die Bücherreihe dieser Initiative liegt nun auch in Deutsch vor: Keith Dixon, *Die Evangelisten des Marktes*; ders., *Ein würdiger Erbe*; Loïc Wacquant, *Elend hinter Gittern*, alle sind in der Reihe *Raisons d'agir* im Universitätsverlag Konstanz UVK erschienen. *Pierre Bourdieus Reader Gegenfeuer* erschien beim gleichen Verlag in der *édition discours*.

² Ein ausführliches Interview mit Pierre Bourdieu zu Charta findet sich unter http://www.woz.ch/wozhomepage/bourdieu/intw_19j00.htm.

Sozial-Infos für Studierende

Die Sozialberatung im AStA der Universität Hannover hat drei neue Broschüren mit Hilfen zur Studienfinanzierung und -bewältigung aufgelegt. Die Sozialhilfebroschüre für Studierende informiert – erstmals – über die Rechtsansprüche von Studierenden nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Die Informationsbroschüre für Studierende mit Behinderungen und ihre BeraterInnen gibt auf ca. 60 Seiten umfassende Informationen und Tipps. In zweiter Auflage liegt das Stipendieninfo vor. Die Broschüren können (kostenlos) angefordert werden beim BAföG- und Sozialberatungsteam im AStA der Universität Hannover, Im Welfengarten 2c, 30167 Hannover (mit 3,- DM frankierten Rückumschlag A4, beifügen).

Adressen und Hilfen für Erwerbslose

Unter <http://www.erwerbslos.de> bietet der Förderverein gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit neuerdings im Internet Erwerbslosen, Arbeitslosenprojekten und Akteuren der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Hilfen zur Selbsthilfe, gegenseitige Kontaktaufnahme und Ideenaustausch sowie Projektberatung an. Geboten wird u.a. eine Datenbank lokaler Beratungsstellen, Initiativen und Projekte, Ideenbörse und Informationen über Aktionen und Kampagnen.

* Andreas Pfeuffer ist Mitglied des Zentrums für Europäische Gesellschaftsforschung e.V. in Konstanz, das in Deutschland Ansprechpartner für *Raisons d'agir* ist.

Für die Einberufung von Generalständen der sozialen Bewegung in Europa (Charta 2000)

Jene soziale Bewegung, wie sie zumindest in Europa während der letzten Jahre erkennbar wurde, steht vor einer wichtigen Entscheidung. Will sie eine feste, anerkannte und Ernst zu nehmende Größe werden, dann ist es unabdingbar, all die betroffenen Gruppen, zunächst auf europäischer Ebene, in einem noch zu gründenden Netzwerk zu sammeln und miteinander ins Gespräch zu bringen, einem Netzwerk, das in der Lage wäre, diese Kräfte zu bündeln, ihre Ziele aufeinander abzustimmen und schließlich ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten: Gewerkschaften, die Bewegung der Arbeitslosen, Obdachlosen oder Staatenlosen, Frauengruppen, Homosexuelle, Umweltvereinigungen und viele andere.

Denn diese Bewegungen haben trotz all ihrer Unterschiede, trotz der manchmal bestehenden Meinungsverschiedenheiten, zumindest eines gemeinsam: sie verteidigen jene, die heute von der neoliberalen Politik immer mehr einem ungewissen Schicksal preisgegeben werden, und greifen gleichzeitig all die gesellschaftlichen Probleme auf, die diese Politik dabei zurückgelassen hat. Es sind dies Probleme, die auch und gerade von den sozialdemokratischen Parteien verharmlost oder verdrängt werden, von sozialdemokratischen Regierungen, die sich gegenwärtig vor allem darum bemühen, die bestehende Wirtschaftsordnung zu verwalten und hinter einem letzten Rest staatlicher Handlungsfreiheit verschanzen, und sich dabei immer bedenkenloser mit den wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, mit allgemeiner Arbeitslosigkeit und der Prekarisierung ganzer Bevölkerungsgruppen abgefunden haben. Gerade deshalb brauchen wir eine *wirkliche kritische Gegenmacht*, die imstande ist, diese Probleme immer wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen, durch neue, insbesondere symbolische Formen des Handelns, um immer wieder, wie es auch in Seattle geschehen ist, die grundlegendsten Wünsche der Bürger zum Ausdruck bringen.

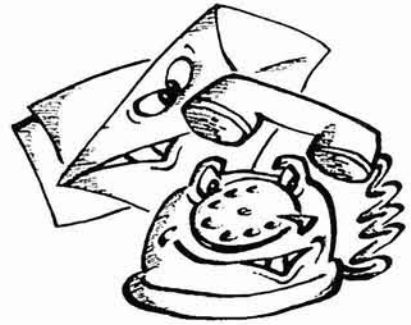
Diese kritische Gegenmacht gegen die internationalen Mächte des Marktes muß selbst international sein, und die Europäer können hier einen Anfang machen. Weil es diese Bewegung mit konservativen und restaurativen Kräften zu tun hat, Kräften, die sich insbesondere mit ihren Versuchen eines Abbaus, wenn nicht gar der letztendlichen Zerstörung des „Wohlfahrtsstaates“ auf eine Wiederherstellung der Vergangenheit richten, muß sie eine mächtige, *bewegende Kraft* sein, die erst dann, wie die sozialen Bewegungen des neunzehnten Jahrhunderts, Staaten und Regierungen drängen könnte und mußte, wirksame Maßnahmen für eine Kontrolle der Finanzmärkte zu ergreifen und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen, in ihnen und zwischen ihnen durchzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor, bis Ende des Jahres 2000 *Generalstände der sozialen Bewegungen* in Europa einzuberufen, mit dem Ziel, eine gemeinsame Charta auszuarbeiten, und Grundlagen für eine internationale Struktur zu schaffen, die alle möglichen organisatorischen und intellektuellen Formen des Widerstandes gegen die neoliberale Politik bündelt, gleichzeitig aber ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteien und Regierungen, insbesondere gegenüber den Regierungsparteien bewahrt.

Diese Generalstände müßten zunächst einen offenen Austausch über unterschiedliche Vorstellungen und Ziele gesellschaftlicher Veränderung ermöglichen können, die sich alle den gegenwärtig beobachtbaren ökonomischen und sozialen Prozessen (Flexibilisierung, Prekarisierung, Pauperisierung) entgegenstellen und die damit einher gehende Politik der „inneren Sicherheit“ bekämpfen, mit der heute fast alle europäischen Regierungen die Auswirkungen dieser Prozesse einzudämmen versuchen. Zweitens sollen sie Gelegenheit geben, dauerhaftere und festere Beziehungen zu knüpfen, die eine schnelle Mobilisierung aller beteiligten Gruppen im Hinblick auf gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Aktionen ermöglichen, ohne dabei irgendeine Form zentralistischen Zwangs einzuführen, und ohne den ungeheuren Reichtum zu zerstören, den die einzelnen Gruppen mit ihrer jeweiligen Eigenart und ihrer unterschiedlichen Geschichte in eine solche Bewegung einbringen könnten. Drittens schließlich könnten diese Treffen gemeinsame Ziele für ihre Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene ausarbeiten und abstimmen, die alle auf die Schaffung einer solidarischeren Gesellschaft gerichtet sind, deren Grundlage die Anerkennung, Vereinheitlichung und Erweiterung ihrer sozialen Errungenschaften bilden.

Eine solche Sammlung all jener Kräfte, die in ihrem tagtäglichen Kampf gegen die verhängnisvollsten Auswirkungen der neoliberalen Politik ein praktisches Wissen um deren zerstörerisches Potential und die kreativen Möglichkeiten des dagegen aufgebrachten Widerstandes erworben haben, könnte auf diese Weise einen *gemeinsamen schöpferischen Prozess* in Gang bringen, und so den vielen Menschen, die sich in dieser Welt nicht mehr erkennen, eine *realistische Utopie* eröffnen, in der sich durchaus manchmal unterschiedliche und eigenständige, aber dennoch auf gemeinsame Ziele hinwirkende Bemühungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben wiederfinden und verbünden könnten.

Bundesweiter Studentischer Adressreader



ASten ■ USten ■ StuRas ■
BuFaTas ■ LAKs ■ Hochschul-
gruppen ■ Studentische Initiativen
■ Studentische Zeitungen ■
SchülerInnenvertretungen ■
Hochschulen ■ Studentenwerke ■
Bildungsministerien ■ Wissen-
schaftsorganisationen ■ Stiftungen
■ Gewerkschaften ■ Parteien ■
Landtage & Fraktionen ■ Bundes-
regierung ■ Bundestag ■ Parteien
■ Politische Gruppen ■ Presse-
agenturen ■ Medien ■ Europäi-
sche Verbände ■ Europäisches
Parlament ■ Europäische Union

Schreibtischversion (DIN A4)
DM 16 zzgl. Porto & Versand

Pocketversion (DIN A6)
DM 12 zzgl. Porto & Versand

Diskette
DM 55 für Studi-Vertretungen
(für andere DM 75),
zzgl. Porto & Versand

Bezug über:

✉ AG Adressreader
ASTa Universität Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
☎ 0511 / 762 5061
☎ 0511 / 717441
✉ adressreader@gmx.de
Sabine Kiel
☎ & ☎ 05102 / 5108
Wolfgang Schlieker
☎ & ☎ 0511 / 17300

Aktualisierte Ausgabe !!!

Yahoo & Co. von links

von Tim Klein und Markus Lauber*

„LinksNet ist wie Homebanking für linke Theorie und Praxis.“

Unter der Adresse www.LinksNet.de soll eine Kommunikations- und Informationsplattform für die sozialistische Linke entstehen. Getragen von mittelrheinischen Jusos, Mitarbeitern der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung (u.a. Dr. Rainer Rilling, bekannt durch seinen umfangreichen Link-Katalog „Wissenschaft plus Politik“), spw- und VSA-Verlag, Grüne und GewerkschaftsvertreterInnen hat sich zu diesem Zweck ein großer Crossover-Zusammenhang gebildet.

Nach den Erfahrungen mit der SPD und den Grünen seit der Regierungsübernahme hat sich für viele Linke die Notwendigkeit nach konsequenterer Bündnisarbeit und Bündelung der links-sozialistischen Kräfte

* Tim Klein und Markus Lauber arbeiten bei den Jusos im Bezirk Mittelrhein und sind aktiv im Verein Linksnet e.V.

über und außerhalb der Parteigrenzen verstärkt. Auf Basis dieser Grundüberlegung will LinksNet.de ein netzbasiertes Angebot und eine Plattform für die sozialistische Linke schaffen.

Das Portal für sozialistische Linke

LinksNet.de soll *das Portal* für diese Zielgruppe werden. Als Portal wird im Internet ein Angebot bezeichnet, das sich als Startseite eignet und alle relevanten Netzbedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe bedient. Populäre Beispiele sind www.yahoo.de, www.web.de, www.politik-digital.de oder auch www.express.de.

Das Portal www.LinksNet.de wird die Rubriken Magazin, Katalog und Service bieten. Im Bereich Magazin soll zusammen mit zahlreichen Kooperations-Magazinen aus dem Print-Bereich (z.B. spw, Sozialismus, „Z“, etc. ...) sowie direkt mit linken AutorInnen ein ständig aktueller Überblick über linke Diskurse und Theorieentwicklung geboten werden. Ziel ist hier eine Art „linkes politik-digital.de“.

Den Katalog könnte man analog als „Yahoo von links“ bezeichnen. Hier wird v.a. der umfangreiche Datenbestand (z.Zt. über 6000 Links unter staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/) von Rillings Katalog „Wissenschaft plus Politik“ eingearbeitet, gepflegt und fort geschrieben. Die Möglichkeit, später einmal alle linken An-

gebote per Volltextrecherche zu durchsuchen, ist ein mittelfristiges Ziel.

Der Bereich Service wird erst in der zweiten Ausbaustufe richtig gefüllt. Ideen sind hier, neben Freemail-Accounts (Name@linksnet.de) und praktischen Tips und Hilfen rund ums Netz, später einen Online-Buchhandel linker Verlage zu etablieren und eine Job-Börse mit zielgruppenrelevanten Stellenausschreibungen aufzubauen.

Breites linkes Crossover als Basis

Das ehrgeizige Projekt LinksNet.de wird institutionell vom gemeinnützigen Verein LinksNet e.V. getragen, der sich im November 1999 in Köln gegründet hat. Finanzielle Unterstützung kommt bislang hauptsächlich von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Offizieller Startschuss für den Auftritt im Netz ist der 01. Juli 2000. Auch wenn derzeit das Gerüst und die Technik fast schon vollständig realisiert sind, bleibt noch einige Arbeit, die Inhalte einzupflegen. Dazu wird ein Redaktionssystem aufgebaut, welches es auch bei flexiblen Arbeitszeiten und unterschiedlichen Zeitbudgets ermöglichen soll, das System attraktiv und aktuell zu halten.

Wartet gespannt ab – auf dass in Euren Internet-Browsern demnächst die Adresse www.LinksNet.de als Startseite eingestellt sein wird. spw

spw Intern

Liebe Leserinnen und Leser

- Beim spw-Verlag ist ein neues Buch erschienen: *Umverteilen! Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit*, herausgegeben von der Arbeitsgruppe „Umverteilen!“ aus Köln. Es handelt sich dabei um die Dokumentation der interessanten Beiträge zu der Tagung „Umverteilen!“, die ein Kölner „Crossover“ aus linken SozialdemokratInnen und Grünen, Aktiven aus PDS und DKP sowie GewerkschafterInnen am 09.01.2000 veranstaltete, und an der ca. 150 Menschen teilnahmen.

Das Paperback im A5-Format hat 156 Seiten und kostet nur 7,- DM. Bestellungen bitte direkt beim spw-Verlag.

- Mit diesem Heft verabschiede ich, Ralf Krämer, mich nach über 7 Jahren als Mitglied und 6½ Jahren als Sekretär der spw-Redaktion. Die Gründe für meinen Austritt aus der SPD und zumindest wahlpolitische Orientierung auf die PDS, die meine weitere Tätigkeit in diesen Funktionen nur noch für eine Übergangszeit sinnvoll machten, habe ich in spw 1/2000 ausführlich dargelegt. Es dürfte nicht überraschen, dass ich die verschiede-

nen Repliken dazu nicht besonders überzeugend fand. Auch die reale Entwicklung der letzten Monate hat zwar die Probleme (mit) der PDS weiter akzentuiert, aber auch meine Überzeugung noch verstärkt, dass bei der SPD für SozialistInnen Hopfen und Malz verloren sind. spw will ich weiter verbunden bleiben. Ich wünsche der spw und den Linken in der Sozialdemokratie, dass sie meine Einschätzung ihrer Aussichten widerlegen mögen.

- Als neuer Redaktionssekretär der spw wird ab Juli Reinhold Rünker, seit Jahren bewährtes Mitglied der Redaktion, tätig sein. Weitere Umstrukturierungen der Arbeit von spw werden auf der Frühjahrstagung Ende Mai beraten und im nächsten Heft dargestellt werden. Die Adresse der spw wird ab Juli *Westfälische Str. 173, 44309 Dortmund* sein, Telefon- und Fax-Nummern und eMail-Adressen bleiben wie bisher.

Ralf Krämer, spw-Redaktion

Im Herbst dieses Jahres ist die Bundestagswahl mit ihrem großen Sieg für Rot-Grün zwei Jahre her. Zeit für eine kritische Halbzeitbilanz derjenigen, die durch ihr außerparlamentarisches Engagement wesentliche Beiträge dazu geleistet hatten, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Politik als in den vorangegangenen Jahren wollte und die Kohl-Regierung abwählte. Dabei dominieren Enttäuschung und Kritik an „Rot-Grün“ und die Erkenntnis, dass neuer Druck und neue Bewegung von unten nötig sind, um alternative Vorstellungen von einer sozial gerechten, demokratischen, ökologisch intakten und friedlichen Welt durchzusetzen. Vorbereitet durch einen seit über einem Jahr laufenden Prozess, verschiedene Organisationen, Initiativen und Netzwerke zu gemeinsamer Diskussion und Aktion für diese Ziele zusammenzubringen, werden deshalb am 22. und 23. September in Berlin ein Kongress, vielfältige Aktionen und Demonstrationen und ein Jugendfestival stattfinden.

Die Aktionen, Demonstrationen und das Festival der Gewerkschaftsjugend sind der Höhepunkt einer be-

reits zu Beginn des Jahres angelaufenen Kampagne unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben!“ (weitere Infos unter http://igmetall.de/jugend/schönes_leben/). Viele weitere Aktionen, z.B. vor Ministerien, werden von verschiedenen einzelnen Organisationen und Initiativen getragen, das von der Erfurter Erklärung ausgegangene Aktionsbündnis „Aufstehen für eine andere Politik“ bemüht sich eine Koordination.

Die breiteste Basis an TrägerInnen hat der „Halb – Zeit – Kongress“ am 22. und 23. September. Bisher (Ende Mai) sind dabei: Aufstehen für eine andere Politik (Erfurter Erklärung); BasisGrün; BBU Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; BUND Bundesverband Umweltschutz und Naturschutz Deutschland; Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Berlin/Brandenburg; Deutsche Postgewerkschaft Postjugend; GAJB Grünes Alternatives Jugendbündnis; IG Medien-Jugend; IG Metall Bezirksleitung Berlin; IG Metall-Jugend; IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; JungsozialistInnen in der SPD; Koordinierungsstelle gewerk-

schaftlicher Erwerbslosengruppen; Kuratorium Ostdeutscher Verbände; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“; Solid die sozialistische Jugend; WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung. Der Kongress soll v.a. der inhaltlichen Diskussion zwischen den beteiligten Kräften und der Verständigung über künftige gemeinsame Aktionsmöglichkeiten dienen.

spw

* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion

Halb – Zeit

Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung!

von Ralf Krämer*

Halb – Zeit – Kongress ! Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung!

am 22/23. September
in der Technischen Universität Berlin
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Freitag, 22.09.2000

19:00 Uhr *Eröffnung:* Jürgen Peters (2. Vorsitzender IG Metall),
Christa Wolf (angefragt)
Gerhard Timm (BUND)

Samstag, 23.09.2000

9:00 Uhr *Eingangreferat:* Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (Grundlegende Alternativen zukunftsfähiger Politik, „Vision“)
Joachim Spangenberg (Sozialökologische Umgestaltung der Gesellschaft)

11:00 Uhr: *Arbeitsgruppen*

- Frieden und Abrüstung (neue NATO-Strategie, „Humanitärer Interventionismus“, neues SDI – neues Wettrüsten?, WEU und Europäische Eingreiftruppe etc.)
- Bildung, Ausbildung, Wissenschaft
- Globale Gerechtigkeit
- Demokratie, Gleichberechtigung, Partizipation
- Arbeit, Ökologie, soziale Gerechtigkeit (neue Vollbeschäftigung, Zukunftsfähigkeit und ökologischer Umbau, Erneuerung des Sozialstaates, Innovation, Informationsgesellschaft, Gesamtwirtschaftliche Politik)
- Umwelt (Energie und Ausstieg, Verkehr)
- Menschenrechte/Flüchtlinge

13:30 Uhr *Schlusspodium*

Der Politikwechsel braucht eine andere Richtung
mit Jan Engelhard (IG-Metall Jugend), Heidrun Heidecke (BUND), Ulrich Duchow (Kairos Europa), Jutta Dittfurth, N.N. (Friedensbewegung); moderiert von Reiner Braun (NaturwissenschaftlerInnen-Initiative)

15:00 Uhr *Schlusswort:* Horst Schmitthener (Vorstandsmitglied der IG Metall)
N.N. (VertreterIn der Jugendkampagne)

Sonntag, 24.09.2000

10.00 Uhr Kooperationstreffen von Initiativen und Netzwerken, Beratung über Konsequenzen aus der Konferenz und gemeinsame Aktivitäten
Tagungsbeitrag: Erwerbstätige DM 40,-, Studierende/Erwerbslose DM 10,-
Wir bitten Sie, sich möglichst bald anzumelden und den Tagungsbeitrag zu überweisen. Sie helfen uns damit bei der Finanzierung der Tagung. Darüberhinaus bitten wir um Spenden.

Anmeldung: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“, Gutenbergstraße 31, 44139 Dortmund, Tel.: 0231-575202, Fax: 0231-575210, eMail: INES_NAT@t-online.de, Konto: Reiner Braun, Stadtparkasse Dortmund, Konto-Nr.: 00157510, BLZ: 44050199, Stichwort: Halb-Zeit.

Lob unerwünscht

von Burkhard Winsemann*

Vor einigen Monaten konnte man der SPD noch leidlich normale Reflexe bescheinigen: Die Linke kritisierte die soziale Schieflage des sogenannten Zukunftsprogramms und forderte die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder ersatzweise die Erhebung einer Vermögensabgabe. Dafür gab's Prügel von den jeweiligen Beauftragten des Kanzlers und Parteivorsitzenden. Die Reflexe waren heftig und ließen auf eine gewisse Überreizung des Nervensystems, das im Prinzip aber korrekt funktionierte, schließen.

Inzwischen hat sich der Zustand der Patientin erheblich verschlechtert. Jeder Reiz, gleich welcher Art, löst heftige und kaum kontrollierbare Zuckungen aus. Im April war dies anhand eines offenen Briefes zu beobachten, den einige Bundestagsabgeordnete, darunter keineswegs nur die üblichen Verdächtigen, an den Bundeskanzler gerichtet hatten. Darin wurde dieser mit allerhand Lob für die Erfolge bedacht, die mit dem JUMP-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereits erzielt wurden. Zugleich äußerten die UnterzeichnerInnen den be-

scheidenen Wunsch, der Kanzler möge die Wirtschaft bei Gelegenheit daran erinnern, dass auch sie Zusagen abgegeben habe, um die Umsetzung des SPD-Parteitagsbeschlusses zur Einführung einer Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze abzuwenden.

Nur Streit macht Schlagzeilen

Von diesem Brief, zunächst dem Kanzler übermittelt und später mit insgesamt 45 Unterschriften den Medien zugänglich gemacht, nahmen Letztere zunächst kaum Notiz. Ein paar dürre Zeilen für aufmerksame Zeitungsleser, mehr konnte man daraus nicht machen. Denn nur ordentlicher Streit macht ordentliche Schlagzeilen.

Mit einigen Tagen Verspätung wurde dann doch ein prima Medien-Thema daraus, pünktlich zum Beginn des Osterlochs. In der Fraktionssitzung wurden Autoren und Mitunterzeichner ordentlich zusammengestaucht, auf dass nur ja niemand mehr auf die unsägliche Idee kommt, den Kanzler zu loben. So lautstarke und zudem absurde Auseinandersetzungen bleiben den draußen wartenden Journalisten natürlich nicht lange verborgen, und gewöhnlich gut unterrichtete Blätter berichteten tags darauf von heftigem Streit in der SPD-Fraktion.

Einmal öffentlich, war dieser Streit dann auch so schnell nicht mehr einzudämmen. Auch die Präsidiumssitzung knapp eine Woche später musste sich mit der Angelegenheit befassen und tat dies in einer bemerkenswerten Weise: Der Kanzler ließ anschließend wissen, er werde den Brief nicht beantworten, da er ja nicht an ihn, sondern an die Medien gerichtet gewesen sei. Der Forderung, die Wirtschaft vorsichtig zu ermahnen, kam das Präsidium nach, versuchte jedoch den Anschein

zu erwecken, dass dies überhaupt nichts mit dem Brief zu tun hatte. Mit aller Gewalt musste der Brief in die Ecke finsterner Forderungen nach der Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze, im Jargon ihrer Gegner Ausbildungsplatzabgabe, gerückt werden.

Was soll das?

Warum also inszeniert der Fraktionsvorsitzende mitten in einem wichtigen Landtagswahlkampf einen solchen Eklat? Hören wir nicht seit Monaten die Führungsriege, allen voran Struck und Müntefering, Geschlossenheit predigen?

Ein Grund könnte sein, dass, wie erwähnt, nicht nur notorische Linksabweichler wie Andrea Nahles und René Röspel als Autoren firmierten, sondern ebenso junge Abgeordnete wie Michael Roth und Carsten Schneider aus dem Dunstkreis des „Netzwerks Berlin“, das dem Kanzler sonst viel Freude bereitet. Das Ziel der Struck'schen Holzhammer-Aktion könnte daher darin liegen, jegliche Annäherung Letzterer an die Linke zu unterbinden. Allerdings wäre es wohl eine eklatante Fehleinschätzung, eine einzelne gemeinsame Aktion als Startsignal für ein neues Bündnis zu interpretieren. Immerhin: Solche Irrtümer sind Struck jederzeit zuzutrauen.

Ein anderes Motiv könnte in dem Wunsch gelegen haben, schon einmal Sündenböcke für den Fall zu finden, dass die NRW-Landtagswahl doch noch verloren worden wäre. Schließlich ist ja unschwer zu erkennen, wer das schöne Bild der Geschlossenheit zerstört hat: Diejenigen, die sich öffentlich geäußert haben, ohne dazu aufgefordert worden zu sein. Auch die relativ fade Debatte um die Neubewertung von Immobilien für die Erbschaftsteuer Anfang Mai hatte einen derartigen Beigeschmack. Nicht nur eindeutig gegen Parteitagsbeschlüsse, sondern auch mangels vorliegenden Berichts völlig ohne Not wurde da verkündet, die SPD werde ganz sicher keine Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer anstreben. Wer sich so äußert, will weniger die Wähler beschwichtigen als vielmehr die Parteilinke provozieren. Die hat diesmal still gehalten, aber sie wird sich nicht dauerhaft unter dem Stichwort „Geschlossenheit“ ruhig stellen lassen, während Partei- und Fraktionsspitze ungehindert Pflöcke einschlagen. spw

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Finanzmärkte und Entwicklungsländer

Das Nell-Breuning-Institut hat einen 140-seitigen Reader erstellt, der sich intensiv auf Basis der Beiträge zu einer dazu durchgeführten Fachkonferenz mit verschiedenen Aspekten der Auswirkungen der internationalen Finanzmärkte insbesondere auf die Entwicklungsländer befasst: Friedhelm Hengsbach SJ/Bernhard Emunds (Hg.), Finanzströme in die Entwicklungsländer – in welcher Form zu wessen Vorteil? Der Reader kann im Internet heruntergeladen werden unter http://www.st-georgen.uni-frankfurt.de/nbi/pdf/fa_24.pdf oder er kann für 14,- DM zzgl. Porto bestellt werden beim Nell-Breuning-Institut der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, Offenbacher Landstr. 224, 60599 Frankfurt am Main, Tel. 069-6061369, eMail: b.emunds@em.uni-frankfurt.de .

Im Mittelpunkt der jetzt angelaufenen Debatte zur Reform der Bundeswehr steht v.a. die Frage des Für und Wider einer Berufsarmee. Indessen mangelt es an einem gesellschaftlichen Diskurs – gerade auch im Nachgang zu den desaströsen Ergebnissen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien – über die künftige Richtung und Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dieser Ausgabe der spw eröffnen wir unsererseits die Diskussion zur Zukunft der Bundeswehr, zu den Folgen des EUGH-Urteils und zu den Aussichten einer „klugen Außenpolitik“. Weitere Diskussionsbeiträge sind für die kommenden Hefte geplant und ausdrücklich erwünscht.

Die spw-Redaktion

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Bundeswehr-Modell „200F“

Zwischenbericht der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH¹

1. Zur Verfassungswidrigkeit der Fortführung der Wehrpflicht

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält eine ganze Anzahl wohl einmaliger Verfassungsnormen von sowohl grundrechtlicher als auch friedenspolitischer Bedeutung. Mit ihnen wollte der Parlamentarische Rat der zu errichtenden Bundesrepublik innenpolitisch, vor allem aber auch außenpolitisch den bewussten Neuanfang sichern: Der Friedenswille des deutschen Volkes sollte in eindeutiger Abkehr von einem System, das selbst vor Angriffskrieg und Massenmord nicht zurückgeschreckt war, zum unabänderlichen Leitgedanken und Wesensmerkmal des Grundgesetzes und der aus ihm erwachsenden Bundesrepublik erhoben werden.

Militärische Streitkräfte hatte der Parlamentarische Rat dagegen nicht vorgesehen. Entsprechend enthielt das Grundgesetz von 1949 keinen Wehrverfassungsteil. Allerdings schloss der Parlamentarische Rat eine Wiederbewaffnung des zukünftigen deutschen Staates als politische Option auch nicht ausdrücklich aus. Es war daher zulässig, aber eben auch unabdingbare Voraussetzung für die Einführung der Bundeswehr, militärische Streitkräfte durch Grundgesetznovellen verfassungsrechtlich zu legalisieren.

Am 12. November 1955 wurde die Bundeswehr mit 101 Freiwilligen gegründet. Am 1. April 1957 rückten

die ersten 9 773 Rekruten ein. Vorausgegangen war am 26. März 1954 eine erste Verfassungsnovellierung. Ihr folgten die Novellen vom 19. März 1956 sowie vom 24. Juni 1968. Im einzelnen wurden insbesondere zwei Veränderungen in das Grundgesetz aufgenommen: In Art. 87a Abs. 1 Satz 1 GG – einer Regelung der Zuständigkeit (Exekutivkompetenz) – wurde verdeutlicht, dass der Bund (und nicht die Länder) „Streitkräfte zur Verteidigung“ aufstellt. Mit Art. 12a Abs. 1 GG – einer Norm mit Ermächtigungscharakter – wurde geklärt, dass Männer vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden „können“.

Bei den angeführten Normen handelt es sich jeweils um rechtslogisch und gesetzssystematische zutreffende Verankerungen in Form von „Kann-Bestimmungen“. Sie konnten und wollten weder Leitgedanken des Grundgesetzes, wie sein herausragendes Friedensgebot, noch verfassungsrechtliche Wesensmerkmale, wie die starke Stellung der Grundrechte, verändern. Dies wird insbesondere bei Art. 12a Abs. 1 GG deutlich („Männer können ... verpflichtet werden“). Die Norm erklärt die Wehrpflicht, d.h. eine öffentliche Dienstpflicht gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik, für *zulässig*. Einen

Imperativ setzt sie jedoch nicht. Die Wehrpflicht des Grundgesetzes besitzt keinesfalls den Charakter einer „Grundpflicht“; sie ist vielmehr „lediglich“ eine Rechtspflicht, die erst durch die politischen Entscheidungsträger mit Leben gefüllt wird, gegebenenfalls aber auch unausgefüllt bleiben kann. Mehr noch: Als Ausnahmeregelung von den im Grundgesetz verankerten individuellen Freiheitsrechten (insbes. der Berufs- und Arbeitsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG) muss sie sogar ungenutzt bleiben, wenn von einer wehrpolitisch begründbaren Rechtfertigung der Wehrpflicht nicht mehr die Rede sein kann: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. ... Es ist vor allem die Landes- und Bündnisverteidigung und nicht die Beteiligung an internationalen Missionen, die Umfang und Struktur der Bundeswehr und die Beibehaltung der Wehrpflicht rechtfertigen.“¹²

Gerade die veränderte sicherheitspolitische Lage nach dem Ende des

Der Friedenswille des deutschen Volkes sollte zum unabänderlichen Leitgedanken des Grundgesetzes und der aus ihm erwachsenden Bundesrepublik erhoben werden.



ISBN 3-89438-201-5, Broschur, 170 Seiten
DM 19,80/SFR 19,00/ÖS 147,00

Das praxisnahe Buch bietet Nachhilfe für Politiker, konkrete Hilfestellungen für Lehrer, Handlungsvorschläge für eine Schule ohne Gewalt.



ISBN 3-89438-198-1, Hardcover, 297 Seiten
DM 36,00/SFR 33,00/ÖS 267,00

Love-Parade, Life-Style und Fun-Events: Soziokulturelle Entfremdung statt Politik? Zur Kritik des postmodernen Denkens.



ISBN 3-89438-197-3, Broschur, 271 Seiten
DM 29,80/SFR 27,50/ÖS 221,00

Der rot-grüne Kurs unter der Lupe: Alternativen der Steuer-, Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik und wie sie bezahlt werden können.

PapyRossa Verlag

Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln
Tel.: 0221/448545 - Fax 0221/444305
papyrossa@koeln-online.de/www.papyrossa.de

Ost-West-Konfliktes macht aber nach nahezu einhelliger Auffassung in Wissenschaft und Politik erkennbar,

- dass die Staaten der NATO und unter ihnen an erster Stelle die Bundesrepublik Deutschland noch nie so wenig bedroht waren wie in der Gegenwart (und wohl auch in der überschaubaren Zukunft),
- dass ferner die NATO militär- und machtpolitisch noch nie so unangefochten stark war wie heute,
- dass schließlich die Tendenz der Mitgliedstaaten von NATO, WEU und EU dahin geht, ihren Streitkräften immer weniger eine Funktion der Landesverteidigung als eine der Krisenintervention zuzusprechen.

Ist diese Lage- und Tendenzanalyse zutreffend, so kann sie nicht ohne Auswirkung auf die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht in Deutschland im Falle ihrer Fortführung bleiben. Spätestens mit der veränderten wehrpolitischen Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist auch die Begründung für die Wehrpflicht als unabdingbare „Ausnahme“ von den im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechten entfallen. Richtig bleibt zwar auch weiterhin, dass in eine Lagebeurteilung stets politische und auch subjektiv gefärbte Einschätzungen und Wertungen mit einfließen. Dies gilt insbesondere für Fragen der Sicherheitspolitik, d.h. für einen politischen Gestaltungsbereich, in dem die Risiken und Gefahren von morgen durch die Prävention von heute entscheidend gemindert, wenn nicht sogar beseitigt werden können. Grundsätzlich muss deshalb der Sicherheitspolitik ein breiter Ermessens- und Entscheidungsspielraum zugestanden werden. Hervorzuheben ist gleichwohl, dass es bei der bevorstehenden Reform der Bundeswehr nicht um die – im übrigen zulässige – Abschaffung der Streitkräfte geht, sondern um die Veränderung des Charakters der Bundeswehr weg von einer (ohnehin nur noch teilweisen) Wehrpflichtarmee hin zu einer Streitkraft, die ausschließlich aus Freiwilligen besteht. Wie die Lagebeurteilung zeigt, wie aber auch die entsprechenden Umstrukturierungsmaßnahmen bei den Streitkräften der meisten Nachbarn Deutschlands belegen, ist die Beibehaltung der Wehrpflicht keinesfalls mehr sicherheitspolitisch erforderlich. Mit anderen Worten: Auch wenn sich die Wehrpflicht seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989/90 noch wegen des angeführten Ermessensspielraums für Jahre in einer Grauzone des

„Noch-Verfassungsgemäßen“ bewegen konnte, so wurde doch in dem Maße, in dem sich die sicherheitspolitische Lagebeurteilung über ein Jahrzehnt hinweg Tag für Tag bestätigte, die Verfassungswidrigkeit der Fortführung der Wehrpflicht immer deutlicher erkennbar. Bundestag und Regierung sind deshalb gut beraten, die Fortführung der Wehrpflicht in Deutschland möglichst rasch auszusetzen und die vom Bundesminister der Verteidigung für das Jahr 2000 angekündigten Vorschläge zur Neustrukturierung der Bundeswehr als Chance zur Diskussion eines Reformmodells der Bundeswehr auf der Basis einer Freiwilligenstreitkraft zu diskutieren.

2. Die Bundeswehr der Zukunft

Wie ein solches Reformmodell aussehen könnte, hat in den vergangenen Monaten eine aus Wissenschaftlern, Offizieren und Politikern zusammengesetzte Expertenkommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) diskutiert. Zu den Überlegungen und ersten Ergebnissen der Kommission gehören u.a.:

- Die Wehrpflicht und mit ihr die Bundeswehr in der gegenwärtigen Form sind Relikte längst vergangener Zeiten. Die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen, Bedrohungen, Gefahren, Risiken richten sich nicht mehr gegen das Land selbst, sondern betreffen Deutschland als Mitglied eines Militärbündnisses (konkret: als Mitglied in der NATO und der WEU), künftig vielleicht sogar als Mitglied in einem regionalen System Kollektiver Sicherheit in und für Europa. In dem Maße aber, in dem die kollektive Sicherheitsleistung eines Militärbündnisses oder eines Systems Kollektiver Sicherheit an die Stelle der nationalen Sicherheitsvorsorge tritt, wird Abrüstung möglich. Darüber hinaus dürften in vielen Konfliktfällen weniger als 100.000 Soldaten ausreichen, um auch einem erweiterten Aufgabenspektrum gerecht zu werden bzw. um die Normen der Völkergemeinschaft durchzusetzen (vgl. z.B. SFOR in Bosnien oder KFOR im Kosovo). Aber selbst mit Blick auf die traditionelle Aufgabe der Bündnisverteidigung, die einen (derzeit wohl kaum möglichen) großangelegten Angriff gegen Deutschland mit einschließt, wird sich ein (im traditionellen Sinne) starkes Militärbündnis bzw. eine star-

ke Europäische Sicherheitsgemeinschaft mit multinationalen Streitkräften im Umfang von ca. 1 bis 2 Millionen Soldaten begnügen können. Die derzeitigen Streitkräftezahlen in und für Europa gehen nicht nur erheblich über dieses Limit hinaus. Vielmehr ist auch kein Staat erkennbar (auch nicht Russland), der – aus welchen Gründen auch immer – einen Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg führen könnte. Für Deutschland (und in ähnlicher Weise für alle anderen europäischen Staaten auch) ist damit – endlich – die Chance zur Abrüstung sogar auf Kontingente jenseits des hier vorgeschlagenen Modells bei einer erheblichen Reduzierung der Wehretats gegeben.

- Geht man davon aus, dass Europa künftig eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreiben wird, so muss das Konzept der parallelen Aufstellung nationaler Armeen grundsätzlich überdacht werden. Das organisatorische und militärische Strukturgerüst eines eurokollektiven Sicherheitssystems, das modern, leistungsstark und gleichwohl schlank sein muss, verlangt neben der zumindest teilweisen Supranationalität der Streitkräfte und der Bildung gemischt-nationaler Kontingente eine verstärkte Arbeitsteilung unter den Mitgliedstaaten der NATO, der Europäischen Union und gegebenenfalls auch der OSZE. Die arbeitsteilige Spezialisierung und stärkere Konzentration der Länder auf jeweils bestimmte Teilstreitkräfte legt Kapazitäten und Ressourcen frei, die im Verbund der Staaten für die qualifizierte und synergetische Ausbildung und Ausstattung der Soldaten einer modernen Armee insgesamt genutzt werden können.

- Der Kern der künftigen deutschen Einsatzkräfte sollte aus 12 gleichermaßen vollpräsenten, hochmobilen, modernst ausgerüsteten, infanteriestarken Brigaden bestehen. Unter Zugrundelegung einer jeweils 4-monatigen Stationierung im Einsatzgebiet und einer dazwischen liegenden 20-monatigen Nachbereitungs-, Konsolidierungs- und Vorbereitungsphase sind diese Kräfte – mit entsprechender Unterstützung – grundsätzlich in der Lage, zwei zeitlich parallele Einsätze, wie sie derzeit und auf absehbare Zeit als wahrscheinlich angenommen werden können, von unbestimmter Zeitdauer durchzuführen. Darüber hinaus wäre es bei diesem 2-jährigen Einsatzrhythmus ggf. denkbar, mit den in der 12-monatigen Konsolidierungsphase befindlichen

Brigaden (insgesamt jeweils 6) erforderlichenfalls weitere kleinere und zeitlich eng begrenzte Einsätze zusätzlich durchzuführen.

- Zu den Einsatzkräften gehören neben den angeführten 12 Brigaden – die in der Grundgliederung entweder in nationale Divisionen zusammengefasst oder aber multinationalen Großverbänden fest zugeordnet und direkt unterstellt werden können – zusätzlich eine Luftwaffen- und eine Marinekomponente, für besondere Einsätze das „Kommando Spezialkräfte“ sowie mehrere national frei verfügbare Stäbe auf verschiedenen Führungsebenen (Nationale Befehlshaber im Einsatzgebiet). Die Einsatzkräfte umfassen, im Falle der festen Zuordnung des Großteils der Brigaden zu multinationalen Korps, insgesamt ca. 120.000 Soldaten.

- Die bisherige Gliederung der Streitkräfte in die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine wird aufgehoben. „Streitkräftegemeinsame Operationen in multinationalen Formationen sind ein entscheidendes Merkmal militärischer Einsätze geworden. Streitkräftegemeinsame Operationen müssen auch im nationalen Bereich streitkräftegemeinsam geführt werden“³. Sämtliche Einsatzkräfte werden daher einem gemeinsamen Führungskommando unterstellt. Daneben treten ein zentrales Kommando für die Ausbildung in den Streitkräften sowie ein zentrales Kommando für Führungs-, Kampf- und Einsatzunterstützung. Diese drei Kommandobehörden sowie das Personalamt werden direkt dem Generalinspekteur der Bundeswehr unterstellt. In dessen Stab fungieren (neben weiteren militärischen Abteilungen) die Inspektoren von Luftwaffe und Marine als Abteilungsleiter.

- Die Möglichkeiten einer Privatisierung von Dienstleistungen für die Streitkräfte sollen in einem weit größeren Maße als bisher genutzt werden. Als zentrale Aufsichtsbehörde wird ein „Betriebsaufsichtsamt“ eingerichtet, das – ebenso wie die in ihrem Personalamtumfang erheblich reduzierten Ämter für die verbleibenden, nicht sinnvoll zu privatisierenden Aufgaben im Bereich der Rüstungsbeschaffung und der Verwaltung – dem (beamteten) Staatssekretär im BMVg zugeordnet ist. Die jüngsten Kooperationsvereinbarungen des Bundesministers der Verteidigung mit der Wirtschaft sind ein hoffnungsvolles Zeichen, können aber nur einen ersten Schritt darstellen. Nur für diejenigen

Aufgaben, für die keine geeigneten Angebote privater Dienstleister zur Verfügung stehen, sollten militärische Kapazitäten bereitgestellt werden; dabei wäre gemeinsamen europäischen Lösungen der Vorrang gegenüber dem Aufbau paralleler nationaler Strukturen einzuräumen. In der gesamten Bundeswehr muss der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit anstelle des traditionellen Sparsamkeitsprinzips treten.

- Der künftige Personalumfang der Streitkräfte beträgt unter diesen strukturellen Vorgaben ca. 200.000 Soldatinnen und Soldaten. Die Zahl der zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr würde sich auf ca. 90.000 reduzieren. Dies impliziert die Aufgabe einer Vielzahl militärischer Liegenschaften und Standorte. In diesem Zusammenhang müssen zwar betriebswirtschaftliche Kriterien die maßgebliche Rolle spielen. Jedoch sollte bei der Neudislozierung den jeweiligen regionalen ökonomischen Strukturen in angemessener Weise Rechnung getragen werden. In jedem Fall muss die Konversion von Bundeswehrliegenschaften mit einem schlüssigen Bundeskonversionsprogramm einhergehen.

- Der Großteil der deutschen Einsatzkräfte sollte den (bereits aufgestellten) multinationalen Korps zugeordnet werden. Als Organisationsprinzip dieser Korps wäre das der Integration (Parität der nationalen Anteile, Rotation bei der Besetzung der Führungspositionen) zu bevorzugen.

- Der zu erwartende Haushaltsmittelbedarf Einzelplan 14 beläuft sich für das vorgeschlagene Strukturmodell bei einer angenommenen Investitionsquote von 25 Prozent auf ca. 39 Milliarden DM, bei einer Investitionsquote von 30 Prozent auf ca. 41,5 Milliarden DM (alle Preisangaben berechnet auf das Jahr 2003).⁴

3. Zu den sozialpolitischen und regionalen Folgen einer Umstrukturierung der Bundeswehr – Plädoyer für ein Bundeskonversionsprogramm

Die Umstrukturierung der Bundeswehr und die Aussetzung der Wehrpflicht bringen eine Reihe von sozialpolitischen Problemen mit sich (Standortschließungen, regionale Verwerfungen, Arbeitsplatzverluste etc.), vor denen die Augen nicht verschlossen werden dürfen. Andererseits bergen sie auch große ökonomische und gesellschaftliche Chancen, die es frühzeitig zu erkennen und konzeptionell

Die Wehrpflicht und mit ihr die Bundeswehr in der gegenwärtigen Form sind Relikte längst vergangener Zeiten.

zu nutzen gilt. Voraussetzung ist eine systematische Konversionspolitik auf Bundesebene, verstanden als ein bewusster und gewollter Prozess der zivilen Umgestaltung.

Bislang gab und gibt es auf Bundesebene eine Konversionspolitik in diesem Sinne nicht. Entsprechende Aufgaben werden vielmehr weitgehend den betroffenen Bundesländern und Kommunen überlassen. Die von den Folgen der früheren Überrüstung des Kalten Krieges und der nach Entspannung und Wiedervereinigung deutlich gewordenen Konversionskosten besonders stark betroffenen Bundesländer und Kommunen fordern deshalb schon seit längerem ein weitergehendes Engagement des Bundes in Fragen der Konversion und vor allem auch klare Zuständigkeiten.

Wie ein politisches Konversionsmanagement beim Bund aussehen könnte, lässt sich an den langjährigen institutionellen Erfahrungen auf Bundesebene der USA ablesen: Schon 1961 wurde beim US-Verteidigungsministerium das „Defence Economic Adjustment Program“ initiiert. Sein Hauptzweck bestand und besteht darin, betroffenen Kommunen zu helfen, die Probleme besser zu bewältigen, die durch die veränderte Situation der Sicherheitspolitik entstehen. Konkrete Hilfe leistete das 1992 beim Verteidigungsministerium eingerichtete „Office of Economic Adjustment“ mit Rat und Tat bei der Auflösung von militärischen Standorten, bei den regionalwirtschaftlichen Folgen drastischer Reduzierung von Rüstungsproduktion, aber auch bei Veränderungen durch die Erweiterung von Militärstandorten. Dieses Amt für wirtschaftliche Anpassung ist nicht nur für die Durchführung des verteidigungswirtschaftlichen Anpassungsprogramms verantwortlich, vielmehr fungiert es zugleich als ständiger Arbeitsstab mit eigener finanzieller Ausstattung im „Komitee für wirtschaftliche Anpassung“ beim Präsidenten. 1994 wurden in den USA bundesweit 1,7 Milliarden US-Dollar für Konversionsprojekte bereitgestellt, insbesondere für die Vorbereitung der Umnutzung von Standorten, die Wiederbeschäftigung und Neuqualifikation freigesetzter Zivilbeschäftigter und Militärangehöriger sowie für Marktanalysen. Zivile Umwandlung gilt in den USA nur dann als erfolgreich, wenn an einem Standort nach dem militärischen Abzug mindestens genauso viele zivile Arbeitsplätze ent-

standen sind wie unter der militärischen Ägide bestanden haben.

Das in der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene gezeigte Engagement für Konversion reichte hingegen schon bislang nicht aus, um das Konversionsvolumen zu bewältigen, das durch Ost-West-Entspannung, Wiedervereinigung und Abrüstung in den vergangenen Jahren entstanden war. Insbesondere fehlen die Finanzmittel für Munitionsberäumung und Altlastenbeseitigung, um in absehbarer Zeit die Wunden zweier Weltkriege und des Kalten Krieges zu heilen. Nach dem Wegfall des von der EU bis 1999 aufgelegten KONVER-Programms ist die Frage eines Bundeskonversionsprogramm sogar noch drängender geworden.

Der Bund sollte deshalb die bevorstehende Umstrukturierung der Bundeswehr nutzen, um die zu erwartende Rückbaukomponente der Streitkräfte mit einem Konversionsprogramm sinnvoll zu koppeln. Zu den vorbereitenden Maßnahmen und ersten Schritten könnten gehören: die Bilanzierung der anstehenden Konversionsaufgaben durch Wissenschaft und Politik, ferner die Schaffung klarer Zuständigkeiten bei der Bundesregierung, z.B. durch die Berufung eines Bundeskonversionsbeauftragten bzw. die Bildung einer Konversionsabteilung im Kanzleramt oder im Wirtschaftsministerium, und nicht zuletzt die Einrichtung eines Impulsgebers für Konversion auf Bundesebene in der Art des „Office für Economic Adjustment“.

4. Zu den sozialpolitischen Folgen einer Umstrukturierung der Bundeswehr – Plädoyer für einen Freiwilligendienst

Zu den Folgen einer Umstrukturierung der Bundeswehr und der Aussetzung der Wehrpflicht gehört ferner die Aufhebung des Zivildienstes mit zweifelsohne erheblichen Wirkungen auf das Gesundheitswesen und andere sozialpolitische Bereiche der Bundesrepublik. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung lässt sich allerdings – volkswirtschaftlich gerechnet – die Arbeitsleistung der Zivildienstleistenden durch tariflich bezahlte Arbeitsleistungen ersetzen, ohne dass das Sozialwesen der Bundesrepublik zusammenbricht oder auch nur teurer wird. Entscheidende Voraussetzung ist allerdings, dass die Finanzmittel, die bislang für die Erbringung der Sozialleistungen via Zi-

vildienst durch den Staat ausgegeben werden auch weiterhin bereitgestellt werden.

Eine weitere tragfähige Alternative bildet die Schaffung eines Anreizsystems für die freiwillige Übernahme von öffentlichen Aufgaben: Statt der Einberufung der jungen Männer zum Wehr- oder Zivildienst sollten alle jungen Menschen, also auch Frauen, ermuntert werden, ein Jahr lang in einem freiwilligen sozialen Dienst tätig zu werden. Es sollte möglich sein, ein solches Dienstjahr bei sämtlichen Formen und Trägern von Diensten, an denen ein öffentliches Interesse besteht, von der Bundeswehr bis zum Zivilen Friedensdienst, von der Feuerwehr bis zum Entwicklungsdienst, von der Altenpflege bis zum Umweltschutz, von der Polizei bis zum Katastrophenschutz wie auch bei internationalen Organisationen abzuleisten. Jedem jungen Menschen wird angeboten, im Alter von 18 Jahren bzw. nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule für ein Jahr in eine Dienst-einrichtung der eigenen Wahl einzutreten. Männer und Frauen sind dabei gleichgestellt, was bedeutet, dass Frauen uneingeschränkt in den Streitkräften Dienst tun können.

Da diejenigen, die an einem solchen einjährigen Dienst teilnehmen, während dieser Zeit vorwiegend in dem jeweiligen Tätigkeitsbereich ausgebildet werden, sollte bei der Werbung für diese Dienste wie auch bei der Besoldung der Gesichtspunkt der Ausbildung ausschlaggebend sein. Darüber hinaus sollte durch seine Ableistung ein Bonus für künftige Lebensabschnitte erworben werden:

- Die Attraktivität dieses Dienstjahres sollte darin liegen, dass es quasi als *Berufsfindungsjahr* für eine breite Palette von Berufen ausgestattet wird, die im weitesten, aber nicht unbedingt im arbeitsrechtlichen Sinne als öffentliche Dienstleistungen anzusehen sind.
- Alle, die einen solchen Dienst ableisten, erhalten während dieses Jahres eine Vergütung, die der Eingangsstufe der *Ausbildungsvergütung* im Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Gegebenenfalls erhalten diejenigen, die schon einen beruflichen Abschluss vorweisen können, aber vielleicht als Arbeitslose dieses Jahr zur beruflichen Umorientierung benutzen wollen, einen Zuschlag, der dafür sorgt, dass sie nicht schlechter gestellt sind, als wenn sie in ihrem erlernten Beruf tätig wären.

Der Großteil der deutschen Einsatzkräfte sollte den (bereits aufgestellten) multinationalen Korps zugeordnet werden.

- Am Ende des Jahres kann in dem Tätigkeitsbereich eine dem Ausbildungsstand entsprechende (*Teil-*) *Abschlussqualifikation* erworben werden.
- Alle, die einen solchen Dienst abgeleistet haben, erhalten einen *Bonus* bei der Zulassung zu weiterqualifizierenden Ausbildungswegen wie auch bei der Berechnung der Altersrente.
- Wer beabsichtigt, später hauptsächlich eine der Tätigkeiten aus dem Spektrum der einjährigen freiwilligen sozialen Dienste auszuüben, erhält dieses *Dienstjahr* dann – gegebenenfalls auch als Ausbildungsjahr – *angerechnet*.

Wer nicht bereit ist, ein Jahr lang auf irgendeine Weise einen Dienst für die Gesellschaft zu leisten, käme auch nicht in den Genuss der späteren Vergünstigungen. Da aber jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er dieses Angebot mit den darin enthaltenen persönlichen Herausforderungen, Belastungen und Fortbildungschancen wahrnimmt, erübrigt sich bei diesem Modell die bei allen Pflichtdiensten zwingende Frage nach einer Dienstgerechtigkeit. Die Frage der Suffizienz erledigt sich insofern, als jede Einrichtung nur in dem Umfang solche Stellen ausschreibt, wie es ihr für den eigenen Dienstbetrieb sinnvoll erscheint.

Es sind keine Nachteile für die Selbstrekrutierung der beteiligten Institutionen zu befürchten, im Gegenteil: Wenn die Befürworter der Wehrpflicht heute darauf hinweisen, dass ein nicht unerheblicher Teil vor allem der Zeitsoldaten aus dem Kreis der Wehrdienstleistenden hervorgegangen ist, so kann bei dem hier vorgeschlagenen Modell das Bundesverteidigungsministerium damit rechnen, dass alle diejenigen, die sich für ein Jahr verpflichten, wirklich an der Bundeswehr interessiert sind. In ihrem Kreis könnte deshalb mit mindestens demselben Erfolg auch um Längerdienende geworben werden. Im Bereich der Heil- und Pflegeberufe ist ähnliches zu erwarten, da auch jetzt schon mancher Zivildienstleistende sich während seiner Dienstzeit dafür entscheidet, hieraus einen Beruf zu machen.

sprw

¹ In Erinnerung an den Mitbegründer der Bundeswehr und Vater der Inneren Führung, General Wolf Graf Baudissin, hat das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) im Herbst 1999 eine Kommission für Fragen der Reform der Bundeswehr und der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik ins Leben gerufen. Die

Kommission wird voraussichtlich bis Ende des Jahres 2000 vierteljährlich zusammenkommen.

Das IFSH, dessen Gründungsdirektor Prof. Graf Baudissin im Jahre 1971 war, ist die einzige wissenschaftliche Einrichtung der Friedensforschung, in der auch abgeordnete Offiziere der Bundeswehr von Anfang an beständig mitarbeiten. 1995 richtete das IFSH ein internationales Baudissin-Fellowship-Programm ein. Im Rahmen dieses Programms arbeiten seitdem jährlich bis zu vier weitere Offiziere aus Ost- und Südosteuropa am Institut zu Themen der Inneren Führung und der europäischen Sicherheitsstrukturen. Leiter des IFSH ist gegenwärtig der langjährige Stellvertreter Baudissins am Institut, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz.

Verantwortlich für den vorliegenden Zwischenbericht: Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz und Dr. Jürgen Groß. Teilnehmer der Kommission: Dr. Horst Afheldt; Dr. Ingrid Anker, vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; Dr. Detlef Bald, vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; Dr. Arwed Bonnemann, Universität der Bundeswehr Hamburg; Dr. Andreas von Bülow, Bundesminister a.D.; Ulrich Finckh, Vorsitzender Zentralstelle Recht und Schutz der KDV; Dr. Johannes Gerber, Generalmajor a.D.; PD Dr. Hans-Joachim Gießmann, IFSH; Dr. Jürgen Groß, Oberstleutnant i.G., IFSH; Dr. Heinz-Gerd Justenhoven, Direktor Institut für Theologie und Frieden; Roland Kaestner, Oberst i.G., Bundestagsfraktion B90/Die Grünen; Wolfgang Kiefer-Heydenreich, Betriebsrat Daimler Chrysler Aerospace; Heiko Kretschmer, Jungsozialisten Hamburg; Dr. Martin Kutz, Führungsakademie der Bundeswehr; Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Direktor IFSH; Prof. Dr. Berthold Meyer, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Heinz-H. Meyer von Thun, Oberst i.G., Luftwaffenamt; Otfried Nassauer, Leiter Berliner Informationszentrum Transatl. Sicherheit; Andreas Prüfert, Karl-Theodor-Molinari-Stiftung; Jürgen Rose, Oberstleutnant, Luftwaffenamt; Dr. Sigrun Schmidt; Prof. Dr. Siegfried Schönherr, Gesellschaft für Militärökonomie; Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D., vorm. Bundesministerium der Verteidigung; Peter Tobiassen, Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV; Roland Vogt, Konversionsexperte; Prof. Dr. Elmar Wiesendahl, Universität der Bundeswehr München; Dr. Herbert Wulf, Direktor Internationales Konversionszentrum Bonn.

² Herzog, Roman, Vierzig Jahre Bundeswehr – Bilanz und Perspektiven. Rede des Bundespräsidenten anlässlich der 35. Kommandeurtagung der Bundeswehr in München am 15. November 1995, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 97 vom 21. November 1995, S. 943, 942.

³ Kirchbach, Hans Peter von, Die Bundeswehr – Armee im Einsatz. Standortbestimmung und Perspektiven. Rede des Generalinspektors der Bundeswehr auf der 37. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 29. November 1999 in Hamburg.

⁴ Die Berechnung wurde vom Institut für Sicherheits- und Militärökonomie der Universität der Bundeswehr München durchgeführt.

Das neue Heft:



Armeen und Aktionäre; Theodor Bergmann: Export von Waffen und von Konterrevolution; Joachim Bischoff: Abschied vom »Rheinischen Kapitalismus«; Karl Georg Zinn: Mega-Fusionen – Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer? Rudolf Hickel: Steuerpolitik im Dienste der Neuordnung der Deutschland AG; André Brie/Klaus Dräger: New Europe – New Economy?

Bernd RieXinger: Tarifrunde Banken; Leonhard Regneri: Bleibt von der Streikbewegung bei Banken und Sparkassen nur ein Scherbenhaufen? Harald Werner: Betriebsrat als Standortvorteil; Mathias Neumann: Gewerkschaften zwischen Tradition und Moderne; Ralf Brodesser/Sabine Gröngroft: Arbeitsbedingungen in Call-Centern; Bilanz der »Wende«

Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Die »nonkonformistischen Intellektuellen« der Frankfurter Schule; Oliver Schöller u.a.: Bildung als Wettbewerbsfaktor; Volker Stork: Die Misere der Arbeitsutopie (zu André Gorz); Peter Gowan: Die Hintergründe des NATO-Krieges in Jugoslawien; Heinz Loquai: Wege in einen vermeidbaren Krieg – Der Kosovo-Konflikt – November 1997 bis März 1999

Supplement: Steffen Lehndorff/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.) Wiederaneignung der Zeit Elemente einer neuen Regulation

**Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de**

Frauen in die Bundeswehr

Zum Urteil des EuGH vom Januar 2000

von Mechtil Jansen*



Der Streit um das Thema „Frauen in der Bundeswehr“ ist so alt wie die Bundesrepublik und es ist kein Zufall, dass nun – mit dem Abschluss der alten BRD und vor dem Hintergrund der vertieften europäischen Einigung – via Europäischem Gerichtshof die Auseinandersetzung auf ein neues Ergebnis zugeführt wird. Über die Debatte werden drei Schlachten geschlagen: eine von gestern über die geschlechtlichen Rollenbilder, eine von heute über die Effizienz und Modernität der Bundeswehr, eine von morgen über die zukünftige Sicherheitspolitik. (Offen ist allein die letzte Frage.)

1. Kleiner Rückblick

Die Debatte erfolgte – über lange Zeit verteilt – alle paar Jahre wieder wie in Wellen, die zu einer Flut anwachsen. An der Oberfläche war sie jedes Mal von der alles beherrschenden Argumentationsfigur der „Gleichberechtigung der Frau“ geprägt – gegen das im Grundgesetz fixierte doppelgesichtige Erbe der Nazizeit, das einerseits „Blitzmädel“ verunmöglichen sollte, andererseits doch den weiblichen Mutterkult weitertransportierte; gegen den politischen Friedenswillen der Öffentlichkeit insbesondere seit Beginn der Ostpolitik; gegen die Friedensbewegung und namentlich eine, allen u.U. mitgeschleppten Weiblichkeitsmythen zum Trotz, dezidiert antimilitaristische Frauenfriedensbewegung. Schon allein durch den konsequenten Ausschluss der Rolle des Mannes aus der Debatte stand diese stets unter der heimlichen Prämisse des Militärs per se.

Das Argument der Gleichberechtigung ist vor allem ein Hilfsargument zur eigentlich wesentlichen Legitimierung, Normalisierung und Befestigung des Militärs gewesen.

Doch auch die tatsächlichen Anlässe für das Aufflammen der Debatte waren ausnahmslos militärpolitischer Natur, seien es die immer wieder entstandenen Personallücken¹, ein wachsender Bedarf an Qualifikationen sozial-„weiblicher“ Art oder ein Legitimationsbedarf bzw. eine Innovationsspritze für das Ansehen oder Selbstbewusstsein der Bundeswehr. Gleichzeitig handelte sich es ebenso regelmäßig um politische Phasen, in denen das gesellschaftliche Voranschreiten der Gleichberechtigung der Geschlechter eher ins Hintertreffen geraten war, die Frauenbewegung zuvor aber kräftig Druck gemacht hatte und mindestens noch nach einem Ventil rief. So fand letztere plötzlich Bündnispartner unter jenen, die noch kurz zuvor die abstrusesten Vorstellungen über Rolle, Aufgaben und Wesen „der Frau“ von sich gegeben hatten, in oder durch deren Institutionen realiter der heftigste Sexismus und die größte Verletzung der Rechte von Frauen stattfanden und deren Ausmaß der unter lautestem Getöse angebotenen Verbesserung von der lächerlichsten Art gewesen war (wie etwa eine Laufbahn als Sanitätsoffizierin, eine Ausbildung zur Selbstverteidigung, eine Generalin etc. zeigen).

Auch ideologisch-mythologisch kreuzten sich auf denkwürdige Weise die „Denkfiguren“, das Bild von der Frau und vom Militär und ihren Funktionsweisen. Einmal musste das „traditionelle“ Frauenbild zum Ausschluss der Frauen aus dem Militär erhalten, wobei sich gleichzeitig die Identität des Militärs und der mit

ihm geborenen „Männlichkeit“ quasi tautologisch gerade durch den Ausschluss der Frauen definierte. Das andere Mal werden im Namen der vermeintlichen Aufgabe dieses „überholten“ „traditionellen“ Bildes die gleichen inhaltlichen Verweise auf die Eigenschaften der Frauen – soziale Kompetenz, Friedfertigkeit – für die Einbeziehung von Frauen ins Militär verwandt und hierüber die Identität des Militärs – als Schaffer des Friedens, der Humanität und der Menschenrechte – selber gerettet. Wer hilft hier wem und was hat sich hier verändert? Ihre systematische Logik finden diese Erscheinungen darin, dass das klassische Militär mit „Gleichberechtigung“ jedweder Art per se nicht viel zu tun hat, schließlich handelt es sich um eine machtpolitisch bestimmte Institution zur gewaltsamen Unterdrückung und Zerstörung anderer.

So darf man festhalten, dass das Argument der Gleichberechtigung vor allem ein Hilfsargument zur eigentlich wesentlichen Legitimierung, Normalisierung und Befestigung des Militärs gewesen ist. Auch heute geht es beileibe nicht um den Bruch des letzten Tabus der Männermacht.

2. Nachhutgefechte

Während in den 80er Jahren das Militär selbst, sein Sinn und seine Aufgaben, tatsächlich in der Auseinandersetzung – und zwar tatsächlich im Spannungsfeld zur Herausforderung der Gesellschaft durch den Feminismus – standen, wurden seit Mitte der 90er Jahre unter dem Stichwort „Frauen in die Bundeswehr“ nur noch Nachhutgefechte geführt. Die Gesell-

* Mechtil Jansen, Köln, freie Journalistin

schaft hatte – als Antwort auf die Frauenbewegung – formale und fortschreitend formalisierte Gleichberechtigung zu Recht akzeptiert, allerdings ohne ein neues Maß dessen, worin sich denn die Geschlechter in einer erstmalig nicht-patriarchalen Gesellschaft gleich sein sollten, auch nur als notwendige Fragestellung zu realisieren. Ein solcher Entwurf von „Gleichberechtigung“ in einer historisch personal, kultural und sozialstrukturell zweigeschlechtlich gespaltenen und hierarchisierten Gesellschaft war und ist schon ein eminenter Widerspruch in sich, der jedoch bis heute nicht zur Kenntnis genommen wird. Im Ergebnis war kein ernstzunehmender Widerspruch mehr dagegen zu erwarten, dass Frauen auf allen Ebenen, und gehe es um den denkbar größten „Mist“, „dasselbe tun dürfen wie Männer“, solange der herkömmliche Mann dabei das Maß aller Maße blieb.

Aber auch die Bundeswehr war nicht mehr der Gegenstand, an dem sich die Einstellungen der Bevölkerung und Öffentlichkeit teilten. Die Friedensbewegung hatte noch die Bundeswehr mental weithin mitabgerüstet, im internationalen Geflecht spielte diese keine erkennbar große oder gefährliche Rolle, neue bedrohliche Krisenherde schienen deren Fortexistenz für Notfälle jedoch angeraten sein zu lassen, zumal sie eine so aufgeklärte beschwichtigende Rolle spielte, und mit den großen äußeren Bedrohungen war auch die Gefährlichkeit derer, die diese abwehren sollten, im Bewusstsein der Bürger geschrumpft. Warum sollte man irgendjemand hindern, der oder die es unbedingt wollte, in dieser Institution glücklich zu werden? Zumal die jungen Männer immer weniger „Bock“, die jungen Frauen aber mächtig Energie und Ehrgeiz hatten. Davon abgesehen hatte sich mit dem Vordringen von Frauen in alle gesellschaftlichen Bereiche längst herumgesprochen, dass jeder Betrieb mit einer bestimmten Dosis an Frau besser funktioniert als ohne.

Es war nur eine Frage der Zeit, dass der Bundeswehrverband eine tapfere Frau finden würde, die mit der Politik zugleich nichts am Hut haben würde, um vor dem – notfalls europäischen – Gericht zu klagen, das „Berufsverbot“ in der Bundeswehr aufzuheben. Ebenso absehbar war, dass eine liberalisierte oder gar gleichgültige oder auch schleichend an die Wiederkehr des Krieges gewöhnte Öff-

entlichkeit dem zustimmen und die Entscheidung selbst in die Hände der Frauen legen wollen würde.

All dies ist eigentlich nur ein logisches Resultat dessen, dass sich vom Standpunkt der Gleichberechtigung noch nie mehr gegen eine Einbeziehung von Frauen in die Armee sagen ließ, als dass es für niemand ein Recht auf Töten gibt, also das angerufene „Tötungstabu“ für alle gelten sollte, und dass das Militär klassischer Weise die Enklave des erlaubten Tötens bildet, meist weit über wirkliche Notwehr hinaus, wie immer es sich je aktuell darstellen oder in welche Zwangslagen im Umgang mit ihm man auch geraten mag.

[Obwohl es sich also hinsichtlich der Geschlechterrollen um kalten Kaffee handelt, hindert es natürlich einige nicht, ihre Phantasmagorien zu beleben und – ala Edmund Stoiber – zu krähen, „demnächst schreibt noch eine europäische Kommission vor, dass der nächste Bundeskanzler eine Frau sein muss!“^{2]}

3. Das Urteil

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Klage der Tanja Kreil auf Zugang zur Bundeswehr einschließlich des Dienstes an der Waffe gibt dem Anliegen der Klägerin statt. Es hebt in seiner Begründung auf drei Aspekte ab. Es sieht den Ausschluss der Frauen zunächst als einen Verstoß gegen den EU-Gleichbehandlungsgrundsatz im Arbeitsleben an, definiert damit Soldatentum als normalen Beruf und erklärt einen generellen Ausschluss aus dem Waffendienst bzw. einen „stärkeren Schutz“ der Frau als unzulässig. Gleichwohl erlaubt es Ausnahmen, die freilich eng ausgelegt, verhältnismäßig zur Gleichbehandlungsrichtlinie und den prozessualen sozialen Wandel einbeziehend sein sollen. Zugleich fordert das Urteil, die nationale Sicherheitspolitik, die jenseits des europäischen Rechts steht, möglichst in Einklang mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Bürger und Bürgerinnen zu bringen.³

Die *inhaltliche* Begründung für den Ein- bzw. Ausschluss von Frauen aus der Bundeswehr bleibt dabei die altbekannte: Die Ausnahmen vom Normalfall Mann finden (erstens) ihren Grund im Körper der Frau und in ihrer Rolle als Mutter bzw. der „besonderen Beziehung zwischen Mutter und Kind“. Die Einbeziehung von Frauen umgekehrt wird (zweitens) mit ihrer besonderen Friedfertigkeit begründet. Das geschieht im Urteil

zwar nicht explizit, aber durch den Verweis auf die Gepflogenheiten anderer EU-Länder und deren Begründungszusammenhang im Kontext des sozialen Wandels, auf den dann auch in der öffentlichen Interpretation ausgiebig verwiesen wird. In Großbritannien gilt Weiblichkeit als Waffe des Militärs. Man hat vom Militär genug, es sei denn, es ist eine Soldatin – in einer Armee, die als Friedenstruppe auftritt.⁴ Dass Motivation, Umgangston, Ordnung, Disziplin, Klima und Spaß in der Truppe mit Frauen nur besser werden, ist längst hinlänglich erwiesen und bekannt.⁵ Auch über die Vorteile der Präsenz von Frauen etwa in der Friedensmission in Namibia, die sich um die – mehr und mehr – betroffenen Frauen und Kinder einfühlsamer kümmerten, wurde mehrfach berichtet.⁶ Umgekehrt ist für die meisten eine „weibliche Wehrpflicht fern jeder Imagination“⁷, sodass eher mit einer Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen ist, als dass das Bild von einer dennoch gegebenen „Andersartigkeit der Frau“ aufgegeben würde.

Fundiert werden diese Begründungen (drittens) durch die Ausnahmen von der Regel der Gleichbehandlung: exklusiv unter sich bleibt der Mann, wo es auf seine „Härte“ ankommt. Die Energie, mit der an deren Definitionen gearbeitet wird, ist bizarr. Kampfschwimmer, Elite-Einheiten, U-Boote, Minen-Entschärfer, Kampfseinheiten der Bodentruppen, alle Jobs, in denen man „dem Feind Aug in Auge gegenüberstehen“ könnte – solche Spezialbereiche sind Frauen in den anderen westlichen

Was den Zuwachs an Gleichberechtigung betrifft, sind im übrigen die Ausnahmeregelung höher zu veranschlagen, als es äußerlich erscheint und interpretiert wird.

Internationale Vernetzung von StudentInnen gegen Neoliberalismus und für freie, kostenlose, öffentliche Bildung

Ende April fand in Mexiko auf Einladung des Generellen Streikrates (CGH) der Universität Mexiko UNAM das erste internationale Treffen von StudentInnen aus aller Welt gegen das „Neoliberale Projekt und in Verteidigung von freier, kostenloser und öffentlicher Bildung“ statt. Über 1.200 TeilnehmerInnen aus 16 verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Nordamerikas und Europas und aus 20 Bundesstaaten Mexikos versammelten sich, um über gemeinsame Ziele, Strategien und Aktionen zu diskutieren und zu beraten. Wichtige Forderungen der Abschlusserklärung und weitere Infos in der Presseerklärung des fzs – freier Zusammenschluss von studentinnenschaften vom 03.05.00, im Internet zu finden über <http://www.studis.de/fzs>.

Das Interessanteste am Urteil des europäischen Gerichtshofs könnten die Folgen für die Debatte über eine Sicherheitspolitik der Zukunft sein.

Ländern versperrt. [Ein hinderlicher Körper der Frau, besondere Beziehung zwischen Mutter und Kind?] Diese Ausschlüsse werden jeglicher Realität zum Trotz vorgesehen. Frauen sind im Durchschnitt und gerade bei Feinarbeiten erwiesenermaßen besser und im Zweifelsfall allemal noch härter als Männer.

Sofern die Sache Zeit- und Berufssoldatentum betrifft, ist sie rein quantitativ von geringem Gewicht (bei hohen Kosten). Noch in keiner der gegenwärtig eher schrumpfenden Armeen überspielt der Anteil von Frauen die 10%Marke. Aufgrund der spezifischen Aufgabenzuweisungen läge er im Fall des militärischen Einsatzes noch darunter. Ein eigenes Gewicht erhält eine Minderheit im Schnitt erst bei einer Größe von einem Drittel, es sei denn, sie bringt eine besondere Qualität für eine Institution mit sich, was in diesem Fall nicht erkennbar ist. [Wenn die Frauenministerin das Urteil lediglich damit zu kommentieren weiß, dass sich erfreulicherweise mehr Arbeitsplätze für Frauen erschlossen⁸, so ist dies irritierend dürrtig.] Sofern mit der Sache die Wehrpflicht berührt ist, kann von Berufsangelegenheiten nicht mehr die Rede sein. Diese ist Resultat einer bestimmten Defi-

inition von Sicherheitspolitik in der parlamentarischen Massendemokratie. Was den Zuwachs an Gleichberechtigung betrifft, sind im übrigen die Ausnahmeregelung höher zu veranschlagen, als es äußerlich erscheint und interpretiert wird. Gleichberechtigung in der Armee oder in der Ausübung des Berufssoldatentums wird es nicht geben. Frauen sind Fußvolk, Füllsel, Schmiermittel, Dienerinnen – die Elite und mit ihr die Tabus sind längst in neue Enklaven ausgewandert. Es handelt sich um jene Bereiche, auf die es heute militärisch im Zweifelsfall vor allem ankommt. Die militärische Karriere, das eigentliche Soldatentum, die Macht der Militärs wird einer Männerelite vorbehalten bleiben, denn nur, wer sich in den „härtesten“ Situationen bewährt, (von den Frauen per se ausgeschlossen werden) steigt zu diesen Höhen auf. Nähme man schließlich den Auftrag des EuGH ernst, die nationale Sicherheitspolitik in Einklang mit Gleichbehandlungsansprüchen der Menschen zu stellen, so müsste man zum Schluss kommen, dass davon nicht die Rede sein kann, der inhaltliche Zusammenhang zwischen beidem nicht einmal erhellt ist.

Das Interessanteste am Urteil des europäischen Gerichtshofs könnten die Folgen für die Debatte über eine Sicherheitspolitik der Zukunft sein. Der Verteidigungsminister lenkte als erstes seine Aufmerksamkeit auf die Ausnahmebestimmungen von der Regel der Gleichbehandlung und beteuerte gleichzeitig, an der existierenden Wehrpflicht werde nicht gerüttelt. Eine muntere Debatte setzt bereits ein.

4. Künftige Sicherheitspolitik

Wer im Zusammenhang mit der Bundeswehr die Gleichberechtigung bemüht, sollte sie am besten auch zu Ende denken. Wer das Militär für Männer nicht abschafft, gar eine neue militärische Elite für sie aufbaut, kann sie Frauen nicht vorenthalten. Die logische Folge wäre eine Wehrpflicht wie evt. Berufskarriere für alle oder keinen. Auf jeden Fall wäre das Grundgesetz im Zusammenhang mit der Zwangsverpflichtung von Frauen im Krisenfall dahingehend zu ändern, dass das Verbot des Dienstes an Waffen gestrichen wird. Diesen Schritt wollen bislang nur wenige gehen. Sofern der Dienst auf Freiwilligkeit beruht, heißt es, könne auch von einem Verbot nicht die Rede sein.

Was ansonsten die konzeptionellen Konsequenzen betrifft, gibt es gegenwärtig vier Varianten: Eine kleine Minderheit schließt auch eine Wehrpflicht für Frauen nicht aus. Die Mehrheit will die Wehrpflicht für Männer und den (erweiterten) freiwilligen Dienst für Frauen behalten und legitimiert dies mit dem wiederum bezeichnenden, das traditionelle Weiblichkeitsbild festschreibenden Hinweis, dass Frauen ja unverändert den Hauptteil gesellschaftlicher „Gemeinschafts“-Arbeit leisten würden und selbst, wenn hier Gleichberechtigung noch je fortschreiten sollte, mindestens die Geburten zu tragen hätten. [Als Pflicht dann?] Manch einer und eine denkt erneut über eine allgemeine Dienstpflicht nach, mit der zugleich generell nach militärischen und sozialen Diensten aufgeteilt und sozialer Problemstoff der Gesellschaft aufgefangen werden könnte. Eine andere Minderheit, vor allem unter den Grünen, schlägt eine Freiwilligenarmee vor. Das sicherheitspolitische Konzept, auf dem diese als moderne „Armee“ basieren soll, ist jedoch jenseits einer stärkeren Betonung ziviler Komponenten noch weitgehend unklar.

Mit Ausnahme des letzten besteht die Gemeinsamkeit der anderen Ansätze darin, dass sie zum einen eine anpassende, aber herrschaftsgeleitete Modernisierung von Militär implizieren und zum anderen an einer staatlich erzwungenen *Dienstpflicht* der Bürger und Bürgerinnen festhalten. Das lohnende Modell einer allgemeinen Ausbildung in ziviler Konfliktlösung und zivilem Friedensdienst, obwohl experimentell bereits erprobt⁹, hat die allgemeine Öffentlichkeit noch nicht erreicht. Vor allem steht die grundsätzliche Debatte über eine „Sicherheitspolitik“ von Frauen und Männern (!) aus, die in einer abhängigen globalen Welt mehr Gleichberechtigung und Menschenrechte von Bürgern und Bürgerinnen garantieren könnte, welche zivile Konfliktlösung – oder -regelungen realisierbar sind und wie Gewaltdeeskalation stattfinden kann. [Sie ist nicht nur, aber besonders dringlich bereits durch den Krieg auf dem Balkan aufgeworfen.]

Selbst die Ansätze von solcher Debatte befinden sich nicht auf der Höhe der Probleme. Denn das militärische Modell stößt heute auch im begrenzten Fall tatsächlich auf seine Grenzen. Das Problem ferner liegt nicht zuletzt in der Komplexität der Probleme und den schwimmenden



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Grenzen zwischen geschlechtlichen, ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen u.a.m. und militärischen Faktoren und in der Herausforderung, den militärischen Grundrahmen als eigentliches Lösungsmodell wirklich zu verlassen, anstatt ihn auf neue Weise festzuschreiben.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: auch bei der Entscheidung des EuGH geht es substantiell in erster Linie kaum um mehr Gleichberechtigung, eher um eine subtilere Indienstnahme und Ausbeutung von Frauen – und Männern im übrigen. Nirgends wird das erkämpfte Mehr an Gleichberechtigung in der Gesellschaft mehr instrumentalisiert als hier im Militär, wobei das weder verboten noch sonstwie an dieser Stelle verhindert werden kann. Wer Männer nicht aus der Verstrickung mit der Gewalt herausholt, wird sie Frauen nicht vorhalten können. Vor allem gilt, nicht über das Stöckchen zu stolpern, das die Verteidiger des Militärs hinhalten, sondern deren bzw. seine Prämissen zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen.

Die Alternative setzt nicht im Militär, sondern in der Politik an. Aus der Figur der Gleichberechtigung heraus wäre eine tragfähige zivile Sicherheitspolitik zu entwerfen, in der Form und Inhalt in einen inneren Zusammenhang gebracht werden. Sie kehrt den Prozess um. Statt vom Endpunkt des Geschehens auf die pseudoaktive Stärke der größten Gewalt zu setzen, setzt sie im Prozess gesellschaftlicher Entwicklungen auf die Stärke menschlicher und politischer Handlungsmöglichkeiten. Statt den „weiblichen Faktor“ zu instrumentalisieren, würde sie ihm allgemein zu eigenem Gewicht verhelfen und Demokratie als Grundrecht einsetzen. Ihre prinzipielle Grundlage bestünde in einem Minimum an gleicher Rechtssicherheit der (Welt-)Bürger, die nicht zuletzt Probleme zwischen ihnen sichtbar und diskutabel macht. Sie setzte auf die Erkennbarkeit von Problemen, die zu Gewalt führen, würde also mit allen Mitteln das komplexe soziale Feld umfassend in Betracht nehmen. Sie entwickelte Präventionsstrategien, mit denen *bedingte* Mittel und Ressourcen in „Kon-

fliktzonen“ „geschossen“ würden, um Probleme lösbar zu machen. Sie tüftelte – statt „durchzuhauen“ – Strategien, Wege und Mittel der Deeskalation und Entwirrung von Konflikten aus. Sie suchte nach Möglichkeiten, *mit* den Konflikten zu leben. Sie schulte eine internationale Notpolizei, die Angreifer hindert und unschädlich macht. Sie baute, wie begonnen, gleiche internationale Gerichtsbarkeit auf und aus. Auf diesem Wege ließen sich auch die „anderen“ Potentiale, die immer noch zuvorderst bei den Frauen abgelagert sind, für beide Geschlechter entfalten, anstatt sie nur schlicht zu verschleudern.

spw

- ¹ Vgl. Spiegel 17.1.2000
- ² laut SZ 13.1.2000
- ³ Vgl. Dokumentation in FR 12.1.2000
- ⁴ Vgl. SZ 12.1.2000
- ⁵ Aktuell hervorgehoben u.a. vom Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz in: KstA 11.1.2000
- ⁶ Vgl. aktuell u.a. SZ 13.1.2000
- ⁷ SZ-Kommentar 13.1.2000
- ⁸ laut FAZ 12.1.2000
- ⁹ Das Auswärtige Amt etwa führt bereits Ausbildungskurse für „zivilis Friedenspersonal für internationale Einsätze“ durch.

Besprechung zu: Ernst-Otto Czempiel: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Verlag C.H. Beck München 1999, DM 48,-.

Ernst-Otto Czempiel, Antreiber und Vorbild der deutschen Friedensforscher, hat zum richtigen Zeitpunkt politische Anleitungen für eine Sicht der internationalen Beziehungen vorgelegt. Überzeugend in der Darstellung, verständlich in der Argumentation und im Urteil ordnet er die Voraussetzungen und Möglichkeiten am Beginn des neuen Jahrtausend und einer rot-grünen Bundesregierung. Praktiker der Außen- und Sicherheitspolitik denen überlassen, die gerne in den gewohnten Kategorien und Reflexen der Staatenwelt verweilen sollten das Buch zur Hand nehmen. Sie finden hierin neue Herausforderungen und angemessene Antworten.

Czempiel argumentiert, warum auch das letzte Refugium einsamer (zumeist männlicher) politischer Entscheidungsträger, das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr und mehr von weiteren Akteuren belebt wird. An die Seite der ohnehin vorherrschenden wirtschaftlichen Grup-

pen treten andere Teilnehmer. Zunehmend benennen Nicht-Regierungsorganisationen Politikgebiete wie Rüstungskontrolle oder Menschenrechte in der internationalen Politik. Sie erwachsen aus den Bedingungen der „Gesellschaftswelt“, den Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Demokratisierung und Interdependenz der politischen Umwelt. Machtpolitik, in Form von Rüstung und direkter Abhängigkeit, ist keine angemessene Antwort auf den epochalen Wandel. „Strukturelle Macht“, also die Entscheidungen, die friedliche und fortschrittliche Strukturen schaffen, die auch langfristig den „eigenen“ und den Interessen der „anderen“ dienen, ist die entwickeltste und zukunftsreichste Form modernen Regierens.

Um so kritischer fällt das Urteil Czempiels zu aktuellen Entscheidungen aus: Er bedauert den Fehler zur Erweiterung der NATO. An seiner Stelle plädiert er für die Öffnung und Demokratisierung der Europäischen Union. Den Krieg der NATO im Kosovo, ohne Mandatierung der Vereinten Nationen, kritisiert er scharf. Czempiel plädiert dagegen für eine Öffnung und Demokratisierung der Europäi-

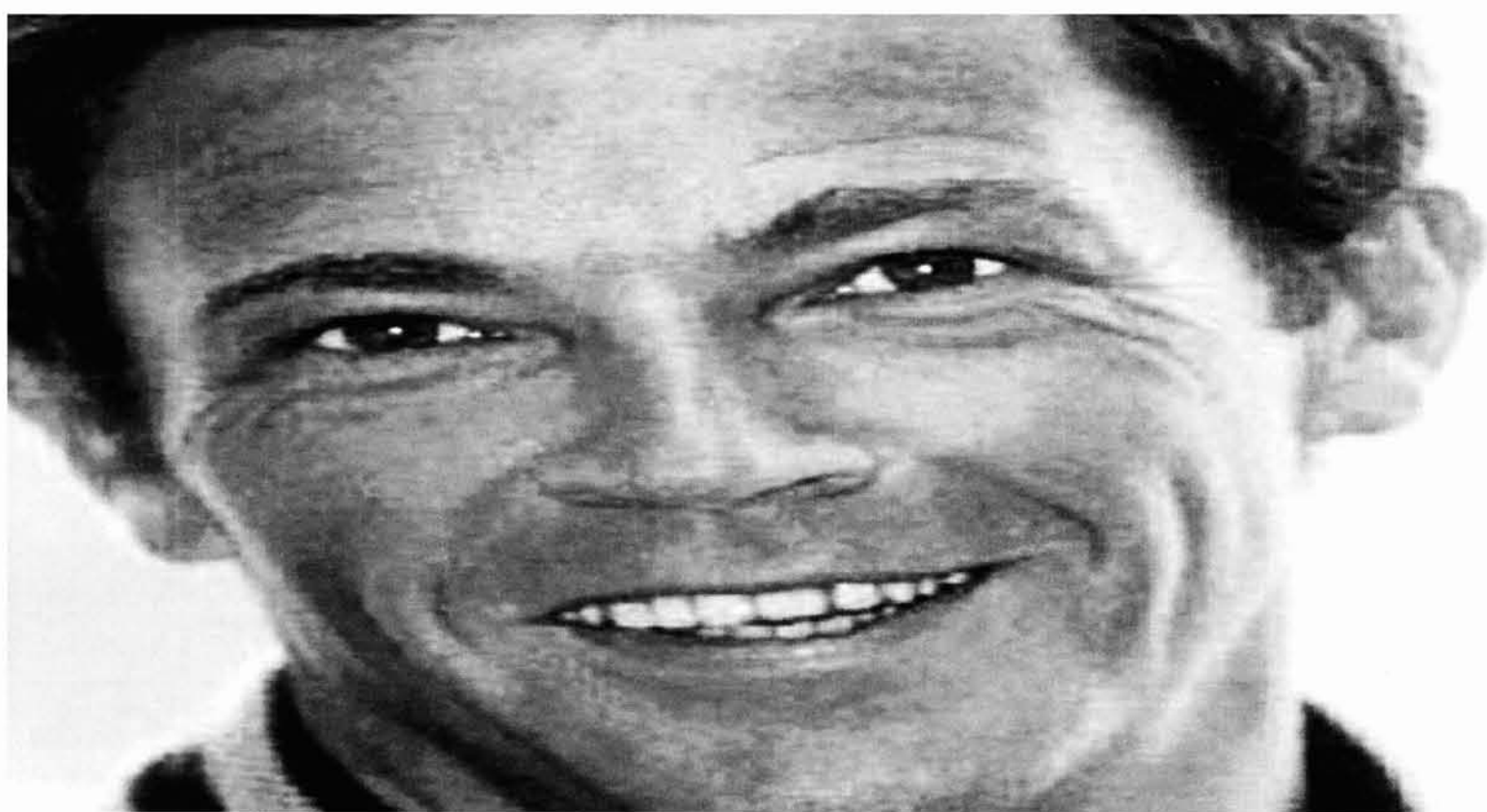
Kluge Außenpolitik

Von Rolf Mützenich*

schen Union (EU). Er möchte die Möglichkeiten der Organisationen für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) und der Vereinten Nationen (UN) verbessern, stärken, und deren Strukturen reformieren. Er plädiert für Einmischung in Form der Früherkennung, Prävention und Demokratisierung von Gesellschaften und er erinnert an die klassischen Mittel der Rüstungskontrolle, Zusammenarbeit und Integration. Alles in allem: ein gelungene Argumentation für eine kluge Politik, die manchem sozialdemokratischen Außenpolitiker gut zu Gesicht stehen würde.

spw

* Dr. Rolf Mützenich, Politologe, Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität Köln



Parteien und Populismus

Einleitung zum Schwerpunkt

von Reinhold Rünker, Frank Schauff, Frank Wilhelmy*

Bereits mehrfach hat uns in den letzten Heften das Thema beschäftigt, in wie weit sich das politische System verändert. Zuletzt hatten wir dazu einen Schwerpunkt „Politik im Wandel“ für das zurückliegende November-Heft (spw 110) konzipiert. Seitdem haben sich Veränderungsprozesse sowohl konkretisiert als auch beschleunigt:

- Mit dem Finanzskandal der CDU, der die „law and order“-Vorstellungen ebenso erschütterte wie den ohnehin

schon lange angekratzten christlich-moralischen Wertekanon, wurde der Umgestaltungsprozess der großen konservativen Volkspartei befördert. Über Kohls Hausmeier, dem „ewigen Nachfolger“ Schäuble, war das paternalistische System Kohl zusammen-

gebrochen, während sich die langjährige Ministerin Merkel durch frühzeitige Absetzbewegungen aus dem Sog befreien konnte, den der implodierende schwarze Riese erzeugt

Populismus scheint eine Universal-etikettierungsphrase für LeitartiklerInnen und rechte, mittige und linke PolitikerInnen zu sein.

hatte. Konzeptionell und ideologisch wird das neue Führungstrio Merkel-Merz-Polenz wohl den Weg weiter beschreiten, der bereits unter Schäuble aufgezeigt wurde. Sie hoffen, dass der Weg zur erneuten Wiedergewinnung der Macht in Deutschland kürzer sein kann, als im September 1998 prognostiziert, wenn es ihnen gelingt, neue personelle und inhaltliche Glaubwürdigkeit für einen modernen Konservatismus zu organisieren, der sowohl gesellschaftlichen Wandel organisiert als auch Sicherheit durch Werte und Traditionen bietet.

- Dem gegenüber beschleunigt sich die Veränderung der Sozialdemokratie zum Exekutor der Globalisierung, getreu dem Motto: Wenn wir schon soziale Härten akzeptieren müssen, dann nur, wenn sie von der Sozialdemokratie selbst begangen werden. In der – von der Parteibasis bislang scheinbar unbemerkt gebliebenen – Grundsatzprogrammdebatte werden zentrale Begriffe der Sozialdemokratie wie Gerechtigkeit und Solidarität umdefiniert, damit sie auch in Zeiten der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft hochgehalten werden können, ohne dass sie eine Verantwortung für politisches Handeln in der Regierung nach sich ziehen müssen. Und da scheut Gerhard Schröder auch nicht zurück, Mitte Mai auf einer Tagung anlässlich des Gothaer Grundsatzprogramms von 1875 Karl Marx für seine Umwertung der Begriffe in Anspruch zu nehmen.

Parteien und Populismus

Noch nicht berücksichtigen konnten wir damals die Ereignisse, die mit den Oktober-Wahlen in Österreich verbunden waren. Nach langem Tauziehen schlossen die Konservativen Österreichs ein Bündnis mit den rechtspopulistischen Freiheitlichen des Jörg Haider, die bis dato als politische Outlaws geschnitten wurden.

Seit diesen Tagen ist die Diskussion über „Populismus“ im politischen System wieder entbrannt, wobei die Bezeichnung jedoch vollständig zum allseitigen und wohlfeilen Vorwurf von Politikern jedweder Couleur gegeneinander verkommen ist. Gerade für Demagogen eignet sich der Begriff zur Eigentarnung. Er ist auch ein guter taktischer Abwehr-Mechanismus immer dann, wenn unpopuläre

* Reinhold Rünker, Historiker, lebt in Leichlingen; Frank Schauff, Historiker, lebt in Düren sowie Berlin, er ist internationaler Sekretär der Jusos; Dr. Frank Wilhelmy, Politikwissenschaftler, lebt in Berlin und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag. Alle sind Mitglieder der spw-Redaktion.

Maßnahmen attackiert werden („Was Sie hier betreiben, ist doch blanker Populismus.“) Populismus scheint geradezu eine Universaletikettierungsphrase für LeitartiklerInnen und rechte, mittige und linke PolitikerInnen zu sein. Richtig schön wird's dann, wenn z.B. Wirtschaftsminister Müller (unlängst via „Spiegel“) die sozialdemokratische Linke als populistisch bezeichnet oder die SPD-Spitze unisono die PDS als ebensolche zeihlt – für Positionen, die man auch in etwas älteren SPD-Programmpapieren und in Juso-Schriften finden kann.

Vor diesem Hintergrund ist es ratsam, sich bei der Diskussion um die Veränderungen im Parteiensystem mit neuen Phänomenen innerhalb des „Populismus-Syndroms“ (Populismus von Rechts, Populismus der Mitte, Populismus der Medien) zu beschäftigen: Haider's Österreich, der internationale Rechtspopulismus und das neue Phänomen des professionell gemanagten sozialdemokratischen Populismus der sagenhaften „Neuen Mitte“ bzw. des „Dritten Weges“ – Zusammenhänge, Unterschiede, Hintergründe und Alternativen inklusive.

Populismus – Definitionsversuche

Der Populismus ist ein Phänomen der kapitalistischen Moderne nach der Aufklärung (ohne Moderne keine Masse, keine Massenmedien, keine ideologische Dichotomie von Unterdrückung/Befreiung, von Führer/Volk und kein Rassismus und Nationalismus) im Unterschied zum antiken Rhetor oder Volkstribun bzw. historisch bekannter Demagogie.

Der politikwissenschaftliche Begriff des Populismus umfasst ausgehend von der sich selbst als „populistisch“ bezeichnenden amerikanischen Bewegung der „People's Party“ sehr verschiedene soziale Protest-Bewegungen in Amerika, Lateinamerika und Europa mit gemischt reaktionär/sozialreformerischem Charakter, stets begleitet von einem charismatischen Führer.

Helmut Dubiel hat Populismus einmal (mit Leo Löwenthal) als „umgekehrte Psychoanalyse“ bezeichnet. Er meint damit, dass im Unterschied zur aufklärerischen und an Heilung orientierten Technik der Psychoanalyse, die neurotische Ängste, repressive Triebunterdrückungen, Illusionen und Ideologien durch das Licht der Wissenschaft neutralisieren, zähmen oder auch überwinden wollte, der moderne Populist gerade diese Ängste und Ressentiments benutzt, um Gegenaufklärung zu treiben und Herrschaft zu erlangen bzw. zu legitimieren. Dieser Populismus ist abgesehen davon, dass er stets herrschaftskonform ist, ein Stil, eine Technik, ein Verfahren von politischer Inszenierung, das ohne notwendige Inhalte auskommt. Der inhaltliche Rahmen ist einzig durch die Ausbeutbarkeit der Ressentiments bestimmt.

Eine andere Definition von „Populismus“ finden wir bei Ernesto Laclau, der sich in den 1970er Jahren mit den populistischen Bewegungen (v. a. in Südamerika) beschäftigte und um eine Integration dieser in eine marxistische Theorie- und sozialistische Strategiebildung bemüht war. „Populismus“ versteht er als eine spezifische Form des Hegemonialkampfes: „Klassen können ihre Hegemonie nicht gewinnen, ohne das Volk in ihrem Diskurs zu artikulieren; und die spezifische Form dieser Artikulation im Falle einer Klasse, die dem Machtblock insgesamt entgegentreten will, um die Hegemonie zu gewinnen, ist der Populismus“ (Laclau 1981, S. 172). Zentrale Charakteristika sind ihm dabei das dialektische Begriffspaar „Volk – Machtblock“ und der Klassencharakter der populären Anrufung. Populismus ist für Laclau deshalb zunächst nicht eindeutig ideologisch zuzuordnen – also nicht vornherein „pro-“ oder

„anti-aufklärerisch“. Welche ideologische Konnotation Populismus erhält, entscheidet sich daran, in wie weit die Transformation der Klasse „an sich“ zur „Klasse für sich“ gelingt, also die im „Volk“ verborgene Klasseneigenschaft virulent und in Antagonismus zur herrschenden Elite tritt. Zum Zweiten: die populäre Anrufung (Artikulation) der Masse (als Klassensubjekt) knüpft an einen politischen Diskurs und dessen Symbole an.

Annäherungen an den Populismus der Gegenwart

In diesem Schwerpunkt haben wir Beiträge, die sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen um eine Annäherung an den gegenwärtigen Populismus bemühen. Wir beginnen mit einem politikwissenschaftlich orientierten Überblick zu verschiedenen Parteiformen des Rechtspopulismus mit dem Schwerpunkt Westeuropa. Der Hamburger Wissenschaftlicher *Frank Decker* sieht dabei den Aufstieg des Rechtspopulismus parallel zu dem der ökologisch-bewegungsorientierten Parteien zu Beginn der 70er Jahre und bewertet – trotz der Regierungsbeteiligung grüner Parteien – die rechtspopulistischen Gruppierungen als tendenziell erfolgreicher und warnt davor, diese zu unterschätzen.

Gernot Klopčič und Lennart Laberenz haben das spanische Wahlergebnis analysiert und kommen zu dem Ergebnis, dass sich so etwas wie eine „Totalität der Mitte“ in Westeuropa herausbilden könnte. In der Verlängerung ihrer These käme diese Vereinigung unterschiedlicher politischer Traditionslinien so etwas wie einem „Populismus der Mitte“ nahe, der sich einerseits durch eine „Entpolitisierung der Politik“ durch den vermeintlich notwendigen Vollzug von Sachzwängen charakterisiert, andererseits sich durch eine Bezugnahme auf die „Mitte“, auf eine diffuse „Mehrheit des Volkes“ legitimiert. Dieser Populismus der Mitte organisiert den Zusammenhalt eines gesellschaftlichen Kerns durch die autoritäre Abgrenzung vom „Anderen“.

Zur „Entpolitisierung der Politik“ beigetragen zu haben, kritisiert *Gabriele Behler* in ihrem Beitrag nicht nur an der „politischen Klasse“ selbst, sondern gerade auch am Medienbetrieb. Noch vor der Big-Brother-Hysterie verfasst, fordert sie dazu auf, den aufklärerischen Satz vom Privaten, das politisch sei, wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Fraglich bleibt in ihrem Ansatz, ob er nicht eher in einer elitären Reform des politischen Systems mündet. Die bloße Skandalisierung der Politik als Prinzip führt bei aller Notwendigkeit von Aufklärung zur Zerstörung der Politik.

Einen ungewöhnlichen Ansatz stellt der Wiener *Thomas Mann* in seinem Beitrag vor. Ausgehend vom Gedankensystem des Kieler Philosophen Hermann Schmitz bringt er uns das „leibliche Spüren“ der Menschen als ein wesentliches Moment des politischen Erlebens dar. Seines Erachtens gewinnt Populismus deshalb an Akzeptanz – nicht nur in Österreich –, weil es den Populisten gelingt, die „nicht-rationale“ Seite der Wahrnehmung für sich nutzbar zu machen. Dabei handelt es sich aber nicht um die „Ausnutzung“ einer temporären menschlichen Schwäche, sondern vielmehr um eine auch für linke Politik notwendigerweise anzusprechende Seite menschlichen Seins, die all zu oft ignoriert werde.

Ob der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, *Alfred Gusenbauer*, stärker das „leibliche Spüren“ seiner Zielgruppen ins Kalkül ziehen will, wissen wir nicht. In seinem Beitrag macht er aber deutlich, dass

Der Populismus ist ein Phänomen der kapitalistischen Moderne nach der Aufklärung.

sich die SPÖ unter seinem Vorsitz grundlegend reformieren soll. „Populär sein, jedoch nicht populistisch“, heißt sein Motto.

Weder „populär“ noch „populistisch“ geben will sich der SPD-Bundesgeschäftsführer *Matthias Machnig* in unserem Interview. Keine noch so geringe Assoziation mit diesen Begrifflichkeiten fand Gnade bei ihm. Als entscheidend für politische Kampagnen – die fernab jeglichen Populismus-Verdachts seien – sieht er den Dreiklang „Person, Programm und Performance“. Seine Kritik an der Linken ist, dass sie sich zu sehr auf die Programmarbeit konzentriere, während sie das Organisatorische und die Repräsentation in der Person sträflich vernachlässige.

Auf einer Unterscheidung zwischen populär und populistisch beharrt *Dieter Dehm*. Wir interviewten ihn kurz nach dem PDS-Parteitag, bei dem die PDS-Führung nicht nur eine gehörige Niederlage erlitt, sondern auch verkraften musste, dass ihre beiden populärsten Führungsköpfe ihren Rückzug ankündigten. Dieter Dehm will diesen Einschnitt im personellen Angebot der PDS aber nicht mit einer Grundsatzprogrammdebatte kompensieren, sondern gerade mit der inhaltlichen und aktionsorientierten Zuspitzung in der Arbeit der PDS. Und tatsächlich sind sich Machnig und Dehm darin einig, dass sich die Parteien in der modernen Mediengesellschaft nur mittels einer professionellen Kommunikation Gehör verschaffen können. Der Unterschied liegt darin, dass der eine (Machnig) dazu den Mainstream nutzt, während der andere (Dehm) die Mobilisierung jenseits des Mainstreams organisieren will.

Noch als Elite des Mainstreams sieht sich die „politische Generation Berlin“, die „neue Mitte“ der Sozialdemokratie, die sich im Umfeld der Zeitschrift „Berliner Republik“ seit einiger Zeit zu konstituieren versucht. *Hauke Brunkhorst* beschäftigt sich mit deren Staatsverständnis und arbeitet heraus, dass dieses keineswegs so neu und „modern“ ist, wie ihre Protagonisten behaupten. Hinter der flippigen Fassade zeige sich ein Staatsbild, das auf der elitären-antiaufklärerischen Doktrin eines Carl Schmitt aufbaue.

Populismus von rechts ...

Wenn wir an die Deutung des Populismus bei Laclau anknüpfen, ist es aber gerade für die Linke entscheidend, ob in der Hegemonialauseinandersetzung ein fortschrittlicher (aufklärerischer) Diskurs entwickelt werden kann, der mit populären Anrufungen verknüpft werden kann. Man muss nicht so weit gehen wie Laclau seinerzeit, dass „im Sozialismus (...) daher die höchste Form des Populismus und die Lösung des letzten und radikalsten Klassenkonflikts zusammen(fallen).“ (Laclau, S. 173), gleichwohl erscheint es uns lohnenswert, auf den Zusammenhang zwischen der populären Anrufung und dem Vorhandensein eines anknüpfungsfähigen Diskurses hinzuweisen, der heutzutage zugestandenermaßen eher von der „Rechten“ als der „Linken“ geboten wird.

Die zunehmende Empfänglichkeit für Gegenaufklärung erklärt sich auch als neurotisch-projektive Reaktion der Subjekte, die Verlierer im Modernisierungs- und Anpassungsprozeß der Globalisierung sind. Der Konsument von RTL II ist die lumpenproletarische Realität eines Publikums für Populisten, der gebildete Wohlstandschauvinist (Focus-Leser, durchaus wohlhabend, männlich, sich im Rol-

lenverständnis bedroht fühlend) ist die ekelhaft zynische Ausgabe, der „flexible Mensch“ ohne Überzeugungen (Sennett) die idealtypische Figur in der soziologischen Analyse.

Die sich ausweitende strukturelle Schwäche der Politik vor dem Hintergrund der miteinander konkurrierenden „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch) kombiniert mit dem Verzicht auf Gestaltung und Alternativen, der Hegemonie neoliberaler Ideologie und einer medienvermittelten Form- und Inszenierungswandel der Politik (Raschke: „Den Parteien ist zuviel Eindeutigkeit eine Schwäche, die Gestaltung von Mehrdeutigkeit eine Stärke“) ergibt insgesamt eine Disposition zur politischen Kultur des Populismus. Wertewandel, Auflösung sozialer und politischer Bindungen (an Parteien und Verbände), Komplexitätszunahme, Orientierungsverluste und vermehrt klaffende materielle Unterschiede und Beteiligungsmöglichkeiten sind die sozialen Bedingungen dafür.

Populismus wirkt als Ventil durch einen Mechanismus der mehrfachen Verkehrung: Vor dem Hintergrund, dass Politik oftmals – was die Systemfolgen kapitalistischer Vergesellschaftung betrifft sogar strukturell – gegen die Interessen des „Volkes“ bzw. der „Massen“ handelt, werden die Massen mit dem Versprechen, in ihrem Sinne zu handeln, noch mehr über den Löffel balbiert. Das benützen die „etablierten“ Parteien zur Scheinprofilierung und Eigenlegitimation gegenüber einem Skandalon der Bedrohung „aller Demokraten“, und die Enttäuschung darüber, dass nach einer „populistischen Phase“ sich wieder nichts geändert hat, wird zum Humus für die nächste Runde Populismus. Populismus als politisches Recycling.

... oder doch von links?

Allerdings verharmlost die Einschätzung des Populismus als Normalform bürgerlicher Scheindemokratie geradezu das Problem der Folgen des Populismus z.B. für Ausländer, Minderheiten etc. und erklärt den Verfall demokratischer Kultur zum Ewigkeitsproblem. Unsere Analyse muß jedoch auf die Widersprüche des „Systempopulismus“ abheben, Bruchpunkte und Alternativen identifizieren.

Letztere bestehen ganz klassisch in realer Interessenvertretung und Verbesserung materieller Lebensbedingungen (womit dem Wohlstandspopulismus allein jedoch nicht beizukommen ist), in Aufklärung, in der Verbesserung institutionalisierter Strukturen der Demokratie, verbesserter Partizipation der BürgerInnen, Demokratisierung ökonomischer Beziehungen und der Entwicklung eines populären aber aufklärenden Kampagnenstils linker Politik, der die medialen Rahmenbedingungen des policy making nutzt. Die Diskussion über eine solche Konzeption hatte zu Beginn der 1990er Jahre bereits ihren Platz im spw-Zusammenhang, erinnert sei an die Ausführungen von Uwe Kremer zur Notwendigkeit eines demokratischen Populismus (vgl. Kremer 1990), die Beiträge zur Parteireform in dieser Zeitschrift und das im spw-Verlag erschienene Buch „Kampagnen, Dialoge, Profile“ von 1995. Es würde sich lohnen, diese Diskussionsstränge wiederzubeleben und vor allem mit ausstrahlungsfähigen Inhalten zu verknüpfen.

spw

Literatur:

Dubieli, Helmut: Der Bauch des Volkes, in: Der Spiegel 18/1996, S. 89
ders.: Ungewißheit und Politik, Frankfurt/M. 1994
Kremer, Uwe: Das Ende von '17 – das Erbe von '68, in: spw 56, S. 27-34, Köln 1990
Laclau, Ernesto: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus, Berlin 1981

Die Massen werden mit dem Versprechen, in ihrem Sinne zu handeln, noch mehr über den Löffel balbiert.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa

Eine vergleichende Analyse

Frank Decker*

Der Parteiensystemwandel in den westlichen Demokratien ist durch eine auffällige Symmetrie gekennzeichnet. Was in den siebziger Jahren als Abspaltungstendenz auf der Linken eingesetzt und zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hatte, vollzog sich in den achtziger Jahren in ähnlicher Weise auf der Rechten; auch hier kam es zur Herausbildung einer neuen „Parteienfamilie“, die sich neben den traditionellen Vertretern in den Parteiensystemen etablieren konnte.

Vergleicht man beide „Familien“ miteinander, so erweisen sich die Rechtsparteien inzwischen als die mit Abstand erfolgreichereren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind diese Parteien heute in allen westlichen Ländern verbreitet. Viele von ihnen liegen mit den Wahlergebnissen im zweistelligen Bereich, womit sie die Werte ihrer linken Gegenspieler locker überbieten.

Landkarte des Rechtspopulismus

Schon ein flüchtiger Blick auf die europäische Landkarte ergibt ein beeindruckendes Bild:

- So trug in *Italien* der Erfolg der regionalistischen Lega Nord mit dazu bei, dass das Parteiensystem des Nachkriegsstaates 1994 kollabierte. Im Verein mit dem Medienunternehmer Silvio Berlusconi und dessen Forza Italia schaffte die Lega für kurze Zeit sogar den Sprung in die Regierung. Forza Italia selbst war 1994 zur stärksten Kraft in der italienischen Politik avanciert.
- In *Frankreich* begann 1984 der Aufstieg des Front National. In den neunziger Jahren konnte sich die von Jean-Marie Le Pen geführte Partei bei Stimmenanteilen um die 15 Prozent einpendeln. In vier französischen Großstädten stellte sie zwischenzeitlich den Bürgermeister.
- In *Österreich* gelang es der FPÖ unter der Ägide ihres 1986 gekürten Obmanns Jörg Haider, den Status einer „Mittelpartei“ zu erreichen. Ihre nationalen Stimmenanteile bewegen sich heute oberhalb der 25-Prozent-Marke und liegen damit gleichauf mit denen der „großen“ Volksparteien SPÖ und ÖVP.

- In *Dänemark* und *Norwegen* haben die Anfang der siebziger Jahre entstandenen Fortschrittsparteien ihre Position im Parteiensystem bis zuletzt verteidigen können. In *Schweden* hingegen kam eine ähnliche Gruppierung, die Neue Demokratie, erst 1991 zum Erfolg, um bald darauf von der Bildfläche wieder zu verschwinden.
- In *Deutschland* ist es den Republikanern mehrfach gelungen, bei Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Auf der Bundesebene war die Partei bislang allerdings ebenso chancenlos wie die rechtsextremistischen Vertreter DVU und NPD oder andere Neugründungen, die eine gemäßigte Version des Rechtspopulismus bevorzugen (Statt-Partei, Bund Freier Bürger).
- In *Belgien* haben sich seit Mitte der achtziger Jahre zwei neu entstandene rechtspopulistische Parteien behaupten können: der Vlaams Blok (in Flandern) und – mit geringerem Erfolg – der Front National (in Wallonien und Brüssel).
- In der *Schweiz* konnte die 1985 gegründete Autopartei (später Freiheitspartei) bei landesweiten Wahlen Stimmenanteile um die fünf Prozent verbuchen. Eine andere Gruppierung, die „Tessiner Liga“ erzielte 1991 im gleichnamigen Kanton aus dem Stand 23,6 Prozent der Stimmen.

Geradezu bescheiden muten die europäischen Werte an, wenn man ihnen die Erfolgsbilanzen der populistischen Parteien in Nordamerika gegenüber stellt:

- In den *USA* hat die Neue Rechte ihre Bastionen innerhalb der Republikanischen Partei über zwanzig Jahre hinweg soweit ausbauen können, dass sie deren personelle und programmatische Ausrichtung heute maßgeblich mitbestimmt. Ein anderer Vertreter des Populismus, der texanische Milliardär Ross Perot, erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 1992 das beste Ergebnis eines unabhängigen (dritten) Kandidaten seit Theodore Roosevelt.
- In *Kanada* kam die 1987 gegründete Reform Party bei den Parlamentswahlen 1993 und 1997 auf jeweils knapp 20 Prozent der Stimmen. Unterstützt durch die Wirkungen des Mehrheitswahlrechts gelang es ihr damit, die Konservativen vom zweiten Platz im Parteiensystem zu verdrängen.

Was in den siebziger Jahren als Abspaltungstendenz auf der Linken eingesetzt hatte, vollzog sich in den achtziger Jahren auf der Rechten.

* Frank Decker, Dr. rer. pol., Dipl.-Pol., Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität der Hamburg.

Schlüsselmerkmale des Rechtspopulismus

Symptomatisch ist, dass es sich bei diesen Rechtsparteien sämtlich um Neuerscheinungen handelt, die erst in den siebziger und achtziger Jahren auf den Plan getreten sind. Die einzige Ausnahme ist die – bereits 1956 gegründete – österreichische FPÖ, die ihr Gesicht in den achtziger Jahren freilich so verändert hat, dass auch sie de facto eine Neugründung darstellt.

Das Schlüsselmerkmal dieser Parteien und zugleich ihre wichtigste Erfolgsquelle ist der Populismus, dessen Eigenschaften unter drei Aspekten zusammengefasst werden können:

1. Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen; sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen Orientierungsprobleme erleiden und von Zukunftsangst geplagt werden (Modernisierungsverlierer-These).
2. Charakteristisch für die politischen Inhalte des Populismus ist die prekäre Synthese von Personalismus und Gemeinschaftsdenken (will heißen: das gleichzeitige Vorhandensein liberaler und egalitärer Ideologeme) und seine ambivalente Haltung zum gesellschaftlichen Fortschritt. Historisch und auch gegenwärtig besteht dabei ein starker Hang nach rechts, der auf eine gegebene ideologische Affinität

Es bestehen Unterschiede zwischen den neuen rechtspopulistischen Parteien in ihrer inhaltlichen Agenda und in ihrem Extremismusgrad.

hindeutet. Ursächlich dafür ist ein „gespaltenes“ Gleichheitsverständnis: Die egalitären Anwendungen des Populismus richten sich grundsätzlich nach innen, in Richtung der eigenen Gesellschaft, während das für die Linke typische Universalisierungsprinzip verworfen wird. Populistische Identitätsfindung vollzieht sich daher in erster Linie negatorisch, als Ab- und Ausgrenzung, was eine natürliche Radikalisierungstendenz in sich birgt.

3. Bezogen auf die Form heißt „populistisch“ eine bestimmte Art der Anrufung der Gesellschaft, bezeichnet es die Methode, wie sich Politiker, Bewegungen und Parteien „zum umworbenen Volk in Beziehung setzen“ (H. Dubiel). Unter diesem Aspekt von Interesse sind zum einen die Mobilisierungstechnik und rhetorischen Überzeugungsmuster des Populismus, zum anderen seine organisatorische Umsetzung. Mit Blick auf die formale Struktur treten als Hauptmerkmale populistischer Parteien hervor: ihr Bewe-

gungscharakter und die herausgehobene Position eines „Führers“. Beides unterscheidet sie vom herkömmlichen Typus der demokratischen Mitgliederpartei. Unter dem diskursiven Aspekt sind die agitatorischen Stilmittel des Populismus anzusprechen. Dazu gehören (in aufsteigender Reihenfolge der Radikalität): Rückgriff auf common sense-Argumente, Vorliebe für dezisionistische Lösungen, Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite, Verschwörungstheorien und Denken in Feindbildern, Provokation und Tabubruch, Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern, Emotionalisierung und Angstma-

Verschiedene Spielarten

Jenseits dieser gemeinsamen Merkmale bestehen Unterschiede zwischen den neuen rechtspopulistischen Parteien zum einen in ihrer inhaltlichen Agenda, die von kulturellen, ökonomischen oder politischen Themen beherrscht sein kann, und zum anderen in ihrem Extremismusgrad. Beides hängt miteinander zusammen. So handelt es sich bei den Vertretern der *kulturellen* Gruppe nicht zufällig um jene Parteien, die in ihrer Ausrichtung zugleich am extremsten sind. Dazu zählen der französische Front National, der Vlaams Blok, die bundesdeutschen Republikaner sowie die Neue Rechte in den USA. Der Extremismus dieser Parteien resultiert aus einer antiliberalen Grundhaltung, die mit den Prinzipien der verfassungsstaatlichen Demokratie kollidiert.

Den thematisch weitesten Bogen schlägt dabei die amerikanische Neue Rechte, deren kultureller Populismus – anders als in Europa – stark religiös geprägt ist und sein Hauptbetätigungsfeld heute in den sog. *Social issues* findet. Bei den europäischen Vertretern steht der Populismus demgegenüber ganz im Zeichen der Ausländerpolitik und des Multikulturalismusthemas; die antiliberaler Gesinnung macht sich hier an nationalen und fremdenfeindlichen Einstellungen fest, die größtenteils aus wohlfahrtchauvinistischen Motiven gespeist werden.

Kulturelle Erscheinungsformen des Populismus sind also immer auch ein Ausdruck wirtschaftlicher Verteilungskonflikte, was sie von den *ökonomisch* ausgerichteten Vertretern im Prinzip nicht unterscheidet. Bei den letzteren gewinnen die wirtschaftlichen Fragen freilich Priorität, werden sie zum Thema einer breit angelegten Wohlfahrtsstaatskritik, die sich gegen Überregulierung und zu hohe Steuern wendet. In die ökonomische Populismus-Rubrik fallen u.a. die beiden Fortschrittsparteien, die schwedische Neue Demokratie und die Schweizer Autopartei. Der freiheitliche Tenor ihres Programms hebt diese Parteien von der kulturellen Populismus-Variante ab, weshalb sie von Beobachtern gelegentlich als „neoliberal“ oder „libertär“ apostrophiert werden. Dass die liberale Komponente seit Mitte der achtziger Jahre eine deutliche Abschwächung erfahren hat, hängt zum einen mit der neu gewonnenen Aktualität der Ausländerpolitik zusammen – im Zuge dieses Wechsels haben sich die genannten Parteien auf die extremere Spielart des kulturellen Populismus schrittweise zubewegt. Zum anderen verdankt es sich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates selbst, durch dessen erzwungene Reform das Thema den Populisten zunehmend entwunden wurde.

Probleme bereitet die Kategorisierung der Berlusconi-Partei Forza Italia. Eine „virtuelle“ Bewegung ohne erkennbaren historisch-ideologischen Hintergrund, handelt es sich bei ihr um eine überwiegend angebotsseitig bestimmte Erscheinung, die insoweit unter den neuen Rechtsparteien aus dem Rahmen fällt. Ihre Zuordnung zum ökonomi-

DANKE JÖRG!



Foto: Christian Kiel (Berlin)

schen Populismus lässt sich dennoch rechtfertigen; sie gründet einmal auf einer dezidiert wirtschaftsliberalen Prägung des Programms und zum anderen darauf, dass sich Forza Italia – wegen Berlusconis eigener Verstrickung in diverse Korruptionsfälle – von ihren anfänglich systemkritischen Intentionen heute weitgehend gelöst hat. Damit unterscheidet sie sich von jenen Parteien, deren Populismus in erster Linie *politisch* motiviert ist. Hierzu gehören: die Reform Party Ross Perots und ihr kanadisches Pendant, die Statt-Partei, der Bund Freier Bürger, die FPÖ des Jörg Haider sowie die beiden Ligen (Lega Nord und Lega dei Ticinesi).

Die Vertreter des politischen (oder institutionellen) Populismus lassen sich voneinander abgrenzen, je nachdem, auf welchen Bereich des politischen Systems ihre Reformbemühungen zielen. Während FPÖ und Statt-Partei bestimmte Auswüchse des Parteienstaates bzw. – bei der FPÖ auch – des Korporatismus anprangern, hat Perot es auf die Gesetzgebungsmaschinerie des Kongresses abgesehen; die Kritik richtet sich in diesen Fällen gleichermaßen auf das Zentrum des Regierungsgeschehens. Die kanadische Reform Party und die beiden Ligen verfolgen darüber hinaus regionalistische Ziele, die aber auch hier durch die Kritik am Parteien-Establishment überwölbt werden – insoweit handelt es sich bei ihnen nicht primär oder ausschließlich um Regionalparteien, wie z.B. die Südtiroler Volkspartei, der Parti Québécois, die Flämische Volksunion und die Scottish National Party.

Der Bund Freier Bürger wiederum spricht das Problem der territorialen Politik auf einer höheren (nationalstaatlichen) Ebene an. Seine Europaskepsis trifft sich mit derjenigen der österreichischen FPÖ, wird aber ansonsten – auch von den national orientierten Parteien – nicht uneingeschränkt geteilt. Manche Parteien beziehen sogar eine ausdrücklich pro-europäische Position, da sie sich vom Supranationalismus Fortschritte für ihre regionalistischen Ziele erhoffen (z.B. die Lega Nord).

Entstehungsgründe des Rechtspopulismus

Erklärungen für den ungeahnten Erfolg des neuen Rechtsparteien müssen an drei Stellen ansetzen, die auf die oben genannten Begriffsmerkmale des Populismus Bezug nehmen.

1.) Sozialstruktureller und Wertewandel

Die Wählerschaft der neuen populistischen Parteien weist zwar gewisse sozialstrukturelle Schlagseiten auf (beim alten Mittelstand und der Arbeiterschaft). Im ganzen überwiegt jedoch der Eindruck einer schichtübergreifenden Erscheinung, die in erster Linie durch gemeinsame Wertorientierungen zusammengehalten wird. Die zur Charakterisierung der Rechtswähler häufig bemühte *Modernisierungsverlierer*-Formel darf dabei nicht missverstanden werden. Um Modernisierungsverlierer handelt es sich allenfalls in einem *relativen* (oder subjektiven) Sinne, das heißt: die Misere dieser Personen ist nicht an ihre tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören.

Darüber hinaus – und noch wichtiger – sind die Verlustängste nicht in erster Linie durch *materielle* Erwartungen bestimmt. Die Unterstützer der populistischen Rechten mögen objektiv noch etwas zu verlieren haben; im Kern verweist ihre Angst jedoch auf ein tiefer liegendes Problem, das man als *sozialkulturelle* Entwurzelung bezeichnen könnte und das eine Folge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse darstellt. Ökonomische Veränderungen

spielen dabei insofern eine wichtige Rolle, als die fortschreitende Flexibilisierung der Produktions- und Arbeitsabläufe dem einzelnen heute zunehmende Fähigkeiten abverlangt. Die Modernisierungsverlierer-Formel knüpft an dieser Stelle an; sie geht davon aus, dass ein Teil der Menschen dem Veränderungstempo nicht gewachsen ist, sich durch die neuartigen Einflüsse verängstigt und überfordert fühlt. Weil sie die Möglichkeiten einer stärker individualisierten Lebensführung nicht nutzen können oder wollen, flüchten sich diese Personen in antiliberale Ressentiments und „Wir-Gefühle“. Zum Hauptkristallisationspunkt ihrer Angst werden dabei die Fremden.

2.) Verbesserung der Gelegenheitsstrukturen

Hier geht es um die politischen Umstände, die den populistischen Parteien in den achtziger Jahren das Feld bereitet haben. Dazu gehören *erstens* die schwindende Integrationskraft des bürgerlichen Lagers nach rechts(außen) im Zuge einer allgemeinen Rechtsverschiebung der Macht- und Regierungsverhältnisse; *zweitens* der durch die komplizierter gewordenen Regierungsprobleme eingetretene Verlust an Handlungs- und Strategiefähigkeit der vorhandenen Parteien und *drittens* das veränderte Organisations- und Rollenverständnis der Parteien in der Mediendemokratie.

Zwischen den Ländern bestehen dabei allerdings zum Teil beträchtliche Unterschiede. Die besten Entfaltungschancen eröffnen sich den populistischen Herausforderern in Italien, Österreich und Kanada sowie – leicht abgeschwächt – in Frankreich, Belgien und den USA. Relativ gute Chancen bestanden bis vor kurzem auch in Dänemark, Norwegen und der Schweiz, wo die Wahlergebnisse der Newcomer jedoch sehr viel stärkeren Schwankungen unterliegen. In Deutschland und Schweden kann selbst davon keine Rede sein. Das politische Umfeld war und ist hier so restriktiv, dass größere Gelegenheiten für die populistischen Parteien gar nicht erst entstanden sind. Sieht man von den singulären Wahlerfolgen einmal ab, die Ny Demokratie und Republikaner anfangs der neunziger Jahre erzielen konnten, haben sich beide Länder dem neuen Phänomen gegenüber als weitgehend resistent erwiesen.

Das politische Umfeld in Deutschland und Schweden verhinderte, dass größere Gelegenheiten für die populistischen Parteien entstanden.

3.) Die Angebotsseite des Populismus

Die populistischen Parteien repräsentieren einen Organisationstypus, den man als „charismatische Partei“ bezeichnen könnte. Charakteristisch für diesen Typus ist das prekäre Verhältnis von Führerautorität und Institutionalisierung. Charismatische Parteien (oder Bewegungen) zeichnen sich dadurch aus, dass die Identität der Partei mit derjenigen des Führers vollständig verschmilzt. Der Führer gründet die Partei, gibt ihr die ideologischen Ziele vor, scharft die Anhänger der Partei um seine Person. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die Entstehung und der elektorale Durchbruch des neuen Rechtspopulismus sich ausnahmslos mit der Leistung einzelner Führungspersönlichkeiten verbinden. Das strukturelle Problem der charismatischen Parteien liegt in ihrer inhärenten Instabilität. Weil die charismatischen Erfolgsbedingungen sich im Laufe der Zeit verbrauchen, droht die Attraktivität ab einem bestimmten Punkt nachzulassen. Einige rechtspopulistische Parteien haben den Abtritt ihrer Führerfiguren nicht verkraftet und sind an internen Rivalitäten und Richtungskämpfen gescheitert (Auto-

partei, Ny Demokrati, Republikaner, Statt-Partei und – als jüngstes und prominentestes Beispiel – der Front National).

Anderen ist es gelungen, Ersatz zu schaffen und die Parteiorganisation auf eine neue institutionelle Grundlage zu stellen (Fortschrittsparteien, Vlaams Blok). Den übrigen wiederum bleibt die Klärung des leidigen Nachfolgeproblems an der Parteispitze bislang noch erspart, oder sie

Der Rechtspopulismus verfügt über eine solide Erfolgsgrundlage, mit deren Fortbestand auch in Zukunft zu rechnen ist.

schneiden bei Wahlen erfolgreich genug ab, um Konflikte innerhalb der Parteiorganisation (zwischen Führung und Funktionären bzw. zwischen diesen und der Parteibasis) zu unterdrücken (Lega Nord, Reform Party). Der Ernstfall droht

den Parteien, wenn diese Voraussetzungen schwinden; erst dann wird sich zeigen, ob ihre institutionelle Substanz ausreicht, den Verlust an charismatischer Ausstrahlung wettzumachen, der allen populistischen Bewegungen früher oder später bevorsteht.

Mit dem Rechtspopulismus ist weiter zu rechnen

Die vergleichende Analyse zeigt, dass der „Möglichkeitsraum“ der neuen populistischen Parteien sowohl von der Nachfrageseite (der Sozialstruktur) als auch von der Angebotsseite (der Gelegenheitsstruktur) her größer geworden ist. Selbst wenn man die wechselnde Gunst der situativen Faktoren in Rechnung stellt, handelt es sich dabei nicht bloß um ein Gelegenheitsfenster, das zum Entstehungs-

zeitpunkt dieser Parteien plötzlich offen stand (und sich danach wieder verschlossen hätte), sondern um eine solide Erfolgsgrundlage, mit deren Fortbestand auch in Zukunft zu rechnen ist.

Das Scheitern der neuen Rechtsparteien in der Bundesrepublik widerlegt diese These nicht. Seine Hauptgründe liegen im allgemein ungünstigen Umfeld des Populismus in Deutschland und im Unvermögen der populistischen Rechten, sich als Organisation zu stabilisieren. Auch in anderen Fällen haben die eigenen Leistungen oder Fehler zum elektoralen Auf und Ab der neuen Rechtsparteien mehr beigetragen als die Reaktionsfähigkeit ihrer politischen Gegner. Das heißt aber, dass mit einem Aus für diese Parteien so bald nicht zu rechnen ist. Gelingt es den Newcomern, ihre organisatorischen Probleme zu bewältigen, wäre es äußerst verwunderlich, wenn sie allein durch das Verhalten der Konkurrenz wieder zum Verschwinden gebracht würden.

Die etablierten Parteien sind deshalb nicht zur Ohnmacht verdammt, müssen ihre Gegenmittel aber mit Bedacht wählen. Wie die Reaktionen der Europäischen Union auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich gezeigt haben, reicht eine bloße Stigmatisierung zur Bekämpfung der Rechtsparteien nicht aus. Eine angemessene Antwort muss beides – dem Populismus seine inhaltlichen Protestgründe entziehen und ihn als politisches Problemlösungskonzept entzaubern –, was eine geschickte Verbindung von Anpassungs- und Abgrenzungsstrategie erfordert. An diesem Geschick hat es den Parteien in der Vergangenheit allzu oft gefehlt.

spw

Die Totalität der Mitte

Der subkutane Sieg des Neoliberalismus in Westeuropa?

* von Gernot Klopčič und Lennart Laberenz*

Die theoretische Annahme, dass es sich bei der Regierungspraxis sozialdemokratischer Parteien in Europa gleichsam subkutan um einen Sieg neoliberaler Politiken handelt, wird in der öffentlichen Wahrnehmung zwar nachgezeichnet, aber kaum als Problem diskutiert. Die Ausgangssituation scheint geeignet, einen „sozialdemokratisch-ökologischen Neoliberalismus“ mit fragwürdiger politischer Ökonomie und schliesslich nur auf die wechselhafte öffentliche Wahrnehmung ausgerichtete ‚Gesamtstrategie‘ zu attestieren (vgl. Bischoff 2000). Daraus entsteht die Frage, ob es sich hier um eine Eigenheit der Sozialdemokratie und der ihr assistierenden PartnerInnen handelt, oder ob nicht vielmehr ein Gespenst in ganz anderem Gewande durch Europa marschiert.

Unsere These ist nun, dass es zu einer Konvergenz von Regierungspraxen unterschiedlicher politischer Farben

kommt, die als „Totalität der Mitte“ sowohl bisherige sozialdemokratische als auch liberale-konservative Politikmuster vereint. Der Sieg der Partido Popular in Spanien stellt hierbei die konservative Flanke eines solchen Politikkonzeptes dar.

Das Ergebnis der März-Wahlen in Spanien

Die absolute Mehrheit der Sitze im Congreso de los Diputados kam für die konservative PP bei der Wahl am 12. März 2000 mit 44,45% Wählerstimmen recht unerwartet. Um 27 Sitze vermochte sie sich gegenüber der sozialdemokratischen PSOE durchzusetzen. Über zehn Prozent trennen die beiden Kräfte nun, 1996 waren es noch 1,16% und 14 Sitze gewesen. Darüber hinaus dümpelt die Izquierda Unida (Vereinigte Linke, IU) mit 8 gegenüber bislang 21 Sitzen eher in der Kategorie „unter fernem Liefen“.

So scheint es, als habe der Pakt zwischen PSOE und IU, die eine gemeinsame Regierung anstrebten, doch für ziemliche Unsicherheiten im eigenen Lager geführt. Die Kommunistenangst ging durch Spaniens Medien und konnte nur mit dem Glanz einer ‚neuen Mitte‘ vertrieben werden – hier besetzt durch die PP.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass das Ergebnis von vor 4 Jahren auch aufgrund der hohen Zahl der Regionalmandate zustande kam, relativ hat sich die IU z.T. sogar verbessert. Allerdings ist gerade im Lager der IU die Summe der Enthaltung erheblich gestiegen, vormals von der PSOE ansprechbare Milieus, die gerade in der Peripherie zu finden waren, wählten nun die PP.

In allen sozialdemokratischen Hochburgen verlor die PSOE z.T. erheblich gegenüber der PP. In Barcelona ist die PSOE zwar immer noch die stärkste Kraft, verlor aber auch dort um 5%. „Madrid, du wunderbare“ ist allerdings seit lan-

* Gernot Klopčič (Graz) lebt und studiert zur Zeit in Granada/Andalusien, Lennart Laberenz (Berlin) zeitweilig ebenso.

gem in konservativer Hand, nun mit 52,21%. Hier hat sich das politische Gewicht der IU gegenüber 1996 faktisch halbiert. Ebenso die ländlichen Bereiche Spaniens, in denen von Fischfang über Agrarwirtschaft bis zum industriellen Sektor alles vertreten sein kann (z.B. Extremadura, Galicien, Baskenland mit seiner relativ günstigen Anbindung an die EU-Staaten), gingen beinahe komplett an die PP. Die politische Landkarte Spaniens ist ein einzig schwarzes Meer abgesehen von einigen rosaroten Fleckchen im Süden (Andalusien).

„Aznar ist es gelungen, durch den Marsch in die Mitte den Schatten des Diktators Franco zu verscheuchen – seine Partei ist immerhin direkt aus dem Franquismus hervorgegangen“, fasst der Österreicher Georg Herrmann-Ostenhof treffend zusammen.

Die Entwicklung Spaniens in den 1990er Jahren

Unter der Regierung Aznars, der in Ermangelung charismatischer Eigenschaften auch schlicht ‚el bigote‘ (der Schnauzbart) genannt wird, hat sich eine für Staaten der Europäischen Union vorhersehbare wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. In Vollendung dessen, was die 1996 abgewählte sozialdemokratische Regierung bereits begonnen hatte, wurden die letzten staatlichen Unternehmen privatisiert und möglichst an die Börse gebracht (Telefonica, Iberia, Wasser- und Elektrizitätsversorger).

Die Urbanisierung und darüber die Zentralisierung schreitet eher voran, als dass sie eine Föderalität außerhalb der traditionellen Regionen (die gewisse Autonomierechte zugesprochen bekommen) zulassen würden. Der Zentrum-Peripherie-Unterschied gemessen an Lebens- und Arbeitsqualität ist frappierend, in den grossen Städten ist die soziale Segregation mit Händen zu greifen.

In gewisser Weise kann man von vielschichtigen, sich grundsätzlich zuwiderlaufenden Tendenzen sprechen. Die starke Ballung der wirtschaftlich prosperierenden Sektoren in den wesentlichen urbanen Gebieten (Madrid und Barcelona) zieht zumindest teilweise eine Umkehrung der politisch avisierten Rechte zur Stärkung der Autonomie nach sich: die Hierarchisierung der Gebiete über hochgradig differente Entwicklung der Produktions- und Dienstleistungssektoren führt analog zu den Autonomiebestrebungen zu einer größeren Abhängigkeit von einer ausgleichenden Zentralregierung in Madrid. Zudem wird über eine direkte Abführung eines Drittels der Lohnsteuer an die Regionen der Reichtum stark regional gebunden. Der Begriff ‚Länderfinanzausgleich‘ kann bisher noch nicht gleichbedeutend ins Spanische übersetzt werden, die reicheren Regionen sperren sich sogar gegen eine Unterstützung der ärmeren.

Daneben steht einzig – bereits aus einer historischen Entwicklung resultierend –, dass aus Aushandlungsprozessen mit der Zentralregierung die regionalistisch-nationalistischen Parteien gegen Unterstützung der Zentralregierung im spanischen Parlament hohe außerordentliche Fördergelder an die Regionalvertretungen zu schleusen vermochten. Unter Franco hielten diese die nationalistischen Kräfte still. Bei einer relativen Mehrheit der Partido Popular (PP), wie sie sich in der Vergangenheit herausbildete, verkörperten diesbezüglich die unterschiedlichen nationalistischen Kräfte in der letzten Legislatur das Zünglein an der Waage.

Sozial gesehen führen diese Aspekte zu einer weiteren Heterogenisierung. Der Spagat zwischen den Regionen bedeutet eine Spreizung der politischen Antworten zwischen den traditionellen, agrarisch dominierten Milieus und Klassen einerseits und den (post)modern großstädtischen mit hoher Flexibilität andererseits.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Das durchschnittliche Einkommen ist weit unter dem europäischem Standard. 21% Arbeitslose vermeldeten die Statistiken vor der letzten Legislatur, wohlgemerkt ein Ergebnis der radikalen Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der PSOE.

Das Ende des fordistischen Zeitalters und das damit verbundene Zusammenstreichen sozialer Absicherungsmechanismen ließ sich in Spanien nur wenige Jahre nach der ‚Transición‘ (dem Übergang von der franquistischen Diktatur zur Demokratie) feststellen. Konsequenterweise wurden so die Familien in die Ersatzfunktion staatlicher Absicherung platziert.

In Spanien bedeutete dies angesichts der noch existierenden starren, katholisch dominierten Wertorientierung keinen wirklichen Wandel. Vor allen Dingen Frauen fungieren somit in den heutigen Zeiten als das, was Karl Kraus einmal mit dem ‚Fußschweiß der Modernisierung‘ charakterisierte. Ausgedehnte Niedriglohnsektoren und Reproduktionsarbeit werden durch Frauen erledigt und bilden so den Sockel einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft. Ein eigener Haushalt (etwa während des Studiums) ist eher die Ausnahme denn eine Regel. So werden nicht nur die familiären Abhängigkeitsstrukturen betont, sondern eine Abnabelung und eine selbstbestimmte Entwicklung der nächsten Generation behindert.

Es kommt zu einer Konvergenz von Regierungspraxen, die als „Totalität der Mitte“, sowohl bisherige sozialdemokratische als auch liberale-konservative Politikmuster vereint.

Auf dem Weg zur Totalität der Mitte?

Die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens, die sich mit dem rasanten Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, Privatisierungen und einer größtenteils von MigrantInnen gebildeten permanenten Unterklasse skizzieren läßt, weist dabei unter Umständen den Weg, den andernorts sozialdemokratische Parteien einschlagen.

Auch in Spanien dominieren die einfachen Annahmen, dass die Globalisierung (mithin auch die Prozesse der Europäisierung) eine nationale makroökonomische Steuerung weitgehend unmöglich mache und schliesslich einzig standortorientierte Weichenstellung erlauben würde.

Die PP hat seit vier Jahren einen (eben wesentlich von der PSOE eingeleiteten) neoliberalen Kurs gefahren. In einem Land, in dem die politische Debatte aus dem Alltagsgeschehen beinahe völlig ausgeblendet wird und deren Massenmedien im wesentlichen unkritisch einen Regierungskurs nachzeichnen, sind die Rahmenbedingungen für eine Prägung eines politischen Diskurses über Alternativen ausserordentlich schwierig. Die starken Milieus des Katholizismus, die von Modernisierungsprozessen weitgehend abgeschnittenen landwirtschaftlichen Bereiche wir-

ken zudem hemmend auf Prozesse, aus der eine alternative Kritik erwachsen könnte.

Der nebelige Begriff der Mitte, der sich in seiner faden-scheinigen Transzendenz einer neuen, erfolgreichen und konsumfreudigen Welt im bunten Kapitalismus erschöpft, wird in Spanien von der PP abgedeckt. Die Präsentation zweier (PP-)Frauen, die über das Parlament und den Senat präsidieren, war ein nationales Grossereignis – ein Schlag ins Gesicht der PSOE, die dies über Jahrzehnte nicht mal angedacht hatte.

Hinzu kommt: Spanien kann nicht auf eine dezidiert antikapitalistische Kritik zurückgreifen, wie es etwa in Deutschland oder Frankreich die Entwicklungen der Jahre 1968ff. mit sich brachten.

Die Totalität des kapitalistischen Systems wird vielmehr mehr denn je durch sozial- und bildungspolitische Ecksteine (Elitesystematik, private Sozialversicherung, völlig autoritärer Frontalunterricht in allen Bereichen) abgestützt.

Eine in weiten Teilen den kritischen, zumal politischen Diskursen abgeneigte Öffentlichkeit liegt damit wie ein bleierner Schleier über dem Land.

Dies ist die Grundlage, um eine höchst eingeschränkte Entwicklungsperspektive zu attestieren. Während in Deutschland eine parteipolitische ‚Linke‘ mehr eine Sprachgewohnheit geworden ist, ist in Spanien gesellschaftlich gesehen der Schritt in den postfordistischen Kapitalismus direkter vollzogen.

Das Besitzbürgertum hat in Spanien bisher höchstens den Schritt vom Franquismus zum Konservatismus geschafft.

Verschieben hat sich jedoch die Bedeutung der nationalistischen (Regional-)Parteien: War die politische Linie in Madrid

von den Verhandlungen mit den Nationalisten und den damit verbundenen Konzessionen verbunden, hat sich dieser Druck zumindest abgeschwächt. Die traditionelle Faustformel, die starke nationalistische Parteien (und deren Verhandlungsgeschick) als Garantie für wirtschaftliche Entwicklung gleichsetzen konnte, könnte zumindest theoretisch geschwächt werden. Aznar wird so die nationalistischen Parteien zu einem weit geringeren Preis einbinden können, zudem hatte sich die PP im einige Monate vor der Wahl aufgekündigten Waffenstillstand der ETA als ‚Hort der Sicherheit‘ darstellen können.

Unter den derzeitigen Voraussetzungen scheint es äusserst schwer, eine emanzipative Entwicklung auch nur anzudeuten. Spanien präsentiert sich beinahe ein Vierteljahrhundert nach dem Sturz einer Diktatur in einer neuen Totalität kapitalistischer Immanenz. Die Entäußerung politischer Inhalte und die systematische Unterdrückung von Kritikfähigkeit entwickelt sich europakonform – allerdings aus dem fatalen Unterschied der historisch später ansetzenden Kritikformen – es gibt so kaum eine politische Zivilgesellschaft, die mobilisierbar wäre.

Das „neue Gespenst in Europa“

Der absolute Wahlsieg von José Maria Aznar in Spanien, oder auch die Entwicklungen in Österreich müssen als wichtige Folie der oben angesprochenen europäischen Tendenzen benutzt werden, die sich mit nationalen Differenzen in der politischen Färbung als ‚Totalität der Mitte‘ zusammenfassen lässt. Die politischen Ansatzpunkte, überdies aber auch einige populistische Methoden unterscheiden sich denn auch zunehmend weniger zwischen

den Lagern. Schliesslich bedeutet ein aus verschiedenen Richtungen begangener ‚Dritter Weg‘ europaweit eine relativ gleichmässige ‚Entpolitisierung der Politik‘ zugunsten krampfhaften Aufrechterhaltens eines immer universaler gestalteten Vertretungsanspruchs. Grundsätzlich hat dieser einzig die Verwaltung bestehender Systemvoraussetzungen, niemals aber ihre Hinterfragung zum Gegenstand.

Diesen Anspruch untermauert jüngst Gerhard Schröder in einem Aufsatz, wenn er explizit die regulativen Funktionen des Staates, wie die im Bereich einer klassischer Interventionstätigkeit im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit, ablehnt, stattdessen Eigenverantwortung in Chancengerechtigkeit proklamiert und Staatstätigkeit auf das „Aktivieren“ beschränkt. „Der Staat, der die Stärke des Rechts und die Einhaltung der Regeln des sozialen Wettbewerbes garantiert“, wird hier als Optimum benannt. (Schröder 2000, S. 203).

Dieser politischen Totalität entsprechen gleichzeitig wirtschaftspolitische und soziale Entwicklungen. So verrät eine Statistik des *Economist* vom 25. März diesen Jahres, dass beispielsweise die jungen Europäer (die Umfrage bezieht sich auf die Spanne zwischen 15-19 Jahre) in Deutschland zu 44% den Weg zum Reichtum über den Aktienmarkt gehen würden, ein Wert der mehr als das Doppelte etwa Großbritanniens, Frankreichs und Italiens beträgt. Dem entsprechend führt in Deutschland auch nicht mehr – wie noch vor einigen Jahren – die „harte Arbeit“, sondern die Risikofreudigkeit als Tugend das Szenario an. Dies ist ebenfalls Spitze in Europa. Interessant hier auch, dass die Kategorie „be honest“ als fakultative Antwort auf „Above all you must...“ in Deutschland und Großbritannien mit 6% auf einem deutlich absteigenden Ast sitzt.

Es scheint also, als reflektierten gerade noch jugendliche Europäer eine neue Qualität der von Schröder über Blair bis Aznar propagierten „Eigeninitiative statt Sozialstaat“, die mit unterschiedlichen Dosen kommunitaristischen Gehalts gewürzt wird. Der Teilhabebegriff bedeutet bereits jetzt mehr und mehr, dass über Aktien und Pensionsfonds Lebens- und Altersvorsorge abgedeckt wird. So wäre der Shareholder-Value-Kapitalismus unter der Hand eingeleitet und mit rhetorischer Dämmwolle à la „Chancengerechtigkeit“ (Schröder) ausgekleidet.

Wenn es Aznar gelingt, etwa deutsche oder britische sozialdemokratische Regierungspraxis weiterhin zu imitieren, kann er ein Beispiel für eine neue Beliebigkeit des politischen Farbenspiels formulieren.

Die Äquivalenz wesentlicher politischer Systematiken und Inhalte kann in einem vereinten Europa mit regionalen Unterschieden aufgrund des steigenden Immanenzdrucks durch eine bloß in Nuancen variierende Universalkraft verkörpert werden. Der Umschwung von politischer Partizipation zur Delegation politischer Aufgaben weist uns den Weg der Schein-Demokratie. Das neue Gespenst trägt ein einfarbiges Gewand. spw

Literatur:

- Bischoff, Joachim: Neoliberales Zeitalter? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2000
 The Economist: „How to get rich“, Ausgabe vom 25.-31. März 2000, S. 36
 Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Zwei Wege – Warum Schlüssel über den Triumph der spanischen Volkspartei nicht jubelte.“ In: profil 12, 20. März 2000, S. 99
 Schröder, Gerhard: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregung zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/2000

Der Umschwung von politischer Partizipation zur Delegation politischer Aufgaben weist uns den Weg der Schein-Demokratie.

Alfred Gusenbauer Foto: SPÖ



Am 1. Mai 2000 legte Haider den Parteivorsitz der FPÖ zurück und ließ seine Nachfolgerin Riess-Passer zur neuen Führerin seiner Partei installieren. Einem guten Bergführer gleich, dieses bukolische Bild gebrauchte Haider selbst bei seiner Abschiedsrede, läßt er seine Bergsteigertruppe die letzten paar Meter zum Gipfel vorausgehen, um dann ... um dann selbst wieder die Führung zu übernehmen – als krönenden Abschluss seiner politischen Karriere. Hier liegt vielleicht sehr banal, aber im politischen Leben doch sehr naheliegend, die erste Herausforderung für die Linke in Österreich: zu verhindern, dass dieser Mann doch noch Bundeskanzler wird.

Vor vielleicht noch einem Jahr, als es sich nicht viele in Österreich vorstellen konnten, dass kein sozialdemokratischer Kanzler dieses Land regierte, war diese politisch-praktische Frage, die manchen sehr oberflächlich vorkommen mag, eigentlich gegessen. Haider saß in Kärnten – wo er noch immer sitzt – und schien sich mit seinem Schicksal zwar nicht abgefunden zu haben, jedoch etwas weniger ehrgeizig geworden zu sein. Die Mühen des Regierens, auch wenn es „nur“ ein österreichisches Bundesland ist, verlangten auch von ihm und seiner Partei ihren Tribut. Ein sehr ehrgeiziger konservativer Politiker machte aber dem Versinken in die Politik des südlichsten österreichischen Bundeslandes einen Strich durch die Rechnung.

Die Österreicherinnen und Österreicher hatten sich schon auf ein Weiterbestehen der rot-schwarzen Koalition eingestellt. Sie konnte sich eigentlich gar nichts Anderes vorstellen. Warum auch? Das Land war gut regiert, hatte ausgezeichnete Wirtschaftsdaten und einen angesehenen Platz in der Europäischen Union. Klein, aber durchaus oho – so könnte man den österreichischen Zustand beschreiben. Selbstverständlich war das eine oder andere auszusetzen.

Die Schnelligkeit der Veränderungen postkapitalistischer Wirtschaften machte zwar manche Sorgen, aber es schien nichts zu geben, was nicht politisch in den Griff zu bekommen wäre. Jörg Haider und die Seinen waren eine politische Größe, aber eine solche, deren politischen Bäume auch nicht in den Himmel wachsen konnten. Trotz so mancher lauter Sprüche, trotz so mancher populistischer Ideen, die aber auch nicht davor gefeit waren, in der politischen Auseinandersetzung viele Haare zu lassen, sozusagen auf das politische machbare Vernünftige zurechtgestutzt zu werden. Das Spiel mit der Angst vorm blauen Mann schien nicht mehr in dem Ausmaß zu greifen, wie es schon getan hatte.

Populär, nicht populistisch

Von Alfred Gusenbauer*

Selbstverständlichkeiten zur Versicherung

Ein Wahlergebnis, eine konservative Partei, die sich, zu Recht oder zu Unrecht, mit den Rücken zur Wand fühlte, und schon saß die FPÖ in der Regierung – ausgestattet mit Schlüsselressorts wie Finanzen und Soziales. Bevor es zur Angelobung dieser blau-schwarzen Regierung kam, musste sie noch, einer Bedingung des österreichischen Bundespräsidenten nachkommend, eine Präambel unterschreiben, in der die FPÖ Spitzen sozusagen gelobten, brav zu sein und all das nicht zu tun, was sie sonst in ihren Wahlkämpfen androhten zu tun. Mit steinerner Miene, der man die Verachtung für dieses Papier ansah, unterschrieb Haider, der ja nicht der österreichischen Bundesregierung angehörte. Er begnügte sich mit seinem Landeshauptmann von Kärnten. Nur wenigen Beobachtern fiel die Peinlichkeit der Situation auf.

Da unterschrieben künftige Regierungsmitglieder eines souveränen Staates ein Papier, in dem nicht viel mehr als für jede Regierung eines zivilisierten westeuropäischen Staates Selbstverständliches stand. Aber offensichtlich war das Selbstverständliche so in Frage gestellt, dass es dieser Maßnahme bedurfte. Die Linke bedurfte einer Schrecksekunde und begann gegen die neue Regierung zu demonstrieren. Das hatte es in dieser Form in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie gegeben.

Ohne Übertreibung konnte man sagen, dass eine Woge der Politisierung die Österreicherinnen und Österreicher ergriffen hatte. Es gab keinen Stammtisch, bei dem nicht über die neue Lage der Republik diskutiert wurde. Wie schon gesagt: Nichts war und ist mehr selbstverständlich – das gilt auch für meine Partei.

Auch wenn das einige nicht wahr haben wollten: die SPÖ war innerhalb kürzester Zeit auf den harten Bänken der Opposition gelandet. Und das erfordert eine fundamentale Veränderung ihres Denkens. Sie hat wie jede Veränderung ihre Chancen und ihre Risiken. Denn wir werden uns die Oppositionsfähigkeit in den einzelnen inhaltlichen Bereichen mühsam erringen müssen. Das ist zwar vielen in der SPÖ schon klar geworden, aber noch nicht allen.

Wir müssen versuchen eine Mehrheit jenseits der ÖVP und der FPÖ zu etablieren – und dabei geht es nicht nur um eine arithmetisch-wahltechnische Mehrheit. Wir werden taugliche Antworten auf die Frage geben müssen, worin die Eckpunkte einer solidarischen Gesellschaftskonzeption am Beginn des 21. Jahrhunderts im Unterschied zu den Vorhaben der ÖVP und der FPÖ, welche die Gesell-

Wir müssen uns der Unterstützung jener versichern, die sich völlig im Recht gegen diese Regierung ausgesprochen haben.

* Dr. Alfred Gusenbauer, war in den 1980er Jahren Vorsitzender der JungsozialistInnen in der SPÖ, später Generalsekretär der IUSY, am 29. April 2000 wurde er zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gewählt.

schaft noch zerklüfteter machen werden als sie ohnehin schon ist, bestehen. Und wir dürfen als Sozialdemokraten nicht in den Fehler verfallen zu glauben, wir könnten alles alleine tun. Wir müssen uns der Unterstützung jener versichern, die sich völlig im Recht gegen diese Regierung ausgesprochen haben und die dies auch bekundeten.

Wieder Alternative werden

Die Chance ist es, die jetzige Situation als Aufbruch für die SPÖ zu nützen, das Risiko dabei ist es, dass es nicht gelingt. Die meisten Funktionäre der SPÖ hatten sich in den dreißig Jahre sozialdemokratischer Kanzlerschaft in Österreich daran gewöhnt, immer das zu verteidigen, was die Sozialdemokratie an der Regierung gemacht hat. Das war sicher in den Zeiten der Alleinregierung, also in den siebziger Jahren, noch leichter als in der Koalition mit der ÖVP. Aber aufs Verteidigen lief es fast immer hinaus. Jetzt ist diese Strategie, die doch meistens nur eine Taktik war, obsolet geworden. So schwer es manchen fällt: Wir müssen wieder Perspektive geben können – als die Alternative zu dieser Regierung.

Die SPÖ darf auch nicht in den Fehler verfallen, sich nur auf die urbanen kritischen Mittelschichten zu verlassen. Selbstverständlich können sie mit dieser Regierung, die

Provinzialität auf ihre Fahne geheftet hat, nichts anfangen. Jedoch es wird genauso notwendig sein, für die Wähler, die FPÖ und Haider gewählt haben und die durch die Maßnahmen der neuen Regierung, die ja ein Schlag ins Gesicht der

„kleinen Leute“ sind, sehr verunsichert sind, ein Angebot zu machen – das Angebot einer sozial engagierten Partei, die aus den Fehlern der Vergangenheit ihre Lehren gezogen hat und die versucht in einer Klammer, die Interessen der sozial Schwächeren gemeinsam mit Erfolgreicheren in der Gesellschaft durchzusetzen.

Es geht um nichts anderes, als dem derzeitigen FPÖ-ÖVP-Konzept der Spaltung ein Konzept der Solidarität entgegenzusetzen.

Nun bin ich der letzte, der annimmt, dass dies leichte Aufgabe sein wird. Nämlich auf der einen Seite die SPÖ möglichst schnell zu einer schlagkräftigen Oppositionspartei zu machen, nachdem sie 30 Jahre lang Regierungsverantwortung trug, und auf der anderen Seite, jene Konzepte und Programme zu erarbeiten, die es ihr ermöglichen, dieser Regierung nicht nur im Parlament, sondern auch am Wahltag erfolgreich Paroli bieten zu können. Aber es muss beides bewerkstelligt werden.

Bei den gescheiterten Regierungsverhandlungen wurde auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften angesprochen, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Selbstverständlich sind die Sozialdemokratischen Gewerkschafter ein unverzichtbarer Bestandteil der SPÖ. Sie vertreten in erster Linie und sehr wirksam Arbeitnehmerinteressen – also Produzenteninteressen. Das ist ihre Kernaufgabe. Aber eine politische Partei ist nicht auf das zu reduzieren, was die Aufgabe von Gewerkschaftsvertretern ist. Wenn es so wäre, dann wäre ja die SPÖ unnötig. Orientiert sich die SPÖ also an Produzenten- oder an Konsumenteninteressen. Diese Frage muss in dialektisch gesehen und gelöst werden. Es ist völlig klar, dass eine SPÖ ohne die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen undenkbar ist. Gleichzeitig ist es aber so, dass bei der Segmentierung, Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft, eine politi-

sche Konzeption ohne eine starke Inkorporation von Konsumenteninteressen nicht erfolgreich sein kann. Man muss an Hand konkreter Projekte diskutieren, worin die Aufgabe der Gewerkschaften und die Aufgabe der Partei liegt und wie gemeinsame Vorgangsweisen zu erreichen sind.

Man darf sich nicht durch eine rechtskonservative Regierung in sinnlose Konfliktsituationen hineinmanövrieren lassen, die in Wirklichkeit weder den Gewerkschaften noch der Partei etwas bringen. Wenn also behauptet wird, die Gewerkschaften seien die Betonierer und die Reformunwilligen, die den unaufhaltbaren Fortschritt in sinnloser Maschinenstürmerei aufhalten wollen und alle, die nicht in den Gewerkschaften sind, seien das genaue Gegenteil, so ist das inakzeptabel. Denn gerade in den Gewerkschaften weiss man ganz genau um die Widersprüche in unserer heutigen Gesellschaft und daher gibt es eine Reformdiskussion aufgrund der neuen Arbeitsrealitäten.

Populäre Politik gegen Populismus

All das bisher Gesagte zeigt schon, dass die Antwort auf den rechten Populismus a la Haider nicht einfach ein linker Populismus sein kann. Kenner der österreichischen innenpolitischen Lage sehen in Haider übrigens einen ganz normalen Politiker, der nur geschickter sei als die anderen. Er präsentiere sich eben gestylter, medienbewusster, amerikanischer, zynischer, opportunistischer, demagogischer und schaffe es scheinbar mühelos, Unvereinbares unter einen Hut zu bringen. Er sei eben ein fast schon klassischer Populist, ein Machtmensch, dem rascher Beifall und großes Medienecho alles, soziale Ziele wenig bedeuten. Auch wenn er sich vom Vorsitz der FPÖ zurückgezogen hat und anderen auf Bundesebene aus welchem Kalkül heraus auch immer den Vortritt überlässt – er wird weiterhin die Rolle des österreichischen Schattenkanzlers innehaben. Er wird also versuchen, manchmal sogar zur eigenen Regierung in Opposition zu gehen. Eben populistisch sein, wenn es ihm passt.

Das ist keine Möglichkeit für die SPÖ. Sie wird nicht die simplen Rezepte zur Wiedererlangung der geistig-kulturellen Hegemonie, die stets die Vorbedingung zur Wiedererlangung einer politischen ist, anbieten. Sie wird nicht neoliberale Positionen übernehmen, aber sich auch nicht trotzig in traditionalistische Positionen eingraben. Sie wird den Weg einer modernen Sozialdemokratie gehen, mit Werten und Zielen, die auch im 21. Jahrhundert Bestand haben und nicht in die Hybris des Alleinvertretungsanspruchs verfallen.

Die SPÖ wird harte Oppositionspolitik machen, die Missstände aufgreifen, anprangern und neue Konzepte vorlegen, deren Messlatte soziale Gerechtigkeit sein wird. Sie wird sich nicht vom Provinzialismus der neuen Regierung anstecken lassen und xenophoben, anti-europäischen Ressentiments keinen Platz lassen. Sie wird aufzeigen, dass die Probleme dieses Landes nichts damit zu tun haben, ob uns EU-Staaten schneiden, sondern nur damit, was wir hier zustande bringen, um die Probleme zu lösen. Sie wird nicht dabei sein, wenn ein Außen-Feindbild etabliert wird, damit die FPÖ, Haider und die ÖVP alles tun und lassen können, was sie wollen – unter dem scheinheiligen Mäntelchen des nationalen Schulterschlusses mit dieser Regierung.

Die SPÖ ist durch ihre Oppositionsrolle mindestens so gefordert wie in den siebziger Jahren, wo sie die Alleinregierung stellte. Sie wird diese Herausforderung meistern – nicht mit Populismus, sondern mit harter Arbeit, und damit jene Popularität gewinnen, die sie braucht, um wieder Regierungsverantwortung tragen zu können. spw

Es geht um nichts anderes, als dem derzeitigen FPÖ-ÖVP-Konzept der Spaltung ein Konzept der Solidarität entgegenzusetzen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Der Kieler Philosoph Hermann Schmitz entwickelte zwischen 1964 und 1980 sein „System der Philosophie“, um dem etabliertem westlichen Wissenschaftskanon ein theoretisches Rüstzeug zur Analyse menschlichen und sozialen (Er-)Lebens entgegenzustellen. Es liegt ihm immer daran, seine theoretischen Begriffe mit Beispielen aus der Alltagswelt zu belegen. Dabei handelt es sich um ein umfassend ausgearbeitetes, sozialphilosophisches Begriffssystem, das sich u.a. aus der Kinder- und Lernpsychologie speist (Schmitz, 1980).

Im Rahmen des linken sozialdemokratischen Weltanschauungsparadigmas werde ich im Folgenden die lebensreformerische Dimension (wie sie z. B. von einigen TheoretikerInnen der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit bereits breit ausgearbeitet wurden, vgl. z.B.: Kanitz: „Sozialistische Gefühlsbildung“, in: „Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung“, S.56 ff., Junius-Verlag 1981) mit Hilfe der anthropologischen und philosophischen Erkenntnisse von Hermann Schmitz anwenden. Ich fand in seinem Begriffssystem eine gute Möglichkeit, das politische Phänomen des „Populismus“ alternativ zu den herkömmlichen politologischen und soziologischen Theorien zu interpretieren.

Ich beschränke mich auf den Aspekt des menschlichen Erlebens und Handelns auf individueller wie sozialer Ebene und betrachte das wirtschaftliche und politisch-soziokulturelle System sowie deren Strukturen lediglich als Hintergrund (Schmitz, 1998, 46 – alle kursiv gedruckten Begriffe benennen originale Begriffe aus dem Schmitz’schen Theorieapparat).

Menschliches (Er-)Leben in Situationen

Der Bewusstseinshorizont aller Menschen besteht aus der physischen Lebenserfahrung (d.h. dem körperlichen Erleben seiner Lebenssituation in der Arbeitswelt und in der Freizeit, also körperliche Anstrengung, u.ä.m.) und dem heute immer bedeutender werdenden Anteil des *leiblichen Spürens*, das mit dessen kognitiver Verarbeitung einhergeht (Hermann Schmitz: „Mit einem Schlag den Gesamt-Eindruck des Menschen gegenüber als sympathisch oder nicht zu spüren.“). Begriffe wie „Vertrauen“ (im Sinne von Caspar Einem, ehem. Wissenschaftsminister, SPÖ) oder die *gemeinsame implantierende vs. includierende Situation* verweisen auf die Aufdeckung jener schon immer vorhandenen Kommunikationsdimension der Menschen, die aber durch die absolutistische Dominanz der Naturwissenschaften in unserem westlichen Kulturkreis als „Sinnestäuschung“, insbesondere seit der Renaissance bis vor wenigen Jahren, denunziert wurde.

Das österreichische Wahlergebnis zeigte in gleißendem Licht, dass wahlkämpferische Argumentationskonzepte im Glauben der abendländischen, rationalistischen Denktraditionen Entscheidungsprozess eines Großteils der WählerInnen

Aufstand gegen die Technokratie

Gedanken zum Populismus in Österreich und seiner Überwindung

von Thomas Mann*

nen nicht zutreffend erklären können. Wahlentscheidungen aller Art werden nämlich tendenziell nie allein durch Abwägen der „Für und Wider“ („Kosten / Nutzen“) auf rein „vernünftiger“ Basis getroffen. Die Menschen agieren statt dessen aus ihrer *persönlichen Situation* heraus. Schmitz meint damit, dass alle Menschen von Geburt an in *gemeinsamen Situationen* leben, woraus sich eine *binnendiffuse Multivalenz* im Erleben und Handeln ergibt.

Gerade schnelle Entscheidungen in Krisensituationen bewältigen wir nicht mit langwierigem Kalkulieren und Abwägen aller Vor- und Nachteile einer bestimmten Entscheidung, sondern *leiblich*, d.h. wir geraten unwillkürlich in eine „Verschmelzung“ mit der gesamten Situation (Schmitz’ Bsp.: Der Autofahrer muss plötzlich auf eine Gefahr im Straßenverkehr reagieren; er bildet mit seinem Fahrzeug eine Gesamtheit). Die *gemeinsamen Situationen* erzeugen die *leibliche Kommunikation* zwischen dem Akteur und seiner dinglichen und/oder sozialen Mitwelt. Entscheidende Merkmale dieser Kommunikation sind, dass sie nicht durch die körperlichen Sinne (v.a. Sehen, Hören, Tasten), sondern durch *leibliches Spüren* passiert, vörsprachlich ist, sogar bereits bei höher entwickelten Tieren anzutreffen ist und immer eine *chaotisch-mannigfaltige Vielheit* an Entscheidungsmöglichkeiten zulässt.

Auf dieser Ebene der *primitiven Gegenwart* (höher entwickelte Tiere, Säuglinge, geistig-bedürftige Menschen – das Beispiel hat nichts mit einer moralischen Bewertung zu tun, sondern zeigt ausschließlich den Unterschied zwischen der intellektuellen Verarbeitung von Alltagsproblemen im Gegensatz zum *leiblichen Spüren*!) kommen politische Einstellungen noch nicht zum Tragen, d.h. es gibt keine „linke“ oder „rechte“ Erlebensweise!

Erst in der *entfalteten Gegenwart* kommen eingeübte Handlungsstrategien („Sozialisierung“) zum Einsatz – der Mensch hebt sich ab von vorgefundenen Handlungsmustern und lernt, aus dem „Fächer“ an Möglichkeiten zu wählen. Hier setzt eine wichtige Sphäre für politologische und soziologische Analysen ein.

Politische und wissenschaftliche Analysemethoden, die weiter auf ein cartesianisches Weltverständnis beharren (soziale Phänomene in Einzelelemente zerlegen und soziale Prozesse als eine Kombination dieser Einzelelemente erklären), weisen für das Phänomen der Massenbegeisterung gegenüber „Populisten“ einen blinden Fleck auf!

Wahlentscheidungen werden nie allein auf rein „vernünftiger“ Basis getroffen.

* Thomas Mann, Vorsitzender der Jungen Generation der SPÖ von Wien Meidling, ist Student der Soziologie und arbeitet zur Zeit an einer Diplomarbeit zu „Atmosphären und Gefühle bei Hermann Schmitz“. Er unterstützt die Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ (isp).

Wer „liebt“ Haider?

Wir können in Österreich zwei zahlenmäßig relevante Gruppen von Menschen beschreiben, die gegen das politische Establishment protestieren und propagandistisch von Jörg Haider bedient werden:

- Jene, die sich in ihrer Kreativität und persönlichen Entfaltungskapazität eingeschränkt fühlen und daher der Propaganda einer „befreienden Politik“ stark sympathisierend gegenüberstehen („Modernisierungsaufsteiger“).
- Jene, die sich von der Beschleunigung und zunehmenden Komplexität des Arbeitsprozesses getrieben oder sogar überrollt fühlen und daher einer Propaganda der „sozialen Gemeinschaft“ inkl. Ablehnung Fremder zusprechen („Modernisierungsverlierer“).

Erstere erwarten sich von einem Staatsführer Haider, vom „(Sozial-)Abgaben-und-Funktionäre-Staat“ befreit zu werden. Zweitere hingegen wollen gerade eine soziale und „kulturelle“ Geschlossenheit als Schutz vor der dynamisierten Wirtschaft und Lebenswelt allgemein. Ohne Zweifel spielt die Wichtigkeit faktischer Verschlechterungen der Höhe des Lohnes, der Rente, u.ä.m. eine große Rolle beim Anstieg der prinzipiellen Unzufriedenheit immer größerer Bevölkerungsteile.

Aber warum spüren diese FPÖ-WählerInnen eine Erlösungserwartung größtenteils gerade bei Jörg Haider? Jede soziale Verschlechterung wird prinzipiell „den Politikern bzw. der Politik“ angelastet, obwohl viele Kritikpunkte erst weitläufig und mittelbar mit Strukturpolitik zu tun haben, stattdessen vielmehr zwischenmenschlicher Natur sind (der Nachbar – vielleicht Nicht-Österreicher) und/oder sich im Rahmen der unmittelbaren Arbeitssituation abspielen (Mobbing, Konkurrenz mit ArbeitskollegInnen, u.ä.), also sich v.a. in der persönlichen Wohn- und Lebensumgebung sowie der Arbeitsumgebung befinden.

Es ist deshalb notwendig, diesen Aspekt zu erwähnen, da es möglich ist, einen beträchtlichen Teil solcher persönlicher

Probleme ohne große strukturpolitische Reformen oder sogar „Revolutionen“ zu lösen bzw. umgekehrt: viele Gründe dieser Unzufriedenheit sich eigentlich abseits staatlich-

politischer Konzepte konstituieren und mit politischen Maßnahmen bestenfalls nur grob gesteuert werden können.

In den letzten Jahren spielen bei Wahlentscheidungen folgende „Faktoren“ eine immer wichtigere Rolle:

- die Glaubwürdigkeit der PolitikerInnen,
- das Vertrauen zu ihnen,
- der Grad an Bereitschaft, frühere Fehler (Finanzdebakel, Korruption, usf.) den PolitikerInnen der einen Partei nachzusehen, den Anderen aber nicht (mehr),
- die eventuelle Diskrepanz zwischen der realen sozialen Lebenssituation der WählerInnen und ihren Projektionen („so ist es.“) als Begründung, die FPÖ zu wählen.

Erfolgsgründe für Haiders Strategie

Jörg Haiders politische Strategie entspricht nun der Definition der *gemeinsamen implantierenden Situation* von Schmitz, die ein Aufkommen eines verbindenden Gefühls der „Masse“ mit ihrem charismatischen Führer in der Weise beschreiben lässt, wie er es in seinem Buch „Adolf Hitler in der Geschichte“ (Bonn 1999) für die „Führerveranstaltungen“ der Nationalsozialisten getan hat:

Haider schafft es (unbewusst oder eingelernt), durch musikalische Untermalung wie exakte Inszenierung seiner politischen Veranstaltungen und abgestimmten Sprachme-

lodien eine *Eindruckstechnik* (Schmitz, 1999, 242 ff.) über dem Publikum aufzubauen, die verschieden gelagerte Sehnsüchte gleichzeitig bedient, d.h. in ihrer *binnendiffusen Multivalenz* divergierende Gefühle gleichzeitig zulässt. Ein „Sich-Erheben“ über die Tristesse und Ausweglosigkeit der alltäglichen Lebenssituation, gepaart mit einem wohligen Gefühl des Aufgehobenseins und Mitgetragenwerdens durch die FPÖ-„Gemeinschaft“, hingegen bei anderen TeilnehmerInnen ein knisterndes Elite-Gefühl des Dazugehörens zu den Siegern der Gegenwart und Zukunft!

Diese plakative Beschreibung einer Großkundgebung der Freiheitlichen (vgl. auch Schröder- oder Blairveranstaltungen, oder auch Popkonzerte bzw. die Love-Parade!) erzeugt wahrscheinlich bei den LeserInnen deutliche Bilder davon – und genau dies entspricht der Beweismethode von Schmitz, nämlich die LeserInnen das Beschriebene nachfühlen und erleben zu lassen.

Unser naturwissenschaftlich geprägtes Wahrnehmungsmodell will uns weismachen, dass die „objektiven Tatsachen“ einer vollständigen Erfassung sozialer Phänomene entsprechen. Ich möchte analog zu Schmitz dagegenhalten, dass die „objektiven Tatsachen“ erst nach Abschälung der *subjektiven Tatsachen* durch Subtraktion eben dieser Erlebensdimension, *also der volleren Realität*, statistisch abstrahiert vor uns liegen. Daraus ergibt sich ein wesentliches Problem für unsere Interpretation dieser sozialen Phänomene: Nicht die Menschen sind emotionalisierter als früher (so eine oftmals von „vernunftorientierten“ Menschen geäußerte Kritik am immer unberechenbareren WählerInnenverhalten), sondern das theoretische Modell befindet sich in der Krise!

Raum, Zeit und Beschleunigung

Neben dem jederzeit kurzfristig zu aktivierenden Phänomen der Massenbegeisterung möchte ich zusätzlich auf einen latent vorhandenen, „darunterliegenden“ Grund für das Ansteigen einer diffusen Unzufriedenheit und auf eine spezielle Begebenheit hinweisen:

Die Hilflosigkeit, in der Begrenztheit seiner eigenen Lebenssituation gefangen zu sein, und die daraus entstehende „Entsolidarisierung“ (bis hin zu aggressivem Verhalten gegenüber der menschlichen und dinglichen Mitwelt) liegt in analytisch relevantem Ausmaß im räumlichen und zeitlichen Druck auf jede/n Einzelne/n begründet. Bereits bei Max Adler heißt es: „Nicht die Gesellschaft ist der Träger des sozialen Lebens, sondern nur der Einzelmensch, aber freilich der Einzelmensch, wie wir ihn heute allein noch verstehen können: nämlich *der als Einzelmensch zugleich vergesellschafteter Mensch ist, [...]*“ (Adler 1913, S. 6)

Ich bin mir bewusst, dass ich fast keine Kategorien „klassenbezogener“ Theorien verwende, möchte aber gerade deshalb nochmals betonen, dass meine These lautet: Die sozialen Lebensbedingungen bilden eben nur den „Rahmen“ für unsere Entscheidungen, belassen uns jedoch immer einen Fächer an Handlungsvarianten – ein lohnabhängig Beschäftigter muss erst sein „Klassenbewusstsein“ entwickeln (Vgl. Marx: „Klasse für sich“).

Die Verdichtung von Raum und Zeit (durch die Beschleunigung in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftswelt) erzeugt auch in der sozialen (wie in der physikalischen) Welt Druck und damit Reibungshitze (vgl. das politische Vokabel „Heißer Herbst“!). Das *leibliche Spüren* dieses permanenten Bedrängtwerdens wirkt viel eindringlicher als eine kognitive Reflexion, z. B. über die persönliche Arbeitssituation.

Mir scheinen, exemplarisch genannt, folgende Phänomene als Ursachen für aggressives Verhalten Einiger gegenüber ihren Mitmenschen:

Das cartesianische Weltverständnis weist für das Phänomen der Massenbegeisterung einen blinden Fleck auf!

PARTEIEN UND POPULISMUS

- Arbeitsdruck,
- Verhinderung persönlicher Weiterentwicklung durch institutionelle und/oder personenverursachte Barrieren (formale Bedingungen für einen beruflichen Arbeitseintritt oder -aufstieg sowie informelle Schikanen, Mobbing durch ArbeitskollegInnen und/oder Vorgesetzte),
- Bedrohung des bisher erreichten Lebensstandards (durch berufliche wie private Brüche),
- Ablenkung von den realen Ursachen der Existenzbedrohung via Medien und „Vergnügungsindustrie“,
- Verletzung der Privatheit/Intimität durch persönlichen Zugriff im Beruf und auf zwischenmenschlicher Ebene.

Gegen-Konzepte

Ein erfolgreiches politisches Gegen-Konzept muss auf eine Weitung von Raum und Zeit drängen; wir müssen jedem Menschen mehr Zeit und mehr eigenen geografischen Lebens- und Wohn-Raum zur eigenen freien Verfügung und Gestaltung verschaffen.

Da der Mensch ein soziales Wesen (K. Marx) ist, dürfen wir unseren Fokus nicht allein auf individuelle Belange beschränken, sondern müssen gleichzeitig auch Raum und Zeit für soziale Kontakte und gleichzeitig diese Kontakte selbst schaffen. Es bedarf der Einrichtung bzw. Wiederbelebung sozialer Räume (Kommunikations- und „Erlebnis“-Zentren), die aufgrund des allgemeinen sozialen Wandels verloren gingen.

Der hohe Anteil der freiheitlichen WählerInnen in den dicht besiedelten und von unseren GenossInnen immer seltener persönlich betreuten Wohnvierteln in den „Arbeiterbezirken“ im Gegensatz zum geringeren Anteil der FPÖ in den „bürgerlichen“ Bezirken Wiens fußt zu einem nennenswerten Anteil auch auf dem Gefühl des Alleingelassenwerdens bei Nachfrage an sozialer Betreuung.

Historisch verglichen stellte das „Rote Wien“ bzw. das austromarxistische Lebensreformkonzept eine Handlungsalternative v.a. zum bolschewistischen Modell dar: idealtypisch ausgedrückt strebten die Bolschewiki zuerst die strukturelle Macht (Staatsapparat usw.) an, um danach mit einem weitreichenden Sozialisierungs- und Kulturprogramm anzuschließen; im „Roten Wien“ dagegen hieß die erstrangige Formel: „Dort (politisch) sein, wo die Menschen sind!“

Dies hatte zur Folge, dass möglichst alle Lebensbereiche – von der Arbeiterklasse bis hin zu den Intellektuellen – organisatorische Angebote erhielten, sich daher Arbeiterbildungsvereine, Arbeiterbriefmarkensammler, Arbeiterfischer-, Arbeitersportvereine usw. gründeten. Die politische Strategie lief darauf hinaus, ebenso das Bewusstsein und das Erlebensgefühl der Lohnabhängigen zu erreichen wie auch auf der politisch-strukturellen Ebene zu kämpfen.

Deshalb müssen wir politische AktivistInnen heute wieder wesentlich stärker die Mensch-Mensch-Beziehungen fördern und dürfen nicht nur auf der Ebene verdinglichter Beziehungen mit den Menschen „draußen“ (via Verträge, Behörden, o.ä.) verharren.

Schlussfolgerungen

Zusammengefasst verrete ich die Meinung, dass das Phänomen „Populismus“ nicht zutreffend mit dem Maßstab „links/rechts“ zu analysieren ist. Die Bruchlinie verläuft statt dessen entlang der sozialen Kommunikation mit dem Grat leibliche Kommunikation versus verdinglichte Beziehungen.

Daraus lassen sich noch keine ideologischen Richtungen politischer Programme und Forderungen ableiten.

Die technisch-politische Ebene der „Sachpolitik“ ist ebenfalls nicht direkt berührt, d.h. es werden auch in Zu-

kunft Gesetze und gesellschaftspolitische Strukturen erarbeitet und umgesetzt werden müssen; die Strukturanalyse des modernen Kapitalismus hat nichts an ihrer Notwendigkeit eingebüßt!

Der qualitative Sprung für politisch Aktive muss sich dagegen auf der Wahrnehmungsebene betreffend die soziale Kommunikation ereignen, um sie in ihrer vollen Realität erfassen, spüren und dementsprechend agieren zu können.

Inhaltlich ergeben sich daraus Konsequenzen, neue Konzepte (keine holistischen Modelle mehr!) für Organisationsformen und –weisen politischer Gruppierungen und Parteien sowie größerer Gemeinschaften im Allgemeinen zu überlegen.

Um für eine sozial gerechte Politik ausreichend viele Menschen begeistern zu können, schlage ich folgende Bedachtnahme auf menschliche Bedürfnisse für politische AktivistInnen vor:

1. die stetige Bearbeitung der dialektischen Beziehung „Theorie – Praxis“ in engem Kontakt mit jenen Menschen, für deren Lebensrahmenbedingungen sie verantwortlich zeichnen,
2. das gleichzeitig permanente Wachhalten des Bewusstseins jeder/s Bürgers/in (citoyen) für seine/ihre Eigenverantwortlichkeit sowie seine/ihre soziale Verantwortung,
3. das gemeinschaftliche Verfolgen eines konkreten politischen Aktionsprogramms basierend auf gesellschaftsanalyisierenden Erkenntnissen und handlungsleitenden Grundsätzen,
4. speziell auf das österreichische Kommunikationsmodell der SPÖ-FunktionärInnen bezogen: das eigene Anerkennen, dass unsere Gesellschaft in Interessenskonflikte zerrissen ist und daher auch in der politischen Diskussion „auf der Straße“ Widerspruch und Kritik an den WählerInnen legitim ist – wir selbst also mit einem perspektivischen politischen Programm auftreten und handeln müssen (entgegen den bisherigen Gepflogenheiten der „Konsensdemokratie“ in Österreich),
5. den Wiederaufbau gemeinsamer implantierender Situationen („innere Verbundenheit“) zwischen den politischen AktivistInnen untereinander sowie zwischen ihnen und den sozial betroffenen Gruppenangehörigen.

Politische Kommunikationskonzepte müssen dem nicht-rein-kognitiven Wahrnehmungsanteil des leiblichen Spürens der Menschen in jedem Fall Tribut zollen: entweder, indem sie ihn ignorieren und sich ihre Strategie deshalb als erfolglos erweist (Stimmenverluste), oder: indem sie auf dieses Spüren der Menschen eingehen, daher selbst authentisch handeln und kommunizieren und ihre Konzepte aus dieser Erkenntnis heraus für politische Verhaltens- und Handlungskonzepte fruchtbar machen.

spw

Politische Kommunikation muss dem nicht-rein-kognitiven Wahrnehmungsanteil des leiblichen Spürens Tribut zollen.

Literatur:

- Adler, Max (1913): Marxistische Probleme, Stuttgart.
Einem, Caspar (1999): Ein neuer Staat befreiter Bürger, Wien.
Junius-Verlag (1981): Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung, Hannover.
Marx, Karl (1988): Ökonomisch-philosophische Manuskripte, 4. veränderte Aufl., Leipzig.
Schmitz, Hermann (1990): System der Philosophie, Bd.IV, Die Person, 2.Aufl., Bonn.
Ders., (1998): System der Philosophie, Bd.V, Die Aufhebung der Gegenwart, 2.Aufl., Bonn.
Ders. (1999): Adolf Hitler in der Geschichte, Bonn.

Der Skandal als Entwertung des Politischen

von Gabriele Behler*

In den 70er Jahren wurde eine im Grunde alte Erkenntnis in der politischen Diskussion popularisiert, wonach auch das Private politisch sei. Die alte Trennung zwischen Privatsphäre und politischer Sphäre wurde in der Folge zunehmend aufgehoben, allerdings nicht im ursprünglich mit dieser These verbundenen emanzipatorischen Sinn. Eigentlich sollte es ja darum gehen, das Geschlechterverhältnis zu politisieren, private Lebensverhältnisse, z. B. die Betreuung von Kindern, durch staatliche Verpflichtungen zu verbessern. Im Ergebnis allerdings führte die Aufhebung der Trennung von Privatem und Politischem zu einer Privatisierung des Politischen.

Wenn das Private zu politisch wird

Die von dem amerikanischen Soziologen Richard Sennett beschriebene „Tyrannei der Intimität“ wurde allerdings nur deshalb möglich, weil die Politik mitspielte. Sie sah dies als Chance, Anhänger zu mobilisieren, sich sozusagen „menschlicher“ zu machen. Als direkte Folge davon wurden Politiker nicht mehr nur in ihrer eigentlichen Rolle und damit in ihrer Verantwortung wahrgenommen, sondern stärker als private Personen, die nett, sympathisch, wie „Du und Ich“ waren.

Der ursprünglich emanzipatorisch gemeinte Satz, wonach auch das Private politisch

Der ursprünglich emanzipatorisch gemeinte Satz, wonach auch das Private politisch sei, ist zum Instrument der Gegenauflärung geworden.

sei, ist letztlich zum Instrument der Gegenauflärung geworden. Auftritte von Politikern mit Familienangehörigen in Unterhaltungssendungen haben mit dazu beigetragen, die Politik und damit das politische System tendenziell zu entwerten. Es wurde im Wortsinn unernst.

Problematisch erscheint dabei auch die Rolle der Medien, die oftmals die notwendige Aufklärungsarbeit nur in der Art und Weise kanalisieren, dass letztlich eben wieder alte Ressentiments bedient werden und nicht ein Interesse des politischen Systems und damit des demokratischen Staates an seiner weiteren Entwicklung. Es scheint fast so, als feierte der Wilhelminismus fröhliche Urständ.

Medienvertreter begründen ihre oft verkürzende und verzerrende Form der Darstellung mit der vermeintlichen Leser- oder Zuschauererwartung. Denen könne man differenzierte Argumentationen nicht zumuten, heißt es da, die Leser, Hörer und Seher nähmen sie den Medien nicht mehr

ab. Ob dies so zutrifft, scheint fraglich. Meines Erachtens hat sich – anders als bis in die Weimarer Republik – in Deutschland inzwischen eine breite Mittelschicht etabliert, die auf Grund des erreichten Bildungsstands differenzier- ten Argumentationen und sachlichen Darstellungen durchaus zugänglich sein müsste. Und wenn dies so zutrifft, dann wäre zunächst einmal die Frage zu stellen, ob es denn wirklich keinen Wettbewerb mehr um journalistische Qualität gibt, ob es tatsächlich nur noch um Einschaltquote und verkaufte Auflage geht?

Deutungsmacht der Medien

Medien berichten ja nicht nur, klären nicht nur auf, entscheiden nicht nur darüber, was berichtenswert ist, Medien entscheiden zunehmend selbst, welche Politik und welche Politiker das Land haben darf. Die Entscheidungen hängen ab von der Sympathie in der schreibenden oder berichtenden Zunft, von dem, was andere schreiben oder senden und letztlich wird beliebig, was als Skandal mit dem Ziel irgendeines Rücktritts bezeichnet wird. Das Koordinatensystem mit klaren Zuordnungen zu dem was richtig und was falsch ist, was moralisch verwerflich und was nicht verwerflich ist, scheint aufgehoben.

Inzwischen scheint bei manchen Medien eine Art Mechanik entstanden zu sein, bei der vorher diese Opfer auch erbracht werden müssen, um die Versöhnung mit dem Götzen der öffentlichen Meinung zu erreichen. Entscheidend ist, dass es auf eine Substanz des tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlverhaltens ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr ankommt. Entscheidend ist nur, ob es als solches dargestellt wird oder werden kann. Bereits 1995 erschien ein umfassender Bericht über die CDU-Finzen. Er wurde seinerzeit nicht zum alle erschütternden Skandal. Warum nicht? Jetzt ist der Skandal in der Politik auf der Agenda der wichtigen Themen obenauf. Egal, ob es ein wirklicher Skandal ist und egal, um was es dabei geht. Eine Behauptung wird aufgestellt, ein Verdacht wird formuliert. Der Betroffene muss ihn zurückweisen und das Gegenteil auf Anhieb belegen. Gelingt das nicht sofort oder nur unvollständig, ist das schon wieder ein Skandal! Wenn diese Entwicklung weiter anhält, wird es bald eine politische „Währung“ des Zurücktretens geben.

Über die Jahrhunderte hinweg gab es einen Wechsel der Deutungsmacht in den jeweiligen Gesellschaften. Während im Mittelalter und in der frühen Neuzeit – trotz aller Auseinandersetzungen mit der weltlichen Seite – die Kirche diese Funktion inne hatte, ging sie nach großen Auseinandersetzungen an die Wissenschaften und damit Intellektuellen über. Mit der Demokratisierung übernahmen Politiker die gesellschaftlichen Deutungen. Sie taten das zum Teil missbräuchlich, man denke an die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts, andere taten das hingegen sehr verantwortungsbewusst.

Die Entwertung der Politik

Nunmehr scheinen wir in einem Zeitalter angekommen zu sein, in dem die Deutungsmacht wieder an andere, an die Medien, übergeht, die aber nicht demokratisch legitimiert sind. Es sei denn, man akzeptierte die Auflagenstärke als ein demokratisches Kriterium, dann wäre dies allerdings endgültig die Herrschaft der Ökonomie über alle Lebensbereiche.

Die Politik macht ihre Entwertung leicht: In der 16 Jahre währenden Ära Kohl wurden letztlich kaum politische Konzepte, die diesen Namen verdienten, entwickelt. Es gab keine Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen, die

* Gabriele Behler, SPD, wohnt in Bielefeld, ist nordrhein-westfälische Schul- und Wissenschaftsministerin und stellvertretende Landesvorsitzende der SPD.

alte Bundesregierung entwickelte in kaum einem Politikfeld wirkliche Modernisierungsstrategien. Deshalb war die politisch-inhaltliche Stagnation der 80er und 90er Jahre eine gute Basis dafür, dass in der Folge immer mehr Unterhaltung, Event-Orientierung oder eben Skandalisierung an die Stelle von Politik treten konnte. Hinzu kommt: Nach den zum Teil dramatischen Ereignissen und wirklich historisch bedeutsamen Entwicklungen durch die Deutsche Einheit ist in die Politik eigentlich schnell der graue Alltag eingekehrt. Und weil die „blühende Landschaften“ nicht so erblühten, wie sie blühen sollten und auch die großen Systemkonflikte hinter die Normalität des Alltags zurücktraten, war die Versuchung groß, gegen das mühselige, unspektakuläre Abarbeiten von Sachfragen den Voyeurismus und das Skandalon zu setzen.

Die Renaissance des Politischen

Letztlich brauchen wir heute eine Schubumkehr, die Renaissance des Politischen. Und vielleicht wird sogar objektiv einmal die Renaissance des Staatlichen wieder notwendig. Wir brauchen die Renaissance des Politischen gewollt von den Eliten und einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft, als den bewusst gewählten Weg. Dafür sind auch die Maßstäbe, die Politiker an sich stellen, zu korrigieren. Diejenigen, die sich persönlich oder aber durch ihre politische Funktion bereichert haben, dürfen nicht salviert werden, weder offen noch verdeckt nach zeitlichen Schamfristen. Auch nicht nach vermeintlichen Wiedergutmachungen. Wenn diese Personen aber auch nach ihrem zuweilen erzwungenen Abtritt letztlich doch immer wieder weich fallen, konterkariert das jeglichen Ehrenkodex der Politik.

Vielleicht noch wichtiger: Wer hindert uns eigentlich daran, in der Regel nur diejenigen als hauptberufliche Politiker aufzustellen, die auch tatsächlich einen Beruf gelernt und berufliche Praxis außerhalb der Politik nachweisen können? Damit wäre ausgeschlossen, dass man über die Politikerkarriere vom Schüler zum Bundeskanzler nur lernt, sich in einem Netz von Abhängigkeiten und Abhängigen zu bewegen mit dem Ziel, derjenige zu sein, der die Abhängigkeiten beherrscht. Mit anderen Worten: Unabhängigkeit für Politiker gibt es für mich nur auf einem

mehr oder weniger erfolgreichen beruflichen Hintergrund. Wer oder was hindert uns eigentlich daran, jegliche Nebentätigkeiten – in wessen Auftrag auch immer – für Politiker zu verbieten? Dann würde vielleicht Klarheit einkehren, die immer gewünscht und gefordert wird, die aber nicht realisierbar erscheint, solange die Einkünfte von Politikern nicht Schritt halten mit Einkünften von anderen beruflich erfolgreichen Personen. Nicht einmal für Schulleiter ist es heute finanziell interessant, Landtagsabgeordnete zu werden.

Die Zumutung der Mündigkeit müsste im Sinne des politischen und gesellschaftlichen Systems in der Politik oberste Priorität haben. Gleiches gilt für Medien. Ist es wirklich nicht vorstellbar, dass sich in einem Wettbewerb um Seriosität auch Medien künftig stärker einem solchen Ziel verpflichtet fühlen? Müssten nicht auch einzelne Journalisten einem Ehrenkodex verpflichtet sein, den sie für Politiker fordern? Der Journalist, der eine Reise (umsonst, versteht sich) macht und dafür einen Artikel über den Flughafen oder Reiseunternehmen verfasst, derjenige, der sich eine Abfindung für möglicherweise gar nicht geleistete Beratung in sechsstelliger Höhe organisiert, oder derjenige, der einen positiven Artikel als Gegenleistung für bestimmte, ihn begünstigende Handlungen von Politik und Verwaltung anbietet, weiß doch genau um den Regelverstoß gegen das journalistische Berufsethos. Hier muss die Frage erlaubt sein, ob es nicht sogar viel mehr als ein Verstoß gegen einen Ehrenkodex ist.

Ob die durch die Finanzaffäre der CDU ausgelöste Krise eine Krise der politischen Repräsentanz weiter Teile des bürgerlichen Lagers ist oder gar sich zur Krise der Parteiensysteme und damit des Staates insgesamt auswächst, ist trotz der relativ guten Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein aus meiner Sicht noch nicht entschieden. Allerdings ist wohl eines klar: Ein einfaches Zurück zur Tagesordnung wird es nicht geben können, ein Zurück zur Politik ist dagegen dringend erforderlich.

spw

Auf eine Substanz des tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlverhaltens kommt es ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr an.



Fritz Vilmar (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik

Kritische Bilanz und humane Alternativen.
trafo Verlag Berlin, 286 S., DM 34.80

Mit diesem neuen Sammelband von Fritz Vilmar wird zum ersten Mal eine umfassende kritische Zehnjahres-Bilanz der Vereinigungspolitik vorgelegt: Für alle, die es nicht ertragen können, dass das verfllossene Jahrzehnt schön geredet wird und die z.T. katastrophalen Fehlleistungen als „unabänderlich“ verharmlost werden. Daher werden auch realistische, humane Alternativen vorgestellt. In diesem Band wird die grundlegende Kritik des Autors und Herausgebers („Kolonialisierung der DDR“, 1995) aktualisiert und präzisiert. Er zeichnet sich aus durch Beiträge prominenter kritischer Autoren wie Daniela Dahn, Ulrich Busch, Rolf Reißig, Edelbert Richter und Klaus Steinitz.

ISBN 3-89626-221-1. Zu bestellen über jede Buchhandlung oder direkt beim trafo-Verlag, Finkenstr. 8, 12621 Berlin. Wissenschaftlich Tätige fordern Ansichtsexemplare an: Büro Prof. Vilmar, Fax 030-23626995

Abschied von der egalitären Bürgergesellschaft?

Zur geistigen Verfassung der „Generation Berlin“

von Hauke Brunkhorst*

Als der von der Schröder-Administration auf einen ebenso ehrenvollen wie einflußlosen Botschafterposten abgeschobene Chef des sozialdemokratischen Arbeitnehmerflügels, der damalige Bundestagsabgeordnete Dressler von einem Reporter gefragt wurde, ob wir uns die großmütige Alimentierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den harten Zeiten des globalen Wettbewerbs noch leisten könnten, antwortete Dressler, Sozialstaatsleistungen seien keine Almosen, sondern ein Recht, das jedem einzelnen in dieser Gesellschaft zustünde. Die Schwachen und Marginalisierten sind im Sozialstaat keine Hilfsobjekte, sondern Rechtssubjekte.

Verfassungsprinzipien

Individuelle Rechte bilden zusammen mit dem Demokratieprinzip den Kern unserer Verfassung. Ohne persönliche Rechte keine Demokratie und ohne Demokratie keine Menschen- und Bürgerrechte, die mehr wert wären als das Papier, auf dem sie stehen. Persönliche soziale Rechte, auf die ein einklagbarer Anspruch besteht, haben im demokratischen Verfassungsstaat, wie Luhmann schreibt, einzig und allein die Funktion, die Demokratie zu „realisieren“ (Luhmann 1981, S. 27). Beim Realisieren ist freilich die Demokratie durch einen immer bürokratischer gewordenen Sozialstaat, der seine Klienten als souveränes Volk zu entmündigen droht, arg ramponiert worden.

Das aber ändert noch nichts an der Richtigkeit des Verfassungsprinzips, das den Sozialstaat zum Diener und Instrument der Demokratie macht, und nicht etwa umgekehrt die demokratische Freiheit in den Dienst substanzieller Gerechtigkeit, der dann auch durch etwas anderes als die Demokratie versehen werden könnte, zurückverwandelt. Daran hat Dressler mit seinem Hinweis auf den menschenrechtlichen Charakter des Sozialstaats erinnert. Soziale Rechte sollen sicherstellen, daß auch diejenigen als Mitglieder des Souveräns behandelt werden, die ihre politischen Rechte als Kranke und Behinderte nicht aktiv aus-

Die Schwachen und Marginalisierten sind im Sozialstaat keine Hilfsobjekte, sondern Rechtssubjekte.

üben können, für die sie aufgrund drückender Not jeden Wert verloren haben, die als nichtdeutsche Inländer hier leben, aber deutschem Recht unterworfen sind und was der Fälle mehr sind (vgl. Müller 1997).

Ein neues altes Staatsverständnis

Auch der Journalist Jan Ross, der ein beachtliches konservatives Buch über die heute weltweit triumphierenden, neoliberalen „Staatsfeinde“ geschrieben hat, möchte – da trifft er sich mit dem Papst, Dressler und der Sozialdemokratie – die Schwachen und Ausgestoßenen, die Wohnungslosen und die Katastrophenopfer vor dem Zugriff übermächtiger Privatinteressen schützen. Deshalb plädiert er, wie Schröder, Blair und die sozialdemokratische „Generation Berlin“, für einen starken, „handlungsfähigen“ Staat. Im ersten Heft der „Berliner Republik“ – publizistischer Arm der neuen SPD der Mitte – haben die Herausgeber, da sie sich selbst offenbar keinen staatstheoretischen Gedanken mehr zutrauen, das Heft mit einer „Nachrede“ von Jan Ross „auf Oskars Welt“ eröffnet.

Mit dem dritten Weg des Schröder-Blair-Papiers soll der Abschied von „Hedonismus und Kapitalismuskritik“ vollzogen, der SPD alles „Linke“ und „Rote“ ausgetrieben, der Wohlfahrtsstaat durch den sparsamen, aber starken Staat, der Opfer verlangen und auch durchsetzen kann und will, abgelöst werden. Weniger von Rechten und mehr von „Pflichten“ soll, da kam der Kosovokrieg gerade recht, im kommenden Europa des dritten Wegs „jenseits von links und rechts“ (Tony Giddens) die Rede sein. Im Überbau tummeln sich die schönen Blairschen Floskeln von der „Selbstverantwortungsgesellschaft“, Etzionis mainstream-Kommunitarismus guter Nachbarschaft, Normalität und „Sonntagsbraten“ (Susanne Gaschke) und *last not least* die „traditionellen sozialdemokratischen Tugenden“ (Ross), und zu den letzteren gehört – liest man Nostalgiker der ganz alten Sozialdemokratie wie die Witwe Brandt oder den Redakteur Fuhr – vor allem ein gesunder Nationalismus, Modell Schumacher. Im Unterbau der Macht ist dann aber Schluß mit lustig und „ein neuer, härterer Klang des Wortes „Staat“ wird angeschlagen (Ross 1999, S. 4f).

Was ist das für ein Staat? Ist es noch Dresslers Sozialstaat, in dem sich Menschenrechte und Volkssouveränität nicht auseinanderdefinieren lassen? – Nein, es ist ganz offensichtlich ein anderer Staat, der von einem ganz anderen Verständnis von Grundrechten ausgeht als der Staat des Sozialdemokraten Dressler. Andernorts gibt Ross, neben dem Soziologen Heinz Bude und dem von links nach rechts und von der taz zur ZEIT gewanderten Alarmismusalarmisten Klaus Hartung die markanteste intellektuelle Leitfigur der „Generation Berlin“, preis, was er unter dem neuen, härten Klang des Wortes „Staat“ versteht. So findet sich in einem Merkur-Aufsatz ein hilfreicher Hinweis auf Ernst Forsthoffs „hellsichtigste Ehrenrettung des Staates“ in dessen Spätwerk von 1971, „Der Staat in der Industriegesellschaft“ (Ross 1997, S. 93-104). Das Buch hat gute Chancen, zur Fibel neusozialdemokratischer Regierlehre zu avancieren.

Staatstheorie im Geiste Carl Schmitts

Forsthoffs Staat ist die tragende Substanz im auf und ab seiner Formen und die Demokratie allenfalls eine seiner wechselnden Akzidenzen. Die Demokratie ist für Forsthoff ohnehin als Staat nicht satisfaktionsfähig, ist sie ihm doch nur der verfaßte Aspekt der anarchistischen Gesellschaft, nur eins von vielen Mitteln, um deren Anarchismus Herr zu werden. (Forsthoff 1971, S. 25). Das Selbstverständnis ei-

* Hauke Brunkhorst, Professor für Soziologie an der Universität Flensburg. Zuletzt erschienen: Hannah Arendt, München 1999; Herausgegeben: Recht auf Menschenrechte (zus. mit M. Lutz-Bachmann, W. Köhler), Frankfurt 1999; Das Recht der Republik (zus. mit P. Niesen), Frankfurt 1999; Demokratischer Experimentalismus, Frankfurt 1999; Demokratie und Globalisierung (zus. mit M. Kettner), Frankfurt 2000.

nes Staates dürfe sich, so argumentiert der Exfaschist und Musterschüler Carl Schmitts 1971, nicht darin erschöpfen, „perfekter Rechtsstaat zu sein“. Er müsse als wahrer Souverän „die Rechtsstaatlichkeit“ eher wie ein dünnes „Gewand“ oder einen leichten „Mantel“, „der die Staatlichkeit umkleidet“, tragen, der aber jederzeit abgelegt werden kann, um die Substanz im Ernstfall nackt zu zeigen, – als „reale, souveräne Macht“ (S. 46f., S. 71). Eine „Staatsgenossenschaft“ ist mehr und „etwas anderes“, nämlich eine höhere und heiligere „Autorität“ als die profane Rechtsgenossenschaft (S. 55, 105). Nur „dort, wo Regierung und Verwaltung in (...) Eigenständigkeit“ gegenüber dem „rechtsstaatlichen Normativsystem“ und „ohne den Vollzugsbefehl des Gesetzes auftreten, sind sie ‚der Staat‘ und nichts weiter.“ (S. 105) Das, nichts anderes, ist der härtere Klang des Wortes „Staat“, den junge Sozialdemokraten sich heute offenbar zu eigen machen wollen.

Der Witz des Arguments, das die konservative, zutiefst antidemokratische deutsche Staatsrechtslehre vom kaisertreuen Positivismus Paul Labands über den faschistischen Antipositivismus Carl Schmitts bis zur Rechtsprechung noch des Bundesverfassungsgerichts in immer neuen Varianten verbreitet hat, besteht darin, die Exekutive oder irgendeine politisch-juristische Elite, die nicht mit der Volkslegislative identisch ist, zum eigentlichen Souverän zu küren. Der härtere Klang der Staatsautorität tönt an der Grenze, die Staatssouveränität von der Souveränität des Volkes scheidet. Eine Gefahr des Totalitarismus sieht Forsthoff deshalb – ganz in Übereinstimmung mit den von ihm und Schmitt vor und nach 1933 vertretenen Lehren – „nicht beim Staat, sondern nur beim Volk“ (S. 54).

Gestützt wird dieses – „Faschismuskeule“ hin, „Faschismuskeule“ her – doch wohl autoritäre Staatskonzept durch Carl Schmitts demokratiefeindliche Grundrechtstheorie, nach der Grundrechte ihre staatstragende Substanz in den so genannten „institutionellen Garantien“ haben. Die institutionellen Garantien der Ehe und Familie, des christlichen Religionsunterrichts und der Sonntagsruhe, des Berufsbeamtenwesens usw. sollen im Zweifelsfall Trümpfe sein, die gegen individuelle Rechte stechen. Zum Beispiel: Christenkreuze in der Klasse haben als Institution höheren Verfassungsrang als das individuelle Recht auf Religionsfreiheit. Denkbar wäre auch: Solange die Ausübung der besondere Gewalt des Familienvaters den friedlichen Genuß des Sonntagsbratens und das Institut der Ehe sichert, kann die gezüchtigte Gattin sich auf *ihre* Rechte nicht mehr berufen. Das paßt zu Hegel, aber kaum zum Grundgesetz. Wenn es Kopf auf Spitze steht, soll der Selbsterhaltungsimperativ sittlicher Staatsverhältnisse subjektive öffentliche Rechte ausstechen.

Die Lehre von den institutionellen Garantien ist der amerikanischen Verfassungstheorie Ronald Dworkins von den Rechten als Trümpfen in der Hand des Individuums ebenso diametral entgegengesetzt wie dem eingangs zitierten, demokratischen Sozialstaatsverständnis des langjährigen Bonner Abgeordneten Dressler, aber es entspricht sehr genau der schlechten deutschen Tradition eines – auch Sozialdemokraten nicht immer fremden – mal sanften (Adenauer), mal strengen (Bismarck) Staatspaternalismus, oder um es in den Worten des neuen sozialdemokratischen Vordenkers Ross zu sagen: der „Staat als Patron“ der „Lebensordnungen und Institutionen“ (Ross 1997, S.99). Muß man noch daran erinnern, daß es diese Grundrechtstheorie Schmitts war, auf die das deutsche Staatsrecht sich Anno '33 berufen hat, um die individuellen Rechte durch institutionelle Garantien zu ersetzen, die dann

der „unbegrenzten Auslegung“ (Bernd Rüthers) durch die Nazirichter offenstanden?

Keine Gesellschaft – nur Generationen?

Nur allzu gut in dieses Bild paßt der naturalistisch-integrative Rückgriff auf den Generationenbegriff. Dieser Begriff, der derzeit nicht nur bei den allzu selbstinteressierten Aktivisten der „Generation Berlin“, zu deren Ehrenmitgliedern inzwischen sogar der rechtskonservative Publizist Arnulf Baring aufgerückt ist, immer beliebter wird, hat von Haus aus eine reaktionäre Schlagseite. Reale politische und soziale Differenzen werden zugunsten des neuen Einheitsmythos der Generation wegkonstruiert. Plötzlich sitzen alle im gleichen Boot der „Nachkriegsgeneration“, die, letztlich am selben Strang ziehend, die Bundesrepublik an die westliche Demokratie herangerückt hat. Befürworter wie Gegner der Wiederbewaffnung, Linke und Rechte, Gewerkschafter und Unternehmer, Strauß und Augstein, Habermas und Lübke, Ernst Forsthoff und Fritz Bauer, alles dieselbe Generation, das konstituiert ihre Einheit. Nicht anders bei der „Generation Berlin“. Es gibt – wie einst bei Maggie Thatcher – keine Gesellschaft mehr, nur noch Generation.

Die Klassengegensätze sind im postmodernen Nebel ohnehin nicht mehr sichtbar, und es schickt sich nicht, bei Sonntagsbraten und Sonntagsregen über die aus unsern wohlbestallten Funktionssystemen hier und anderswo Ausgeschlossenen zu reden. Besser, man versucht, Hundt und Henkel mit cleverer Rhetorik – was zählen schon Interessen – zu „verleiten, etwas zu tun, was sie sonst nicht getan hätten“ (Bude). Nichts wie weg mit der alten, abgewirtschafteten Sozialdemokratie und ihrem Gewerkschafts-, Parteien- und Verbändestaat. Vor „Sozialstaatsillusionen“ warnen Konservative derzeit vereint mit denen, die das Schlagwort als dogmatisch-orthodoxe Leninisten in den 70-er Jahren in Umlauf gebracht haben.

Populismus des Unpopulären

Aber welche Staatsidee soll an die Stelle des demokratischen Sozial-, Parteien- und Verbändestaats treten? Einen neuen, von verantwortlichen Eliten gesteuerten „Populismus des Unpopulären“ und „regierungsunmittelbare“ Herrschaftsausübung, wie sie in Biedenkopfs Zwergstaat schon an der Tagesordnung ist, schlagen uns die ZEIT-Redakteure Ross und Hartung vor. In schwieriger Lage komme es darauf an, daß die neue Führung notfalls auch gegen ihr Mandat entscheide. Eigentliche Legitimationquelle solcher Entscheidungen wäre immer weniger die juristischen Bevollmächtigung durch Volk und Parlament, sondern mehr und mehr eine diffuse, „regierungsunmittelbare“ Popularität und eine von der Exekutive frei ausgelegte, vermeintlich überlegale Verfassungssubstanz – Carl Schmitts „positive Verfassung“ im Unterschied zum „Verfassungsgesetz“.

Regierungschefs, die im Zweifel bereit sind, die „Stunde der Exekutive“ (Klaus Hartung) schlagen zu lassen und den Buchstaben dem Geist der Verfassung zu opfern, wüchse die Rolle von Macchiavellis *principe nuovo* zu, der in schwieriger Zeit, wenn der kalte Wind der Globalisierung durchs Land fegt, die immer rascher wechselnden Gelegenheiten (*occasione*) beherzt beim Schopfe packt. Was daran irritiert, ist nicht so sehr, daß nun alles von der Qualität des Führungspersonals abhängt, sondern die stillsch-

Mit dem dritten Weg des Schröder-Blair-Papiers soll der Abschied von „Hedonismus und Kapitalismuskritik“ vollzogen werden.

schweigende Preisgabe des Modells demokratischer Repräsentation.

Bei der modernen Repräsentationidee geht es nämlich gerade nicht, wie Schmitt und Forsthoff glaubten, darum, wer eine als Staatsapriori vorgegebene politische Einheit repräsentieren, sondern nur noch darum, wer sie überhaupt erst erzeugen soll. (Vgl. Kraft-Fuchs 1930, S. 522) Auf die alteuropäische, substanzialistische Frage nach dem richtigen Repräsentanten gab es immer nur die Antwort: der Beste, mochte das Kriterium nun das blaue Blut, die

Bei demokratischer Repräsentation geht es um die beste Methode, das „Ausgehen der Staatsgewalt vom Volke juristisch zu garantieren“.

tugendhafte Tüchtigkeit oder die souveräne Beherrschung des Ausnahmezustands („Stunde der Exekutive“) sein. Schon an der Fragestellung scheiden sich die Geister. Im ersten Fall – wer soll repräsentieren? – kann der Repräsentant

des Ganzen nur eine Elite, ein besonders qualifizierter Teil sein, der für das Ganze – *pars pro toto* – handelt. Aber nur im andern Fall – wer soll den Repräsentanten erzeugen? – ist demokratische Bevollmächtigung, die vom Volk ausgeht und durch das Volk – „by the people, through the people“ (Lincoln) – ausgeübt wird, überhaupt denkbar. Bei demokratischer Repräsentation geht es nicht – wie in der Schule oder bei einem Job in der Wirtschaft – um die Auslese der Besten, sondern um die beste Methode, das „Ausgehen der Staatsgewalt vom Volke juristisch zu garantieren“ (Heller 1971, S. 98).

Der Sinn der Verfassung ist *nicht*, wie die, auch noch in der Verfassungsinterpretation der Bonner Republik höchst einflußreiche, Schmitt-Schule immer behauptet hat, die Volksmacht einzuschränken, sondern allein ihre unverkürzte Realisierung zu ermöglichen. Demokratische Verfassungen wie das Grundgesetz haben – in ihrem Organisations- teil (Wahlmodalitäten, Parlamentarismus, Stellung und Teilung der Gewalten, Staatsbürgerschaft usw.) sowieso, aber auch in ihrem Grund- und Menschenrechtsteil – nur den einen *normativen* Zweck, die Souveränität des Volkes so zu verwirklichen, daß niemand ausgeschlossen und – soweit das irgend möglich ist (z.B. bei dauerhaft ansässigen Ausländern) – jede gesetzunterworfenen Person an der Gesetzgebung direkt oder durch Repräsentanten beteiligt wird. Daran sollten sich Sozialdemokraten gelegentlich erinnern, statt jungkonservativ von der Stunde der Exekutive zu schwärmen und die Volkssouveränität der des Staates zu opfern.

spw

Literatur:

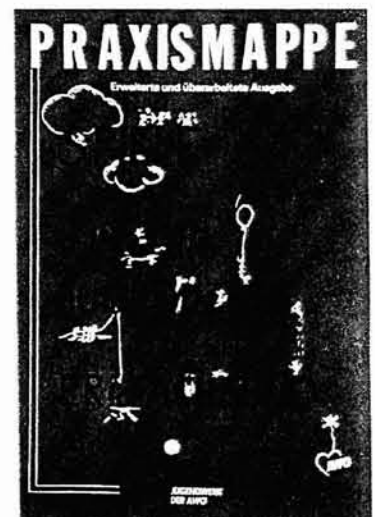
Ernst Forsthoff, Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971
 Hermann Heller, Die Souveränität, in: Gesammelte Schriften, Leiden 1971
 Margit Kraft-Fuchs, „Prinzipielle Bemerkungen zu Carl Schmitts Verfassungslehre“, in: Zeitschrift für öffentliches Recht, Bd. IX, 1930
 Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981
 Friedrich Müller, Wer ist das Volk?, Die Grundfrage der Demokratie – Elemente einer Verfassungstheorie VI, Berlin 1997
 Jan Ross, „Nachrede auf Oskars Welt“, in: Berliner Republik 1/1999
 ders., „Staatsfeindschaft. Anmerkungen zum neuen Vulgärliberalismus“, in: Merkur 2/1997

Praxismappe

Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene



Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9–25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,— DM plus Versandkosten.



Hiermit bestelle(n) ich/wir

Publikation(en) zum Preis

von 23,— DM plus Versandkosten.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ / Wohnort _____

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn.



„Person, Programm und Performance gehören zusammen“

Über Populismus und moderne Politik in der Mediengesellschaft

Interview mit Matthias Machnig*

spw: Lieber Matthias, wir wollen mit Dir nicht nur als ausgewiesenen Wahlkampfstrategen sprechen, sondern auch, weil Du Anfang der 90er Jahre Mitglied der spw-Redaktion warst und die Diskussionen um Demokratie und Parteireform mitgeführt hast. Was waren für Dich seit dem die wichtigsten Veränderungen?

Machnig: Seit 1989 gibt es eine Entmythologisierung der Politik. Die klassischen Scheidelinien, rechts-links, sozialistisch-kommunistisch usw. sind in Unordnung geraten oder spielen praktisch keine Rolle mehr. Und die politischen Mythen, die bis in die 80er, 90er Jahre hinein unser politisches Denken beherrscht haben, verblasen.

Die großen Parteien haben heute ein Stammwählerpotenzial von nur noch 20-22%. Alles andere sind dann stärker oder schwach gebundene Wählergruppen, die Politik an Erfolgen messen, nicht mehr alleine an Wertorientierungen wie in den 70er Jahre. Ich bin auf Grund von bestimmten Wertorientierungen in die SPD gegangen. Heute wächst eine Generation heran, die einen sehr viel funktionaleren Zugang zur Politik hat.

Trotz dieser Veränderung besteht weiterhin ein Missverständnis der politischen Linken, auch in der SPD, was die Frage von Kommunikationsfähigkeit in der Mediengesellschaft angeht. Ich glaube, die politische Linke ist da zu puristisch und nimmt bestimmte Entwicklungen in der modernen Mediengesellschaft nicht zur Kenntnis.

Wie kann es gelingen, in einer modernen Mediendemokratie politische Themen so aufzubereiten und zuzuspitzen, dass sie für breitere Teile der Bevölkerung mentalitätsbildend werden, dass sie Orientierung geben in schwierigen Umbruchphasen. Das ist mein Kernanliegen. Wir wenden aber viel zu wenig Zeit auf, um uns diesen Fragen zu stellen.“

Wahlkampf als demokratischer Diskurs?

spw: „Wie siehst Du eine solche Strategie in Abgrenzung zum Populismus.“

Machnig: „Ein demokratischer Diskurs muss drei Elemente miteinander verbinden: Person, Programm und Performance. Diese Elemente müssen aufeinander bezogen werden. Programm und Kommunikation müssen aufein-

ander bezogen werden. Eine Wahlkampagne kann nur dann erfolgreich sein.

spw: Ihr habt euch im Bundestagswahlkampf ja den Vorwurf eingefangen, dass ihr den Aspekt zu sehr auf die Performance und auf die Person legt, und dass das dritte Element, die Programmatik, doch arg in den Hintergrund gerät.

Machnig: Ich bestreite das vehement! Es gibt heute eine umfangliche Literatur zur Auswertung der Bundestagswahlkampagne. Zum Beispiel ein ausführliches Buch von Frau Nölle-Neumann, die ausdrücklich darauf hinweist, dass 1998 ein erheblicher Politisierungsschub stattgefunden hat. Es ist der SPD gelungen, ihre zentralen Themen – Arbeit, Innovation, Gerechtigkeit – in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu rücken. Es ist ihr gelungen, die Kommunikation in der Gesellschaft auf diese Fragen zu konzentrieren, und zwar nicht nur in der Großkommunikation der Parteien über Printmedien, über elektronische Medien, sondern auch in der Alltagskommunikation durchzusetzen.

Die Bundestagswahlkampagne 1998 ist aus meiner Sicht gerade ein Gegenbeweis dafür, dass es zu einer Entpolitisierung gekommen ist. Das war eine wesentliche Grundlage dafür, dass wir am 27.09.98 einen so deutlichen Wahlsieg erzielen konnten.

spw: Nun ist es ein Wesenszug der Kommunikation, dass sie in beide Richtungen geht.

Machnig: Wir haben mit Gerhard Schröder in der Bundestagswahlkampagne eine Reihe von sechs öffentlichen Foren gemacht, wo wir ganz bewusst unser Programm zur Debatte gestellt haben. Wir haben öffentlich diskutiert mit einer Vielzahl von Experten – aus der Wirtschaft, aus Gewerkschaften, aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Und zwar auch zu schwierigen strittigen Fragen. Die SPD hat ja 1998 nicht nur eine „top-down“-Kampagne gemacht, sondern in dieser Kampagne gab es viele Diskurselemente. Und diese Diskurselemente haben immer Exper-

Die politischen Mythen, die bis in die 80er, 90er Jahre hinein, unser politisches Denken beherrscht haben, verblasen.

* Matthias Machnig, Soziologe, war in den 1980er Jahren Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Westliches Westfalen und 1990-1992 Mitglied der spw-Redaktion, seit 1999 SPD-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter der NRW SPD. Das Interview führten Reinhold Rünker und Barbara König.

ten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eingeschlossen. Und das war wichtig, um deutlich zu machen, dass wir programmatisch den konservativen Kurs beenden und andere Akzente in der Innenpolitik setzen können.

In NRW haben wir 450 Veranstaltungen zwischen Mitte März und Mitte Mai durchgeführt. So viele Veranstaltungen hat es in einem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen noch nie gegeben. Und wir setzen auf ganz alte Wahlkampftechniken, z. B. den persönlichen Dialog. Wir setzen auf Präsenz in den Städten. Wir setzen auf Hausbesuche. Wir setzen auf intelligente Medien und Begegnungen.

Wahlkampf in NRW

spw: Aber ist das nicht die der besonders geschickte Versuch eines Medienwahlkampfes, dass man eine Vielzahl von events anbietet, die doch nur Monologveranstaltungen sind?

Machnig: Ich kenne keine Partei, die, nachdem sie am 24. Januar 2000 ein Landeswahlprogramm beschlossen hat, sechs Veranstaltungen gemacht hat, in denen dieses

Wahlprogramm öffentlich zur Debatte gestellt worden ist. Die Veranstaltungsserie hieß „Dialog 21“ – und war auch so gemeint. Dieser Landtagswahlkampf war für mich so angelegt, in Nordrhein-Westfalen eine Zukunftsdebatte zu führen.

Wie kann es gelingen politische Themen so zuzuspitzen, dass sie Orientierung geben in schwierigen Umbruchphasen.

Was sind eigentlich die Perspektiven dieses Landes in den nächsten fünf Jahren? Was sind die Kernprojekte der Sozialdemokratie?

Und ich sage noch mal: Alle Elemente sind dabei wichtig. Plakatierung genauso wie die Veranstaltung vor Ort. Jedes Element hat dort seinen Platz. Und alle Elemente sind ein Beitrag dafür, dass wir in diesem Land Platz für politische Debatten schaffen, dass Parteien wieder Platz haben in einer Mediengesellschaft, in der der Platz von Parteien umkämpft ist, wo Parteien keinen natürlichen Ort mehr haben, ihre Programme wirklich zu präsentieren.

spw: Mein Eindruck war aber, dass bei den Dialogveranstaltungen immer nur mit vorgeblichen Experten gere-

det wurde. Die Idee der Moderne war aber auch der Eintritt der Massen in Politik. In den letzten 20 Jahren wird Politik aber immer stärker fokussiert auf eine einzelne Person, die dann im Gespräch mit Expertinnen und Experten – meistens die männliche Form – suggeriert: Wir lösen die Probleme. Und gegenüber der Masse wird das nur noch verkauft. Die Performance wird lediglich verbessert. Aber die tatsächliche Beteiligung, das Gespräch, die Auseinandersetzung, der Diskurs, der Konflikt auch *auf der Straße*, der wird dann nach dem Motto *die Karavane zieht weiter* abgetan.

Machnig: Nein. Ich bestreite das. Ich bin dafür, dass man sehr realistisch die heutige Kommunikationslandschaft anschaut. In allen westlichen Ländern gibt es eine Informationspyramide, die ich wie folgt beschreiben will: 1% Entscheidungsträger, 10% hochpolitisch Interessierte, 15% politisch Interessierte und halbwegs gut informiert. Und der übergroße Rest hat keinen tieferen Zugang zur Politik. Dies müssen wir berücksichtigen, wenn wir über politische Kommunikation sprechen.

Mir geht es darum, möglichst viele Menschen zu beteiligen. Nur, ich muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die Anspracheformen heute zu Beginn des 21. Jahrhunderts völlig andere sind als zum Beispiel Anfang der 1980er Jahre oder Anfang der 1970er Jahre. Die politische Linke hat auf diesem Feld Nachholbedarf, weil sie immer noch von den klassischen Formen der politischen Kommunikation ausgeht. Großdemonstrationen, Großorganisationen und einen Zugang zu politischen Prozessen und Debatten.

Moderne Kommunikationsstrategien

spw: Was ist eine moderne Kommunikationsstrategie?

Machnig: Wir wollen die erste Online-Partei in Deutschland werden: Das Ziel ist, in den nächsten Jahren alle wichtigen Ebenen der Partei zu vernetzen, bis auf die Ortsvereinsebene. Mit dem Internet erreichen wir eine schnellere Information der eigenen Mitgliedschaft, auch der Öffentlichkeit. Letztlich ist das auch ein Element der Rückgewinnung von Deutungshoheit über bestimmte politische Diskurse. Über das Internet entwickeln wir eine ganz andere Form von direkter Kommunikation, in die Partei wie in die Öffentlichkeit hinein, die politische Debatte, die politische Kultur in diesem Land verändern wird.

spw: „Du bist sicher, dass politische Kommunikation über das Medium Internet erfolgreich sein kann?“

Machnig: „Aktuell haben wir natürlich ein Problem: Wir erreichen v.a. junge, gut ausgebildete Männer. Wir erreichen jetzt wenige junge Mädchen, wir erreichen nicht die klassischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir erreichen viele andere Zielgruppen auf diesem Wege noch nicht.“

Ich war gerade in den USA und habe mir sowohl im Rahmen der Gore-Kampagne wie der Bradley-Kampagne angeschaut, wie das Internet dort genutzt wird. 54% aller Amerikanerinnen und Amerikaner haben heute bereits einen Internetzugang. Und zwar nicht nur über den beruflichen, sondern auch über den privaten Kontext. Und dort kann ich Internet in ganz anderer Form nutzen. Zum Beispiel zur Rekrutierung von Freiwilligen. Einige Tausend haben sich bei Bradley übers Internet gemeldet, um zu sagen: Ich will mal in deiner Kampagne mitmachen. Es ist auch genutzt worden, weil eMail die billigste Form von direkter Kommunikation ist. Mit Millionen von Mails wurden Wählerinnen und Wähler angesprochen.“



spw: Aber was ist mit den vielen anderen, die auch künftig keinen Internetzugang besitzen, die nicht zu „Dialog-21“-Veranstaltungen eingeladen werden, die aber gleichwohl für sozialdemokratische Politik – oder überhaupt für Politik – unabdingbar sind, weil sie ja immer noch die Masse der Wählerinnen und Wähler stellen?

Machnig: Also ich sage noch mal: Wir brauchen die gesamte Bandbreite von Anspracheformen. Aber das Wichtigste ist, dass die Parteien das zurückgewinnen, was ihnen im Moment am stärksten abgesprochen wird, nämlich die Glaubwürdigkeit. Wählerinnen und Wähler sind viel klüger, als an vielen Stellen unterstellt wird. Sie erkennen, wenn es Brüche gibt zwischen der Person, dem Programm und dem Auftritt. Und deswegen kann ich nur davor warnen: Eine Modernisierung des Auftritts ohne eine entsprechende Modernität meines Programms, ohne Modernität der Arbeitsformen, ohne Aufgeschlossenheit und Diskursfähigkeit kann nicht aufgehen.

Lösungen statt Konflikte

spw: Wenn ich Dich richtig verstehe, willst Du keine populistische, sondern eher eine populäre Politikkonzeption entwickeln.

Machnig: Nein, ich bin auch nicht für eine populäre Politikkonzeption. Ich weiß, wie schwierig Sachfragen sind. Das sind komplexe Probleme. Ich plädiere da nicht für eine populäre Politikkonstruktion. Ich sage nur: Wir müssen die Populärkultur, die es gibt in dieser Gesellschaft, und in der eine Vielzahl der Menschen lebt, ernst nehmen. Politik muss sich der Anstrengung unterziehen, komplexe Sachverhalte so aufzubereiten, dass Menschen sie begreifen können.

spw: Was ist denn das spezifische Sozialdemokratische, weshalb Leute die SPD wählen, außer, dass sie es eben professioneller verkaufen...

Machnig: Nein, nicht verkaufen.

spw: Sondern?

Machnig: Es geht um die Frage, welche Partei wirklich in der Lage ist, Probleme dieser Gesellschaft anzufassen und zu lösen, oder wenigstens Lösungskorridore zu entwickeln. Das ist die Kernfrage. Die Sozialdemokratie kann in den nächsten zehn Jahren des neuen Jahrtausends Folgendes für sich entwickeln: Dass wir Wirtschaftskompetenz und Gerechtigkeitskompetenz miteinander verbinden. Wenn das gelingt, dann haben wir die Chancen eine sozialdemokratische Epoche einzuleiten.

spw: Kannst Du das präzisieren? Es scheint uns doch eher so zu sein, dass die Wirtschaftskompetenz auf Kosten des Zieles der Gerechtigkeit gestärkt wird.

Machnig: Das sehe ich nicht so. Die Sozialdemokratie hat sich bislang vor allem als Gerechtigkeitspartei gesehen, ohne aber die Gerechtigkeitsfragen systematisch bezogen auf wirtschaftspolitische Fragestellungen zu beziehen.

Wie gehen wir um mit den Globalisierungsfragen, wo es zu Unternehmenszusammenschlüssen kommt, und wo Menschen in den Betrieben häufig die Erfahrung machen, dass Synergien nur ein Ziel haben, nämlich Arbeitsplatzabbau zu betreiben. Wie schaffen wir es, Mitbestimmungsrechte in einem solchen Kontext zu sichern. Wie schaffen wir es, auch angesichts solcher Entwicklungen neue Beschäftigungsfelder zu organisieren. Wie schaffen wir es, dass Menschen verstärkt Zugänge haben zu Bereichen wie Bildung und persönlichen Entwicklungschancen. Wie schaffen wir es, den Sozialstaat modern zu interpretieren. Der Sozialstaat darf ja nicht nur ein Transferstaat sein, son-

dern er muss mehr sein. Ein Sozialstaat muss auch ein Chancen- und Qualifikationsstaat sein. Dazu müssen wir etwa im Bereich der Ausbildung, der Qualifizierung entsprechende Akzente setzen.

spw: Wie siehst Du vor diesem Hintergrund die Bilanz der Bundesregierung?

Machnig: Wir können 2002 bei ca. drei Millionen Arbeitslose liegen. Wir hätten dann innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosigkeit um eine Million reduziert. Wir haben bereits einen Beitrag dazu geleistet, dass Jugendliche wieder in eine Ausbildung kommen. Interessant ist aber: Wir wissen aus einer Reihe von Untersuchungen, dass JUMP von Jugendlichen lediglich als ein Instrument des Arbeitsamtes angesehen wird. Es gibt hier eine Entkoppelung in der Wahrnehmung der politischen Entscheidungen und deren Umsetzung.

Probleme politischer Kommunikation

spw: Ist das wirklich ein Problem der politischen Kommunikation, oder liegt das nicht auch daran, dass Politik daher kommt nach dem Motto: *Eigentlich machen wir nichts, sondern motivieren die Wirtschaft, denn wenn man guten Willens ist...*

Machnig: Nein-nei-nei-nein...

spw: ...dann kriegt man das schon hin! Das ist zumindest der Gestus, der aus dem Kanzleramt kommt.

spw: Wir sind offensichtlich bislang nicht ausreichend in der Lage, eine Kommunikation zu entwickeln, mit der wir die Effekte unserer Politik erkennbar machen. Wir müssen deutlich machen, dass unsere Politik auch unter schwierigen Bedingungen der Haushaltskonsolidierung einen Beitrag leistet zum sozialen Ausgleich. Oder auch am Beispiel der Steuerreform: Wenn wir das, was wir angekündigt haben, auch wirklich umgesetzt haben, nämlich kleinere und mittlere Einkommen wirklich zu entlasten. Das ist ein Einstieg in eine andere Logik der Politik nach sechzehn Jahren Kohl. Und wenn wir diesen Weg: Haushaltskonsolidierung, Steuerentlastung, positiver Entwicklung der Konjunktur, in den nächsten Jahren weiterverfolgen, schaffen wir Investitionskorridore, schaffen wir auch Verteilungskorridore in erheblichem Umfang.

Wir müssen als SPD geduldiger mit uns selber sein. Viele wollten zuviel, und das war ein Problem des ersten Regierungsjahres.

spw: Kann es nicht auch sein, dass das Problem der Kommunikation damit zu tun hat, dass man nicht auch Konflikte stärker transparent macht?

Machnig: Ich kenne diesen Vorwurf. Ich kann nur sagen: Es ist nicht so. Also zum Beispiel: Steuerreform. Natürlich hat es da einen massiven Konflikt gegeben mit den Energieerzeugern und der Versicherungsbranche, weil ein Großteil der Refinanzierung gerade über diese Sektoren wieder heringeholt wurden.

spw: Dafür haben die Finanzunternehmen ja ein Bonbon bekommen, weil sie ihre Beteiligungsanteile nun steuerfrei veräußern dürfen."

Machnig: „Das hat ganz andere Gründe. Ich kann nicht erkennen, warum es Sinn macht, wenn Unternehmen in großem Umfang Beteiligungen halten, die keine Zukunftsunternehmen sind. Sie bekommen nun Kapital frei für neue Investitionen in Zukunftsbranchen. Und vor diesem Hintergrund halte ich das für sinnvoll.“

Wir müssen die Populärkultur, die es gibt in dieser Gesellschaft, und in der eine Vielzahl der Menschen lebt, ernst nehmen

Aber zurück zu den Konflikten: Die Leute sind viel klüger, sie kennen ihre Interessen, die der Arbeitnehmer sind andere als die der Unternehmer. Die Menschen wollen nicht Konflikte, die wollen Lösungen. Die sind interessiert an unserer Problemlösungskompetenz und nicht, ob es uns gelingt, Konflikte zu inszenieren.

spw: Aber es ist doch nicht so, dass die Problemlösungen plötzlich vom Himmel fallen. Sie sind doch Ergebnis von Konflikten. Ich finde es problematisch, dass die Sozialdemokratie immer so tut, als könne und dürfe man keine Konflikte mehr austragen und müsse stattdessen immer gleich Lösungen aus der Tasche ziehen.

Machnig: Beispiel: 630-DM-Jobs. Das war ein riesiges Thema. Wir haben einen Fehler gemacht. Wir haben eine Frage beantwortet, die noch keiner gestellt hat. Öffentlich

war überhaupt nicht ausreichend kommuniziert, was das Ziel war: den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zu erreichen. Wir wollten den Trend der 90er Jahre stoppen, denn sonst wäre die Substanz des

Sozialstaats gefährdet gewesen. Das war die Grundidee, die aber in der Öffentlichkeit nicht wirklich klar war.

Die Menschen sind an Problemlösungskompetenz interessiert und nicht, ob wir Konflikte inszenieren.

Die moderne Partei

Machnig: Politische Parteien haben den Auftrag, unterschiedliche Interessen zu bündeln und in Politik münden zu lassen. Das ist der Unterschied zum BDI, zu Greenpeace und anderen. Das ist entscheidend. Was wir für Diskussionskultur halten, das halten Leute außerhalb der Partei für Streit. Das ist eine schlichte Erfahrung – eine Partei, die immer nur streitet, wird nicht für regierungsfähig gehalten.

spw: Dann lass uns zum Schluss noch mal bei den Parteien bleiben. Welche Kompetenzen muss eine moderne Partei Deines Erachtens aufweisen?

Machnig: Für mich sind sechs Kompetenzebenen von zentraler Bedeutung.

1. Da ist die Ebene der Handlungskompetenz, wo eine Partei, wenn sie Regierungsverantwortung hat, Antworten

geben und handeln können muss. Auch unter schwierigen Rahmenbedingungen.

2. Die zweite Ebene ist die der Programmkompetenz, wo eine Partei nachweisen muss, dass sie jenseits des Tageshandelns auch Perspektiven entwickeln kann.

3. Das dritte Element ist Innovationskompetenz. Parteien müssen frühzeitig neue Trends in der Gesellschaft erkennen. Innovationskompetenz ist gerade bei einer Programmpartei wie der SPD ein unverzichtbares Element.

4. Dann braucht eine Partei Dialogkompetenz. In Parteien selber gibt es nicht mehr alle Qualifikationen, die in einer modernen Gesellschaft gebraucht werden. Und deswegen müssen Parteien Dialogkompetenz in viele gesellschaftliche Bereiche entwickeln.

5. Eine Partei braucht Kommunikationskompetenz. Sie muss komplexe Sachverhalte auch in einer Art und Weise darstellen können, dass Menschen sowohl rational wie emotional erkennen können, was die Wertorientierung, was das Ziel dieser Politik ist.

6. Der letzte Punkt heißt Organisationskompetenz. Wie müssen wir unsere Organisation vor dem Hintergrund dieser Veränderungsprozesse erneuern und modernisieren? In einer komplexen Mediengesellschaft, in einer arbeitsteiligen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, wo sich vieles verändert, wo sich Lebensziele verändert haben, wo sich Zeitbudgets verändert haben.

spw: Und wo siehst Du die größten Defizite?

Machnig: In der SPD, in der politischen Linken insgesamt, hat man immer nur auf ganz wenige Kompetenzen geachtet, vor allem auf die Programmkompetenz. Und in Wahlkampfzeiten hat man sich ein bisschen um Kommunikationskompetenz bemüht. Alle anderen Kompetenzfelder hat man zu oft liegenlassen. Am unterbelichtetsten ist in der SPD die Frage von organisatorischer Entwicklung, obwohl es ein erhebliches Potenzial gibt.

spw: Wie viel Prozent der Partei müssen wir dabei auf der Strecke lassen? Können wir überhaupt alle mitnehmen?

Machnig: Ich glaube, dass das, was Franz Müntefering in seinem 10-Punkte-Papier vorgeschlagen hat, ein sehr realistisches Arbeitsprogramm ist. Ein Arbeitsprogramm, dass auch Brüche vermeiden kann. Zwei Beispiele:

Ein modernes Unternehmen mit 1000 Beschäftigten, das 750.000 Mitglieder hat, muss sich um diesen Stamm an Personen viel intensiver kümmern. Unternehmen tun dies, wir zuwenig. Stärkere Beteiligung der Basiseinheiten, stärkere Qualifizierung im Haupt- und ehrenamtlichen Bereich, stärkere Professionalisierung unserer Arbeit heißt nicht nur um Programme streiten, sondern sich um die organisatorische Substanz bemühen.

Oder: Wir wissen, dass wir bestimmte intellektuelle Potenziale in der Partei nicht erreichen, obwohl sie ja bereits Mitglieder sind. Wir haben schlummernde Ressourcen im Bereich der Wissenschaft, und zwar in ganz unterschiedlichen Bereichen: Wirtschaftswissenschaft, Sozialwissenschaft – überall, die eigentlich nicht einbezogen sind in die Arbeit der Partei. Wir müssen denen helfen, Plattformen zu schaffen in der Partei, etwa im Internet, die Kommunikation von Sozialdemokraten im Wissenschaftsbereich zu organisieren.

Wenn wir das wirklich auf allen Ebenen ernstnehmen, auf allen Ebenen systematisch umsetzen, dann können wir Innovation wirklich nach vorne bringen, und auch viele, viele mitnehmen. Und wir werden auch viele dazu gewinnen.


spw: Vielen Dank für dieses Gespräch.

spw

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

Verbrechen Wirtschaft
Höckermer Kapitalismus als
balkenist Modell in der gegenwärtigen Kriminalität



ISW REPORT NR. 42

Der moderne Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität. ... Gewaltanwendung, Einschüchterung und Korruption; Geldwäsche illegaler Gewinne – immer vollkommener erfüllen die transnationalen Konzerne diese Merkmale der organisierten Kriminalität...

isw-report Nr. 42 (März 2000)
6,- DM zzgl. Versand

wirtschaftsinfo 29 (März 2000)
DM 5,- zzgl. Versand



BILANZ '99
Fakten & Argumente
zur wirtschaftlichen Situation

Fakten und Argumente zu den Stichpunkten:
Sozialprodukt, Wachstum, Produktivität, Preise, Außenhandel,
Einkommensverteilung, Löhne, Profite, Investitionen,
Steuern, Vermögen, Schulden, Pleiten/Fusionen, Arbeitsplätze

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

Diether Dehm



„Links wächst Charisma in Bewegung“

Über Populismus, populären Sozialismus und die Zukunft der PDS

Gespräch mit Diether Dehm*

spw: Franz Müntefering hat der PDS wiederholt „Populismus“ vorgeworfen. Abgesehen vom genial Trickreichen dieser Charakterisierung, scheint sie wie ein Schrotschuss mehrfach zu treffen: Sie definiert das wenige Populäre an der PDS um ins Populistische, sie beleuchtet strategische Probleme (den Widerspruch zwischen weitreichenden Forderungen und geringem Einfluß) und sie tut weh, weil sie nach innen am Selbstzweifel und den programmatischen Defiziten ansetzt und nach außen die PDS in die üble Gemeinsamkeit mit den Populisten von rechts rückt. Wie geht der stellvertretende PDS-Vorsitzende Dehm damit um, der ja früher in seinen SPD-Zeiten stets an einem „linken Populismus“ gearbeitet hat? (Die einfache Antwort: „Selber Populisten!“ zählt nicht.)

Populär statt populistisch

Dehm: Wenn ein notorischer Simpel-Macher wie Franz Müntefering der PDS „Populismus“ vorwirft, kann er natürlich nicht wissen, dass es einen gründlichen Unterschied zwischen „populistisch“ und „populär“ gibt. Ähnlich der Differenz zwischen „reformerisch“ und „reformistisch“. „Populismus“ unterwirft alles prinzipienlos einer Akzeptanzdoktrin und wird zum Exekutor von trivialsten Traditionsrückständen in den entsprechenden Gefühlswelten. Populärer Sozialismus hingegen versucht grundsätzliche, antikapitalistische Erkenntnisse breit unter die Leute zu bringen. Letzteres ist nicht bloß eine didaktische PR-Frage, sondern eine der praktischen Zuspitzung. Keine Werbeagentur vermag nämlich derart viel sozialistische Erkenntnisse umzusetzen wie ein Streik, eine linke Bürgerbewegung oder eine Friedensdemonstration.

Allgemein gewonnene Erkenntnisse müssen so plastisch und praktisch wie möglich und kurz gefasst werden. Die Bourgeoisie zeigt uns doch z.B. in der BILD-Zeitung, wie „verkürzungs- und schlagzeilenkompetent“ sie „gegriffen“ ist. Die Linke liefert dagegen vieles geschwätzig, eng beschrieben, unlesbar. Das ist nicht immer Ausdruck von Talentlosigkeit. Oftmals haben gesellschaftliche Kräfte auch ihre jeweiligen Themendiskurse noch nicht voll durchdacht und -gearbeitet, also geistig verdaut. Wer mitten in einer Problemlösung steckt, ist oft wortreicher als nach deren

Reifung. Das ist übrigens ein Teil der tragischen Geschichte des exilierten, wirkungslosen Brecht in Hollywood, d.h. der zunächst vollständigen Überlegenheit einer auf Verkürzung, Schnelligkeit und Fluss angelegten Ästhetik über eine bruchhafte, argumentative und diskursive. Was Wunder, dass die Bourgeoisie viel subtilere, verkürzungsfähigere und durchdachte Akzeptanzmechaniken hat – immerhin macht sie die Geschichte der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach Jahrhunderten gereifter als die kurze ihrer Überwindung. Insofern sind BILD-Zeitungs-Schlagzeilen und SPD/CDU-Werbeparolen in der Neuen Mitte ein historisch gereiftes Produkt.

Notwendigkeit der Zuspitzung

Die PDS – ähnlich die SPD-Linke und andere – müssen z.B. ihre Konzepte gegen den global-monopolistischen Kapitalismus für Kleinunternehmer und infrastrukturschwache Regionen brauchbar machen. Soziale Sicherheitssysteme für Selbständige, Binnenkaufkraft, größere Kreditfreiheit für Mittelschichten etc. sind neben die klassisch gewerkschaftlich orientierte Politik als konkrete Interessenwahrnehmung zu setzen. Erkenntnis populär machen, entspricht durchaus dem, was Marx in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie „vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen“ nannte, um „sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig konkretes zu reproduzieren“. So konkret werden, dass Eingreifen in Sichtnähe rückt, bedeutet Plausibilität und Verständlichkeit. In gewisser Hinsicht auch das, was Glotz „Arbeit der Zuspitzung“ genannt hat.

spw: Konkret?

Dehm: Das heißt: durchforsten, wie ein anderes Rentensystem aussehen kann, wie die Steuern für die Lohn- und Kapitalabhängigen (KMU) gleichermaßen entlastet werden können, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, die auf Stoff- und Energiesparen, also auf regionale Wirtschaftskreisläufe gegründet sind, wie ein

Keine Werbeagentur vermag derart viel sozialistische Erkenntnisse umzusetzen wie ein Streik, eine linke Bürgerbewegung oder eine Friedensdemonstration.

* Dr. Diether Dehm, stellv. PDS-Vorsitzender, bis zu seinem Übertritt zur PDS in verschiedenen Funktionen für die SPD tätig, u.a. als Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Selbständige. Dehm gehörte auch dem Herausgeberkreis der spw an.

Mehrwegbehältersystem mit entsprechenden laserstrahl-gesteuerten Spülzentren formatiert wäre, was wir anstelle der Müllberge konkret-denken müssen etc.

Wenn das so der PDS unter großen Mühe gelingt, wie sie bereits bei „sozialer Gerechtigkeit“ Gehör findet, dann wäre das doch geradezu das Gegenteil von populistisch.

Die „Kampa“ und Franz Müntefering haben es in ihren vergangenen Wahlkämpfen ausschließlich bei Plattitüden belassen, die aus der Traditionsküche der Bourgeoisie stammen. Die Ingredienzien sind seit langem bekannt und erprobt, aber kaum innovativ und aufklärerisch. Es sind die Metaphern von Ruhe, Ordnung, Zentrum mit etwas Sozialneid garniert. Die sozialistische Linke hat es hier wesentlich schwieriger. Ihr geht es um Unruhe, eine bessere Ordnung und das zivilisatorische Aufsteigen vom Sozialneid zu gebildeter Klassengegnerschaft. Das heißt, sie darf bei ihrem „Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten“ sich nie ganz vom Abstrakten lösen. Ihre Klassengegnerschaft trifft keine Figur mehr mit Zigarre und Homburger, sondern muss das globale Monopolkapital eher auf der virtuellen Ebene wie eine Art Computervirus, abstrakt, fassen und angreifbar gestalten und dabei vor Ort anfassbare Reformalternativen liefern, besonders in den neuen Bundesländern.

Andere Antworten werden kürzer, aber hier ging es mir durchaus um eine prinzipielle Unterscheidung.

spw: Die Botschaft, die vom Parteitag der PDS in Münster medial übrig blieb, war: Die Sympathie- und Integrationsdoppelspitze Bisky und Gysi treten ab, die zweite Reihe hat noch kein Format, der inner-parteiliche Kampf geht weiter zwischen sogenannten Modernisierern und den Linksradikalen im Westen und den Orthodoxen im Osten. Hätte man nicht besser planen und inszenieren können, man kannte doch die Rückzugspläne? Und hätten nicht diejenigen, die nun vermehrt inhaltliche Abgrenzungen zu den sogenannten Blockierern fordern, früher Entscheidungen suchen müssen?

Antithetische Fesselung an die SED

Dehm: Als ich in die PDS eintrat, habe ich den Fehler gemacht, mir doch irgendwie insgeheim eine disziplinierte Struktur ähnlich der SED, aber zumindest doch ähnlich der SPD vorzustellen. Die Wahrheit ist eine „antithetische Fesselung“ an die SED, wie sie Kurt Neumann mehrfach schon benannt hat. Gelegentlich sogar ein individualistisches Gegen-einander verschiedenster Kleinstlager, statt eines starken Zentrums in der Partei, das die Flügel zusammenhält. Das macht zwar gemeinsame bundesweite Aktionen und Kampagnen wie beim Kosovo-Krieg durchaus möglich, erschwert aber ein Management auf dem Feld bürgerlicher Imagebildung.

Es ist ja fast tautologisch, dass wenn du sozialistischen Organisationen ihren Hauptgegner wegnimmst, sie zerfallen müssen. Bei der PDS genügt leider das gelegentliche Wegtauchen unseres Gegners, um in die sattsam bekannte linke Spalterei zu verfallen. Ein Konsens wie bei der SPD, demnächst selber Privilegien und die lockenden Epauletten bürgerlicher Macht verliehen zubekommen, scheidet als Einigungsmoment ja bei der PDS auf absehbare Zeit glücklicherweise noch aus. „Einheit in der Aktion“ (Rosa Luxemburg) ist aber keine Frage von Appellen, sondern von tat-

sächlichem Gegner und eigenen Zielen, politischen wie individualistisch-karrieristischen. Im übrigen ist die Unterscheidung zwischen Sektierern im Westen und Modernisierern im Osten komplett falsch. Die Kommunistische Plattform hat eindeutig ihr Zentrum im Osten, und in den West-Landesverbänden überwiegt durchaus sozialistische Reformkompetenz.

spw: Aber nochmal zur Inszenierungs- und Kampagnenfrage! Der PDS scheint ein Instrument wie die Kampa nach SPD-Vorbild zu fehlen?

Dehm: Die Kampa ist selbst für die SPD kein durchgängiges Vorbild. In Frankfurt/Main hat die SPD zu meiner Zeit mehrfach nach den Methoden und der Auslagerung einer Kampa versucht, Wahlkampf zu machen und ist kläglich gescheitert. Nur der absehbare Sturz der überreifen Kohl-Regierung lässt die Kampa posthum in mildem Licht erscheinen und der Tatbestand, dass hier ja schlicht keine Fehler gemacht wurden. Das ist für sozialistische Aufklärung zu wenig und zu wenig nachhaltig.

spw: Du bist sowohl von der Position als auch der Herkunft zuständig für die Stärkung der PDS im Westen. Wie wird es nach dem Parteitag und dem bescheidenen Abschneiden bei den Landtagswahlen weitergehen?

Strategische Probleme und Ansatzpunkte

Dehm: Die PDS hat auch im Westen hervorragende Erfolge bei den Europawahlen, der Bundestagswahl und bei Kommunalwahlen ohne 5-Prozent-Klausel eingefahren. In Nordrhein-Westfalen 56 Kommunalmandate mehr, obwohl im PDS-Parteihaus selbst Optimisten nur mit 10 gerechnet hatten. In Baden-Württemberg sind wir in alle Rathäuser gekommen, für die wir kandidiert hatten. Landtagswahlen in Flächenländern mit 5-Prozent-Klausel hingegen bleiben auf lange Zeit ein hartes Brot, an dem wir knabbern müssen. Deswegen glaube ich, dass die Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen 2001 viel bessere Ergebnisse zutage fördern werden als Landtagswahlergebnisse mit dieser Klausel.

spw: Aber nochmal, wo ist der strategische Ansatzpunkt (ohne Gysi) im Westen? Sozialistische Kommunalpolitik? Ohne qualitativen Sprung wird es der PDS absehbar kaum gelingen, je in ein westliches Landesparlament einzuziehen, daran ändern auch zunehmende Kommunalmandate nichts. Eine dritte kleine Partei im Westen über 5%, die sich links von der SPD stabilisiert, scheint nichts weniger als eine Revolution der politischen Kultur vorauszusetzen. Und diese Entwicklung steht unter einem besonderen Dilemma. Du hast es ja angedeutet: Wenn die PDS nicht relativ sicher in ein Landesparlament kommt und evtl. für Koalitionen zur Verfügung steht, werden ihre Stimmen entweder verschenkt sein oder objektiv der CDU nützen. So wohlfeil und oft gehört dieser Hinweis auch sein mag, dies spielt eine bedeutende Rolle für die WählerInnen und übrigens auch für das Verhältnis von SPD (und SPD-Linker) und PDS.

Dehm: Ich will die Antwort gleichsam als Frage zurückgeben. Wir denken uns alle immer in viel zu lieb gewordenen Kontinuitäten und reagieren auf Brüche, wie die Weggänge von Gysi und Lafontaine, dann mit Kulturschock. Wir sollten von vornherein den worst case eher einkalkulieren. Paul Eluard schrieb, dass „der Verzweiflung Gesang die fressende Flamme der Hoffnung entfacht“. Und Gramsci sprach vom Optimismus der Tat, der aus einem „Pessimismus des Denkens“ gestärkt ist. Nirgends steht doch geschrieben, dass die kapitalgesteuerte Selbstausrötung des Menschen *nicht* stattfindet. Das setzt das Ende

So konkret werden, dass Eingreifen in Sichtnähe rückt, bedeutet Plausibilität und Verständlichkeit. In gewisser Hinsicht auch das, was Glotz „Arbeit der Zuspitzung“ genannt hat.

einer vernetzten sozialistischen Linken in den Kapital-Metropolen voraus. Diese Angst ist real und die gegenwärtigen Gefahren der PDS mildern sie nicht gerade.

Außerdem: Weder die PDS noch die SPD-Linke haben doch im letzten Jahrzehnt irgend etwas gravierend verändern können, waren also jeder für sich zu schwach. Selbst einen Krieg gegen ein armes Land zu behindern. Entweder wir kommen bald zu einem gegenseitigen Stütz-Denken, wie das auch bei Wahlen in anderen europäischen Ländern Tradition hat, oder wir enden in den USA, wo Du überall Linke finden kannst, aber keine Linke. Was ein Anfang von einem größeren Ende wäre. Das ist ein Grund, weshalb ich die SPD verlassen habe: Diese schreckliche Besessenheit, wenn Linke Linke bekämpfen. Etwa bei dem Versuch, der PDS die Mindestmandate abzugagen, per Absprache, Wahlkreis-Zuschnitt, linksliberaler Medienhetze. Klimatisch, praktisch, parlamentarisch und außerparlamentarisch brauchen die verschiedenen Partei-Linken einander wie die Luft zum Atmen. Komplementär-sozialistisches Handeln bis zur Wahltaktik, wo auch die PDS punktuell mitspielen kann und muss im Links-Orchester – das wäre Deine „Kulturrevolution“. Und nur, wenn sich sowas in der Bevölkerung rumspricht, überleben wir beide.

spw: Gibt es dafür reale Ansatzpunkte?

Personen und Programme

Dehm: Nicht auf Bundesebene ist der Schritt zur parlamentarischen Kooperation angesagt, sondern in Berlin. Und wenn die SPD-Spitze durch ausgewiesene PDS-Fresser, wie Hilsberg und Meckel, Lothar Bisky und Gregor Gysi in die eigene Partei bittet, signalisiert das den Bannbruch gegen deren Partei.

spw: Du hast auf die Bedeutung des inhaltlichen Profils der PDS verwiesen. Im September auf dem vorgezogenen PDS-Parteitag werden neue Personen in der Nachfolge von Bisky und Gysi Führungsverantwortung übernehmen und die Richtung der Programmarbeit festgelegt werden. Ich frage nicht: „Wer wird es?“ sondern „Wie soll es werden?“

Dehm: Zur Programmarbeit und Führungskonstellation der PDS möchte ich nur soviel sagen: Nahezu jede Persönlichkeit, die im Moment zum Vorsitz benannt ist, vermag ihr eigenes Charisma zu entfalten. Gysi hatte das Glück, dass die Medien '89 nicht sofort begriffen, auf welches Talent sie sich eingelassen hatten. Sie dachten: „Naja, ein SED-ler, den führen wir schon vor!“ Und dann tat der Medienmarkt bzw. Angebot und Nachfrage das übrige, denn er entwickelte sich ja zum Quotenstar. In der Regel prallen ausstrahlungsfähige Linke ansonsten auf eine mediale Boykottmauer. Warum sollen uns auch bürgerliche Medienmacher freiwillig Charisma, Ausstrahlung und Quote schenken?

Es gibt in der jüngeren Geschichte der deutschen Linken daher die überwiegende Menge an Persönlichkeiten, die „etwas geworden sind“, die zunächst auf der Straße, auf Kundgebungen und in Bewegungen Charisma erworben haben, dessen sich danach die bürgerlichen Medien zu bemächtigen suchten und vice versa, wie Lafontaine, Fischer, Schorlemmer. Das „Modell Gysi“ ist also kaum wiederholbar. In anderen Menschen wird die Politik der sozialen Gerechtigkeit aber neu und anders populär werden.

Und dabei bin ich auch bei der Programmarbeit. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler vor der Bundestagswahl 2002 von der PDS wissen möchte, wie sie etwa zur Geschichte in Rot-China, zu Fehlentwicklungen der DDR in den 50-er und 60-er Jahren steht oder wie sie abstrakt Klassentheorie definiert. Alle

diese programmatische Fragen können wir getrost nach der Bundestagswahl unter weniger Mediendruck diskutieren und entscheiden.

Was wir heute und vor der Bundestagswahl müssen, und das betrifft eher die konsensualen Bereiche der PDS, sind die Felder, in denen neue Arbeitsplätze auf Stoff- und Energiesparkonzepten, also auf regionalen Wirtschaftskreisläufen gegründet sind. Das betrifft die Fragen von gerechten Renten- und Steuersystemen und einer anderen Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in zukunftssträchtigen Branchen. Wenn wir konkreten Antikapitalismus, soziale Gerechtigkeit, alternative KMU-Förderung, sozial bestimmten Umweltschutz mit der antimilitaristischen Perspektive verknüpfen, wenn wir präsent sind, wann und wo auch immer soziale Bewegungen entstehen, dann ist mir auch nicht bange, dass unsere Persönlichkeiten am Ende auch eine mediale Wirkung entfalten – ohne populistische Rückgriffe. Die Entfaltung von Personalität und Essential gehört bei uns zusammen. Links wächst Charisma in Bewegung.

spw

Wenn die SPD-Spitze durch ausgewiesene PDS-Fresser, wie Hilsberg und Meckel, Lothar Bisky und Gregor Gysi in die eigene Partei bittet, signalisiert das den Bannbruch gegen deren Partei.

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFKLÄRUNG

diesseits

diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
 Wallstraße 61-65
 10179 Berlin
 Telefon (030) 61 39 04-31 / -41
 Fax (030) 61 39 04-50
 E-Mail: diesseits@humanismus.de

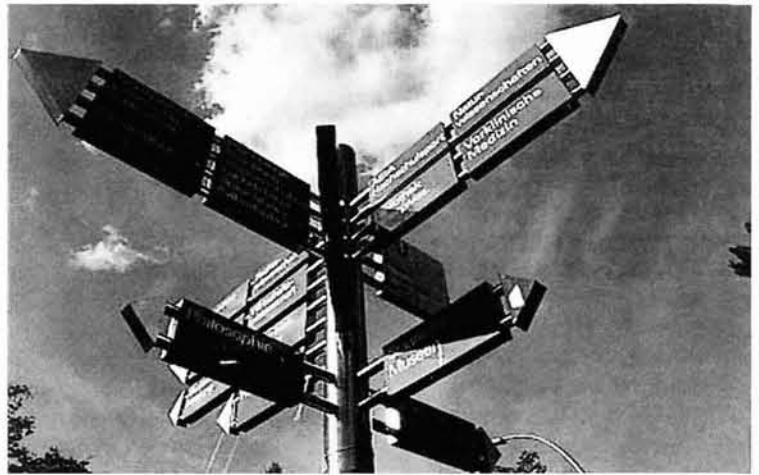
Neoliberalistische Bildungspolitik

von Ingrid Lohmann*

1. Ausgangsthesen

Ich gehe von drei Thesen aus¹. Erstens, dass die Art und Weise, wie die Informations- und Kommunikations-Technologien (luK) in Schulen und Hochschulen implementiert werden, gegenwärtig einen der Haupthebel für neoliberalistische Bildungspolitik darstellt. Präziser müsste man sagen: wie diese Technologie *am öffentlichen Bildungssektor vorbei* gesellschaftlich implementiert wird. Denn der neoliberalistische Modus der Implementation der luK-Technologien wird zur Folge haben, dass allem, was nicht kommerziell ist oder kommerzialisiert werden kann, der Garaus gemacht wird, und tatsächlich geben die luK-Technologien die Basis dafür ab, den Privatisierungsprozess öffentlicher Bildungseinrichtungen rasant zu beschleunigen. Der Neoliberalismus, sei's konservativer, sei's sozialliberaler Prägung lässt sich dabei als ebenjenes Bündel gesellschaftspolitischer Maßnahmen zusammenfassen, dessen zentrale Zielsetzung darin besteht, die Nationalstaaten und ihre öffentlichen und Rechtsinstitutionen zugunsten der transnational operierenden Konzerne zuzurichten. Erhellend für die neuen geopolitischen Machtkonstellationen zwischen Nationalstaatlichkeit und Globalisierung ist ein Artikel von Saskia Sassen².

Zweite These: Die luK-Technologien liefern dem globalen Spätkapitalismus die ersehnte Möglichkeit, über die bisherigen Formen der Mehrwertabschöpfung hinauszugehen, und zwar indem nicht mehr nur die wertschöpfende lebendige Tätigkeit selbst – in ihrer bisherigen, begrenzten Form als Lohnarbeit – unters Kapital subsumiert wird. Vielmehr stehen wir am Beginn eines Prozesses, in dem auch *die Lernfähigkeit der Subjekte*



selbst schon als Mehrwertabschöpfung organisiert wird. Dies ist die ‚Logik‘ der Kommodifizierung, der Verwarenförmigung von Bildung, bei der die Differenzen zwischen Bildung der Person und Qualifikation der Arbeitskraft, auf die man in der kapitalistischen Moderne so bedacht war, zum Verschwinden gebracht werden.

Die Erscheinungsformen dieses Vorgangs in der Arbeitswelt sind bekannt, als Scheinselbstständigkeit oder als neue Formen der Arbeitsorganisation in Großunternehmen, wie Wilfried Glißmann sie beschreibt. Dazu passende ‚Bildungs‘prozesse sind z.B. Weiterbildungsmaßnahmen für Firmenangestellte mit dem Ziel, dass die Betroffenen anschließend die gleichen Aufgaben, diesmal aber als selbstständige Kleinunternehmer, erledigen, oder auch kostenpflichtige universitäre Studiengänge, deren Gebühren von den Firmen getragen werden, bei denen die Studierenden beschäftigt sind.

Dritte These: Die in der Berufs- und Weiterbildung schon übliche Kostenpflichtigkeit von Qualifizierungsprozessen wird zum Modell für große Teile der bislang öffentlich finanzierten Bildungsprozesse. Diese gehen dabei jener Dimensionen verlustig, wodurch sich in der Moderne Bildung von Qualifikation konzeptionell unterscheiden sollte: personale Entwicklung, gesellschaftliche Verantwortung, Gemeinsinn, staatsbürgerliche Tugenden wie Solidaritätsfähigkeit, Mündigkeit, Kritikfähigkeit. Denn diese Aspekte ‚rechnen sich‘ ja nicht so recht.

Methoden der Zurichtung der Bildung

Die reelle Subsumption der Bildungs- und Wissenschaftsprozesse unters Kapital – sei's in Form von *Corporate Universities* oder von Schulen unter

sogenannten *private-public-partnerships* oder von Schülerwettbewerben wie dem der Siemens AG oder von sogenannten „Netzwerken innovativer Schulen“ wie in Nordrhein-Westfalen unter Anleitung der Bertelsmann-Stiftung – stellt das neueste Projekt innerhalb der neoliberalistisch voran getriebenen Globalisierung des Kapitalverhältnisses dar. Und damit sind wir bei einem jener Aspekte, den die *powers that be* in den wichtigsten OECD-Ländern offenkundig vorziehen, von der rechten Sozialdemokratie – und nicht von den Konservativen – umsetzen zu lassen. Und so ist ein Zuschauerkommentar zum in den Kinos angelaufenen *Blair Witch Project* auch die treffende Formel für den (bildungs)politischen Rahmen, den das Schröder-Blair-Papier setzt: *„The scariest film I saw in years!“*³

Instrumente der neoliberalistischen Zurichtung des Bildungssektors sind die Aufhebung des Werbeverbots an Schulen, wie in Berlin, oder die neuen Studiengänge an den Universitäten und Fachhochschulen, *Bachelor* und *Master of Arts* oder *Sciences*, die nur dann akkreditiert werden, wenn, wie es heißt, die bisherige „immer noch vertrautere akademische Währung der Semesterwochenstunden“ durch die neue „akademische Währung“ der *credit points* ersetzt wird⁴, oder das *ranking* von Universitäten und die Vergleichsuntersuchungen von Schülerleistungen, wie sie gegenwärtig in allen OECD-Ländern angestellt werden und die nichts anderes als groß angelegte, mit öffentlichen Geldern finanzierte Analysen im Auftrag der transnationalen Konzerne und Banken sind, die dazu dienen herauszufinden, wo sich Kapitalinvestitionen und Schlachten um Produktions- und Absatzmärkte am ehesten lohnen bzw. wo mit Hilfe von

* Ingrid Lohmann, Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg. Es handelt sich um einen Vortrag im Rahmen der Tagung „Linke Perspektiven für Bildung und Ausbildung“ am 2. Oktober 1999 in Ahrensburg, veranstaltet von Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland (ProMS Nord)

IWF, WTO und Weltbank nationale Regierungen noch erst unter Druck gesetzt werden müssen, damit sie die Kapitalverwertungsbedingungen auf ihrem Territorium optimieren.

Öffentliche, von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft errichtete Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen waren Bestandteil des Gesellschaftsmodells des klassischen bürgerlichen Liberalismus und des zuende gehenden *nationalstaatlichen* Kapitalismus. Dieses Modell ist mit der Moderne entstanden und verliert mit ihr an Bedeutung. Mittlerweile ist absehbar, dass öffentliche Schulen jenseits von Elementarerziehung ebenso wenig wie staatliche Hochschulen der Konkurrenz der Privaten und Transnationalisierung der ‚Bildungsmärkte‘ werden standhalten können. Es sei denn es gelingt, Neoliberalismus und ‚Neuer Mitte‘ in den Arm zu fallen. Dafür allerdings bräuchte es (partei-)übergreifende Koalitionen, wie es sie bislang noch kaum gibt; dafür müssten manche jener Tabus verletzt werden, mittels derer sich ‚linke‘ Politik in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der wirklichen Welt des sich globalisierenden Spätkapitalismus abschirmt.

2. Zur Funktionsweise der Rede von den ‚leeren Staatskassen‘

Wie geht die Abschaffung des öffentlichen Bildungssektors im einzelnen vor sich? Hier kommen zwei Seiten ins Spiel. Zum einen die gezielt geplünderten und daraufhin ‚leeren öffentlichen Kassen‘. Mit Hilfe dieser aus der politischen Rhetorik seit langem wohlvertrauten Metapher für den jetzt von Rot-Grün fortgesetzten Prozess der Umverteilung von Unten nach Oben werden die staatlichen Bildungseinrichtungen seit längerem gezielt vernachlässigt, um – darin besteht der Zweck der Operation – vorführen zu können, dass sie ‚den neuen Anforderungen strukturell einfach nicht mehr gerecht‘ werden.

Ergänzend dazu die andere Seite, nämlich die Art und Weise, wie sich Jugendliche aus bestimmten, gutsituierten Familien die neuen Medien aneignen, wo sie ihre kulturtechnischen Kompetenzen entwickeln. Sie tun dies in zunehmendem Maße im privaten Raum, und zwar tendenziell mehr am Computer als beim Fernsehen, beim illegalen Brennen von Musik, Computerspielen und Software auf CDs in ihren *peer groups*, bei *DSA* und *Shadow Run*, im *Magic-Treff*, an *Star Trek*, *MTV* und *Akte X*. Nicht in der

Schule; bestimmt nicht in den zwei, drei Wochenstunden ITG – informationstechnologische Grundbildung –, die sie mal ein Schulhalbjahr lang haben. Einige bilden ihre kulturtechnischen Kompetenzen inzwischen auch bei kommerziellen Anbietern von Multimedia-Kursen aus, die es in den Großstädten hier und da schon gibt, zum Beispiel 10 Stunden 3D-Animation, die Stunde für 28 Mark, und die Kursgruppe der (fast ausschließlich männlichen) Zwölf- bis Fünfzehnjährigen ist nicht größer als eine Handvoll: ‚So macht Lernen Spaß!‘

Von der Schule nehmen diese Jugendlichen zweifellos die alten, grundlegenden Kulturtechniken mit, die sie brauchen – Lesen, Schreiben, Zeichnen, Englisch, logisches Denken, Rechenfertigkeiten, Kunst- und Literaturkenntnis, eventuell Notenlesen. Aber schon den größeren Teil ihrer Sprachbeherrschung verdanken sie ihrer familialen Herkunft, wie wir seit den Untersuchungen von Bernstein und Bourdieu wissen. Und dann ran an den Computer, den sie zuhause stehen haben und der immer häufiger mit einem Synthesizer, einer digitalen Kamera oder einem Scanner gekoppelt ist.

Und natürlich auch: ab ins Internet. Da holen sie sich, beispielsweise, die besten Bilder aus dem Giger-Design für *Alien* oder *screen shots* aus *Star Wars-Episode 1* vom Netz, die nicht wenige vor dem Kinostart schon auf ihrem PC-Monitor gesehen haben, denn weltweit sind Reproduktionen einer Raubkopie des Films im Umlauf. Und dann wird das alles mit einem Grafikprogramm nach eigenem Gusto verändert und jede Woche ein neuer Hintergrund auf die *Windows*-Oberfläche gelegt. Oder es werden zu mehreren Abenteuerspiele in lokal vernetzten Computern gespielt, oder es wird ausprobiert, worin die Vorteile von Linux gegenüber Windows als Betriebssystem bestehen.

Hier finden Qualifizierungs- und, wenn man so will, auch *Bildungsprozesse* statt, die den Grund für genau *das* Wissens- und Kompetenzprofil legen, das in der ‚Informationsgesellschaft‘ die hochqualifizierten und gutbezahlten Beschäftigungsverhältnisse oder den aussichtsreichen Schritt in die Unternehmensgründung vorbereitet.

Für die übrigen bleibt die Pädagogik. Vielmehr: das, was von ihr übrig bleibt, wenn die öffentliche Schule *Restschule* für die ökonomisch – au-

ßer als Kleinkonsumenten (die Masse macht’s) – Irrelevanten geworden sein wird: Nach Schätzungen des *Club of Rome* etwa 80% der Weltbevölkerung, und die Prognose für diese quantitative Relation zwischen armer Bevölkerung und jenen Schichten, die ihr Einkommen aus der Teilhabe an den globalen ökonomischen Prozessen beziehen, betrifft längst nicht mehr nur die ‚Dritte Welt‘.

Also entfaltet sich das Szenarium wie folgt: Die seit Jahr(zehnten) planmäßig unterfinanzierte öffentliche Schule kann nicht mithalten bei der Neue-Medien-Ausstattung, auf die Jugendliche aus bestimmten Sozialschichtsegmenten selbstverständlichen Zugriff haben – nämlich dort, wo in den elterlichen Berufstätigkeiten die neuen Technologien bereits eine merkliche Rolle spielen. Die Möglichkeiten vorhandener technologischer Ausstattung verknüpfen diese Jugendlichen nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen mit dem Bildungsangebot, welches sie in ihren Elternhäusern vorfinden – und natürlich auch mit dem aus der Schule. Abgesehen vom Sport geht die gesamte ‚Freizeit‘ in entsprechende Aktivitäten.

Was die Mehrzahl der öffentlichen Schulen nicht hat, nämlich großzügige Finanzmittel für durchdachte unterrichtliche Implementierungen der IuK-Technologien: diese werden ja nicht jenen Schulen fehlen, die mit potenten Eltern- und Fördervereinen oder dem Interesse der Bertelsmann Stiftung gesegnet sind. Sondern jener überwiegenden Mehrheit der Schulen, für die dies nicht gilt.

Einigen von diesen wiederum wird es in den nächsten Jahren zwar gelingen, sich so ‚am Markt‘ zu halten, dass sie Sponsoren anziehen, deren Zuwendungen einen Teil der genannten Notwendigkeiten abdecken. Gleichwohl werden auch sie der neuen, globalen kulturellen Formation aus ‚Markt‘, Medien, Wirtschaftsinteressen und Konsumwelten, die weite Segmente der Jugendkultur bildungsnahe Schichten auf die eine – und die Jugendkultur der nichtwohlhabenden, bildungs- und technologiefernen Bevölkerung auf eine ganz andere – Weise bestimmt, nicht viel entgegenzusetzen haben.

Man könnte es auch so ausdrücken: Nach erfolgter Bildungsexpansion hat die (grundsätzlich im Nationalstaat situierte) öffentliche Schule ihre Schuldigkeit getan, sie kann gehen.

Wir stehen am Beginn eines Prozesses, in dem auch die Lernfähigkeit der Subjekte selbst schon als Mehrwertabschöpfung organisiert wird.

Allenfalls wird sie auf eine 8-jährige Elementarerziehung reduziert. In den neoliberalistisch umgestylten deutschen Regionen dagegen wird sich das Netz privater Bildungseinrichtungen ausbreiten; hier wird Geld weder auf der Seite der Anbieter noch der Abnehmer das Problem sein.

Wem also wird das Geld fehlen? Antwort: Mindestens zwei Dritteln der Schulen und ebenso vielen SchülerInnen aus den nichtwohlhabenden, bildungs- und technologiefernen Schichten – darin der weitaus größte Teil der Kinder aus Migrantenfamilien, mindestens vier Fünftel der Kinder alleinerziehender Mütter und Väter, außerdem wieder mehr Mädchen als Jungen usw. Es wird der Mehrheit der SchülerInnen fehlen, die durch die systematische kulturtechnologische Unterausstattung der öffentlichen Schule von zukunftssträchtigen Bildungs- und Qualifizierungsprozessen derzeit abgehängt werden.

3. Exkurs in den US-Bildungssektor

Der Exkurs ins US-Bildungswesen gibt Aufschluss darüber, dass die neoliberalistische Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildungseinrichtungen, die wir seit Mitte der 90er Jahre verstärkt auch in der Bundesrepublik beobachten, keineswegs zwingend aus den IuK-Technologien folgt – wenn auch einiges aufgeboten wird, um die Zurichtung der Informationstechnologie auf ‚Standortpolitik‘, ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ und ‚Entgeltlichkeit‘ in unseren Köpfen als unausweichlich zu verankern. Zu den wirkmächtigsten Suggestionen gehört hier, dass ‚die moderne Wissensgesellschaft‘ mit kapitalistischer Eigentums-gesellschaft verbunden sein muss, d.h. mit Geld, Markt, Gebühren, Aktienkursen und Börsennotierungen und eben dem privaten Sponsoring von Bildungseinrichtungen.

Aus dem US-Beispiel ist zu lernen, dass die Kommerzialisierung von Bildungseinrichtungen, ihre Unterwerfung unter das Diktat der spätkapitalistischen Eigentums-gesellschaft, durchaus unabhängig von den Neuerungen im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien ist. Die Verknüpfung wird jedoch als alternativlos darzustellen versucht, denn man hat entdeckt, dass sich mit den neuen Technologien, die den globalen Austausch von Wissen eigentlich extrem verbilligen, stattdessen ohne Ende Geld machen lässt. Zur Illustration verweise ich auf den *World*

Education Market, die erste weltweite Messe für den ‚international business of education‘ im Mai 2000 in Vancouver; hier können ‚Sie sich positionieren‘, um rechtzeitig dabei zu sein, wenn dieser neue Markt bis zum Jahre 2002 über 90 Milliarden US-Dollar schwer wird, wie die OrganisatorInnen erwarten.

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman propagiert bereits seit Mitte der 50er Jahre eine private Finanzierung und vollständige Entstaatlichung der Bildungseinrichtungen; in den 70er Jahren wurden solche Modelle in Deutschland anhand der Schriften von Ivan Illich und Everett Reimer schon einmal kontrovers diskutiert; „Schulen helfen nicht“ (1972), „Schafft die Schule ab!“, „Entschulung der Gesellschaft“ (1973) lauteten damals die Titel⁵; nicht zufällig sind einige davon kürzlich neu aufgelegt worden.

Aber anders als noch vor 30 Jahren kann es heute als sicher gelten, dass der Ausbau eines Schulwesens in privater Trägerschaft, den damals wohlmeinende Pädagogen befürworteten, heute zu einer Spaltung in gesponsorte öffentliche Billigschulen für die Masse jugendlicher WerbeträgerInnen und KonsumentInnen einerseits und in teure private Bildungsanstalten andererseits führt, in denen die globalen Eliten sich ihre Dienstklassen heranziehen.

Kommerzialisierung der Schulen

In den USA hat man erkannt, dass Schulkinder als Konsumenten saftige Geschäftschancen bedeuten. So sehen es, allen voran, die Betreiber von *Channel One*, einem zu Beginn der 90er Jahre gegründeten, privaten Fernsehkanal, der für sein aggressives Umwerben von Schulen berühmt-berühmt ist. Vertragspartner von *Channel One* sind Schulbezirke. Die entsprechenden Schulen werden bei Vertragsschluss kostenlos mit Fernsehgeräten, Videorecordern und Satellitenschüsseln ausgestattet; im Gegenzug verpflichten sie sich, allen Kindern täglich während der Schulzeit das zwölfminütige *Channel One*-Programm zu zeigen, bestehend aus zehn Minuten Nachrichten, vorwiegend über Sportereignisse, und zwei Minuten Werbung. Die Anzeigenkunden – Hersteller von Kleidung, Süßwaren, Mitteln gegen Akne – zahlen Spitzenbeträge für die Gelegenheit, die Jugendlichen im Klassenzimmer direkt zu erreichen.

KommerzialisierungskritikerInnen weisen darauf hin, dass mittlerweile acht Millionen Schüler – 40 Prozent der US-amerikanischen Mittel- und High School-Klassen – somit aufs Jahr gerechnet mindestens sechs volle Schultage mit dem *Channel One*-Programm zubringen. Und sie haben errechnet, wie hoch eigentlich die Summe der öffentlichen Gelder ist, die durch den Schornstein geht, wenn auf solche – vorgeblich kostenlose – Weise Lehrzeit und Schülerzeit verplempert werden.

Eine andere Form sogenannter *public-private-partnerships* sind Abkommen zwischen Softdrink-Herstellern und Schulbezirken. Beispielsweise ließ sich der Leiter des Schulbezirks Milwaukee vom Exklusivvertrag der *Public Schools* in Madison (Wisconsin) mit *Coca Cola* anregen, als er im März 1998 eine Vereinbarung mit *PepsiCo* über das Monopol für den Getränkeverkauf an den Schulen initiierte. Das Abkommen sollte dem Schulbezirk in drei Jahren etwa 5,2 Millionen dringend benötigter Dollars eintragen. Der Pressesprecher von *PepsiCo* gegenüber *New York Times* über die Vereinbarung: „Die Schulen bieten Exklusivrechte als Lockmittel. Sie müssen Finanzmittel akquirieren. Wir unsererseits sind stets darum bemüht, unseren Einfluss bei jungen Leuten zu erweitern. Hier besteht also eine ganz natürliche Gegenseitigkeit.“ – Die Presse notierte in diesen Tagen ähnliche Vorgänge in verschiedenen US-Bundesstaaten, und der hessischen GEW berichtete kürzlich Richard Hatcher vom Schicksal der englischen Schulen unter *New Labour*⁶.

Aber es geht nicht nur um die Senderechte von *Channel One* oder das Schankmonopol der Softdrink Companies. KommerzialisierungskritikerInnen machen darauf aufmerksam, dass vor allem über den Weg staatlich geprüft und legitimiert scheinender Lehrmittel versucht wird, Schulen mit Vermarktungsoffensiven zu überziehen. Konzerne verschicken das in ihren Häusern entwickelte Unterrichtsmaterial an LehrerInnen, zur billigen Ergänzung oder gar als Ersatz für geprüftes Lehrmaterial.

Zwei Beispiele: Süßwarenhersteller *M&M/ Mars* lässt Kinder die Anzahl von *M&Ms* – Nüssen mit Schokoladenüberzug, die auch in Deutschland in jedem Supermarkt erhältlich sind – in verschiedenen Päckchen errechnen; Subtrahieren wird durch Aufessen vorgegebener Anzahlen von

Die staatlichen Bildungseinrichtungen werden seit längerem gezielt vernachlässigt, um – darin besteht der Zweck der Operation – vorführen zu können, dass sie den neuen Anforderungen strukturell einfach nicht mehr gerecht werden.

M&Ms gelernt usw. Der Sportartikelproduzent Nike verschenkt ungebeten Unterrichtseinheiten für eine Projektwoche zum Thema „Wir machen einen Nike-Tennisschuh“ mit Unterrichtsplan und Lehrmaterial sowie Angaben darüber, wie vorbildlich Nike alte Schuhe für Spielplatzbeläge und Schlüsselringe wiederverwendet. Dass Nike zu jenen global operierenden Konzernen gehört, die ihre überwiegend in der ‚Dritten Welt‘ lebenden Beschäftigten beklemmenden Arbeitsbedingungen und ausbeuterischen Löhnen unterwerfen, kommt dabei selbstredend nicht in den Blick.

Pädagogisch mindestens ebenso fragwürdig und manipulativ ist es nach Auffassung von KritikerInnen, wenn SchulleiterInnen und LehrerInnen die Werbung für bestimmte Marken unterstützen. In Verbindung mit einer Werbeaktion bei Channel One versickte zum Beispiel die Supermarkt-Kette J.C. Penny unlängst Gutscheine für verbilligte Jeans und T-Shirts, die durch die SchulleiterInnen in den Schulen verteilt wurden. Zufrieden teilte der nationale Pressesprecher von J.C. Penny im *Wall Street Journal* anschließend mit, die Aktion sei ein Erfolg gewesen.

Die „Milwaukee Principles for Corporate Involvement in Schools“

Vor zehn Jahren (im November 1990) versammelten sich Mitglieder von Bildungsvereinigungen aus allen Teilen der USA in Milwaukee, um ihre wachsenden Bedenken gegen die Auswüchse der Kommerzialisierung US-amerikanischer Public Schools zum Ausdruck zu bringen und Leitlinien für den Umgang damit zu erörtern. Aus dieser Konferenz gingen die *Milwaukee Principles for Corporate Involvement in Schools* hervor. Wenn es auch Richtlinien gibt, die einen radikaleren Kurs verfechten, so sind die Milwaukee Principles doch bislang die bekanntesten und am meisten verwendeten; sie lauten:

- „Konzernbeteiligungen an Schulen dürfen nicht dazu führen, dass Schüler Werbung beachten, hören oder lesen müssen.
- Kommerzielle Verkaufs- oder Werbeaktionen bei erzwungener Zuhörerschaft im Klassenzimmer bedeuten Ausbeutung und Verletzung des Vertrauens der Öffentlichkeit.
- Da Schuleigentum und Schulzeit mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sind bei Verkauf oder Vermittlung kostenlosen Zugangs zu

Werbeflächen an Schulgebäuden bestimmte ethische und rechtliche Aspekte zu beachten.

- Konzernbeteiligungen sollen die Ziele und Absichten der Schulen befördern. Lehrplan und Unterricht sind Sache der Lehrer.
- Programme für Konzernbeteiligungen müssen so angelegt sein, dass sie klar umrissenen Bildungsaufgaben, nicht hingegen Verkaufsinteressen dienen, und sie müssen von Seiten der Schule oder des Bezirks regelmäßig im Hinblick auf ihre Bildungswirkung evaluiert werden.
- Schulen und Lehrer sollten bei gesponsorten und gespendeten Materialien die gleichen Qualitätsstandards anlegen wie auch sonst bei Auswahl und Kauf von Unterrichtsmaterial.
- Konzernbeteiligungsprogramme sollten Schulen und Lehrer beim Urteil über die Verwendung gesponsorten Materials nicht einschränken.
- Die Nennung von Sponsoren und Verwendung von Firmenzeichen sollte der Identifizierung, nicht jedoch Werbezwecken dienen.“

Alles in allem also kein Programm, das darauf zielt, die Kommerzialisierung des öffentlichen Bildungssektors zu unterbinden. Eher geht es den Milwaukee Principles darum, die Geschäfte zwischen Schulen und Privatunternehmen in geregelte Bahnen zu lenken, Konzernbeteiligungen an Schulen gewissermaßen zu zivilisieren.

Bildung als Wirtschaftszweig

Die *National Education Association* (NEA), älteste und mit 2,4 Millionen Mitgliedern größte Organisation von Beschäftigten im Bildungswesen, befasst sich seit einiger Zeit mit Privatunternehmen – z.B. mit der Firma *Edison Project* des Channel One-Gründers Chris Whittle –, die Schulverwaltung als Dienstleistung anbieten und in den 90er Jahren auch für die *Wall Street* interessant geworden sind. Noch werden nur wenige Schulen von solchen Firmen betrieben; ginge es um die bloße Anzahl dieses – privatunternehmerisch verwalteten – Typs öffentlicher Schulen, wäre die Angelegenheit kaum der Rede wert. Aber NEA weist darauf hin, dass hier mitten im öffentlichen Bildungssektor das Profitprinzip Einzug hält, und dies könnte, so befürchtet die Pädagogenvereinigung, mittelfristig die gesamte Schulentwicklung in die Privatisierung umlenken. In mittlerweile zwölf US-amerikanischen Bundesstaaten ist es von der Rechtslage her möglich, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Public Schools durch EMOs – *education management organizations* – betreiben zu lassen. In einigen Bundesstaaten haben solche Schulmanagement-Unternehmen erst aufgrund einer eigens zu diesem Zweck geschaffenen Gesetzeslage mit dem Betreiben sogenannter *charter schools* Fuß gefasst – vor allem in Arizona, Massachusetts und Michigan.

Auf die Frage, wie erfolgreich die privaten Schulbetreiber eigentlich ar-

Aus dem US-Beispiel ist zu lernen, dass die Kommerzialisierung von Bildungseinrichtungen durchaus unabhängig von den Neuerungen im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien ist.



Foto: Christian Kiel (Berlin)



Ulrich Brand / Achim Brunnengräber / Lutz Schrader / Christian Stock / Peter Wahl

Global Governance

Alternative zur neoliberalen Globalisierung?

2000 – 204 Seiten
DM 29,80 – ÖS 218 – SFR 27,50
ISBN 3-89691-471-5

Das Konzept von „Global Governance“ macht derzeit Karriere – von verschiedenster Seite werden internationale Institutionen und Regelungen als Alternative zur globalen Entfesselung der Marktkräfte gesehen. Dagegen halten die Autoren ihre kritische Betrachtung und zeigen die Grenzen eines solchen Ansatzes auf.

PROKLA 118

Re-Regulierung der Weltwirtschaft

2000 – 172 Seiten
DM 20,00 – ÖS 146 – SFR 19,00
ISBN 3-89691-318-0

Christoph Scherrer: Global Governance: vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus.

Heribert Dieter: Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte?

Susanne Lütz: Globalisierung und die politische Regulierung von Finanzmärkten

Ulrich Brand/ Christoph Görg: Die Regulierung des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse

Cord Jacobeit: Regimetheoretische Überlegungen zur Re-Regulierungsdiskussion am Beispiel der Weltumweltordnung

Dirk Messner: Die Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“

Franz Nuscheler: Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

beiten, kommen *National Education Association* und *American Federation of Teachers* (AFT) zu differenzierten, insgesamt aber skeptischen Ergebnissen: „Die Firmen behaupten, dass sie die Lernleistungen verbessern werden – und machen stattdessen Profit.“ „Aufgrund unserer Erfahrungen... bezweifeln wir, dass gewinnorientierte Unternehmen Problemschulen in den Griff bekommen und dabei noch Profit machen können“, so die Vizepräsidentin des Lehrerverbandes AFT⁸. Zahlreiche Schulbezirke verlängerten die entsprechenden Verträge nicht, nachdem sich die Schülerleistungen in den privat betriebenen Schulen, verglichen mit den Leistungen in öffentlich geführten Schulen, nicht im mindesten gesteigert hatten.

Geschürt wurden die Gewinnerwartungen anfänglich durch die Unterstützung des damaligen Präsidenten George Bush für das Modell der *school vouchers*, der Bildungsgutscheine: Die Bush-Administration gründete 1992 die *New American Schools Development Corporation* (NASDC), deren Aufgabe darin besteht, Schulreformvorhaben in privatunternehmerische Hände zu überführen, u.a. eben durch die landesweite Beförderung der Bildungsfinanzierung mittels Gutscheinen. *School Vouchers* sind zentrales Element eines Bildungsfinanzierungsmodells, das der bereits erwähnte Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman nunmehr seit 45 Jahren in zahlreichen Schriften verfiicht. Es soll den Bürger in die Lage versetzen, sich frei zwischen den – aus ‚staatlicher Bevormundung‘ zu entlassenden – Schulen zu entscheiden. Dieses Modell wird ja seit geraumer Zeit, etwa vom vorigen Bundespräsidenten, auch in Deutschland propagiert.

Seit mehr als zehn Jahren findet in den USA ein heftiger Kampf darum statt, ob und in welcher Form öffentliche Bildung weiterbestehen wird. Die Auseinandersetzung begann, heißt es in einer Analyse der *National Education Association*, mit „dem Angriff der äußersten Rechten, die den öffentlichen Schulen Produktivität, Effizienz und moralische Qualität abspricht“. Dieser Kampf erhält inzwischen eine neue Qualität: „Neuerdings mischen sich die US-Konzerne in diese Auseinandersetzung ein, und zwar unabhängig davon, ob sie mit der Philosophie oder den Zielen der Rechten übereinstimmen, sondern weil sie eine Gelegenheit sehen, größere Anteile eines sehr großen Marktes an sich zu bringen“, so die NEA⁹.

Die Stimmung an der Wall Street wird aus Äußerungen deutlich wie: „Die Bildungsindustrie ist am Beginn eines beachtlichen, von der Privatwirtschaft vorangetriebenen Wachstumszyklus“, oder: „Wir erwarten für die kommenden zehn Jahre eine kontinuierliche Verlagerung öffentlicher Mittel in die Privatwirtschaft“, oder: „Ich bin der festen Überzeugung, dass Firmenvolumen von 50 oder 100 Milliarden \$ im Bildungsbereich realistisch sind“. Und der frischgebackene *Education Industry Report* schiebt nach: „Bildung wird in wachsendem Maße als Investitionsbereich betrachtet“. Der Pädagogenverband NEA sieht seine Aufgabe deshalb darin, für gewinnorientierte Unternehmensbeteiligungen im Bildungsbereich akzeptable Formen zu definieren und durchzusetzen: „Damit uns dies gelingt, müssen wir begreifen, dass Bildung ein Wirtschaftszweig ist,“ heißt es dort inzwischen¹⁰.

4. Bildung und Eigentum

Wie man diese Entwicklung interpretieren kann, möchte ich hier nur andeuten und im übrigen für die Lektüre des Buchs der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Heinsohn und Otto Steiger „Eigentum, Zins und Geld“ (1996) plädieren. Heinsohn und Steiger zeigen, dass im Unterschied zum stets güter- und ressourcenengebundenen Besitz sich Eigentum durch den immateriellen Ertrag auszeichnet, *belastbar und verpfändbar* zu sein. Sie bezeichnen diese – in der Moderne rechtlich umfassend gesicherte – Eigenschaft als *Eigentumsprämie*. Eigentum kann in kreditgetriebene Operationen gebracht werden, Nur-Besitz nicht¹¹.

Meine Interpretation der skizzierten Vorgänge lautet nun: Bildung wird derzeit mit aller Macht von einer Besitz-Kategorie in eine eigentumswirtschaftliche Kategorie transformiert, sie wird eine kreditgetriebene Eigentumsoperation mit Wissen als Ware. Das fängt, zum Beispiel, mit Ausbildungsver sicherungen „für Ihre Kinder“ oder mit der Umgestaltung von Universitäten zu „Bildungsunternehmen“ an. Wo dieser Transformationsprozess eines Tages endet, ist offen.

„Begreifen, dass Bildung ein Wirtschaftszweig ist“: Wie sich dieser verbandsoffizielle Standpunkt der US-Pädagogen diesseits des Atlantiks darstellt – die nächsten Jahre werden es erweisen. Noch ist es für die meisten PädagogenInnen hierzulande anscheinend unvorstellbar, dass es in

Deutschland zu solch massiven privatisierungs- und kommerzialisierungsgetriebenen Transformationen kommen könnte; viele Lehrerinnen und Lehrer erhoffen sich vom Rückzug des Staates aus der öffentlichen Bildung sogar ein Mehr an pädagogischer Freiheit. Dass sie dies mit dem Ausverkauf ‚ihrer Schule‘ an Profitinteressen bezahlen könnten, erscheint ihnen als übertriebene Horrorvision.

5. Vorläufiges Resümee

Unsere Tradition eines staatlich-öffentlichen Bildungswesens begann zusammen mit der kapitalistischen Moderne. Dass diese Tradition mit der Moderne zuende geht, ist mehr als wahrscheinlich. Längst sind auch in Deutschland die gezielt geplünderten, nunmehr ‚leeren öffentlichen Kassen‘ bis zum Überdruß beschworen worden. Fast alle sind nun davon überzeugt, dass ‚wir uns‘ ein öffentliches Bildungssystem nicht mehr leisten können und, mehr noch, dass es ineffizient ist und durch bessere – sprich: privatisierte – Modelle ersetzt werden kann und muss. Diese ‚Einsicht‘ hat bereits die Einführung von *public-private-partnerships* und von Sponsoring legitimiert, und sie wird bald vielleicht auch das Modell der Bildungsgutscheine, das derzeit kontrovers debattiert wird, in einem milderen Licht erscheinen lassen – und direkt im Anschluss dann womöglich die Öffnung des europäischen und deutschen Marktes für die US-amerikanischen EMOs, *education management organizations* wie Edison Project und zahlreiche andere.

Vielleicht werden im postmodernen Kapitalismus bald auch Pädagoginnen und Pädagogen in größerer Zahl dazu übergehen, den Bildungs- und Informationsvorsprung, den sie gegenüber den ihnen Anvertrauten und der übrigen Bevölkerung haben, auf direktem Wege in bare Münze umzusetzen. Anstatt zu erziehen und zu unterrichten, kaufen sie dann EMO-Aktien, um sich so bald wie möglich aus dem (ohnehin immer schlechter dotierten) Beruf zurückzuziehen.

Was bleibt zu tun? Eine lohnende intellektuelle Herausforderung besteht weiterhin darin, die Marktmetapher und andere Ideologeme auseinander zu nehmen, hinter denen sich der liberalistisch verbrämte Kapitalismus der Moderne immer schon verborgen hat und die heute die neue Weltordnung des US-dominierten, globalen Spätkapitalismus der Postmoderne stützen. Lohnend wäre dar-

über hinaus, sich an der Schöpfung einer neuen Meta-Erzählung von Gerechtigkeit zu beteiligen, wie US-amerikanische marxistische Theoretiker, z.B. Fredric Jameson oder Peter McLaren vorgeschlagen haben¹². Und sicherlich müssen wir uns Klarheit darüber verschaffen, ob wir öffentliche, von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft geschaffene Bildungseinrichtungen beibehalten – und als solche grundlegend verbessern – wollen oder nicht. Ob wir neu zu begründende Gerechtigkeitsvorstellungen mit solchen öffentlichen Einrichtungen verknüpfen wollen oder nicht. Wenn wir sie wollen, dann müssen wir uns auf einen erbitterten Kampf einrichten, denn hier geht es um sehr viel Geld.

In einer solchen Auseinandersetzung wird sich – so oder so – zeigen, dass es gegenwärtig grundsätzlich um die Frage des gesellschaftlichen Zugangs zu wissenschaftlichem Wissen geht – und ebenso fundamental darum, wie und zu welchem Zweck es gesellschaftlich erzeugt und angewendet wird. Die neuen Informationstechnologien sind für beide denkbaren gesellschaftspolitischen Optionen offen, für Privatisierung und für Demokratisierung wissenschaftlichen Wissens.

Mich interessieren in diesem Zusammenhang besonders zwei Fragen. Eine theoretische: Welche Erkenntnisse lassen sich aus einer detaillierten eigentumstheoretischen Analyse privatisierter Bildungsprozesse gewinnen? Und eine praktische: Lässt sich der Spieß nicht umdrehen? Ist es nicht vorstellbar, Globalisierung in ganz andere Formen zu bringen, z.B. indem man Mindeststandards definiert, denen TNCs genügen müssen, damit sie auf einem nationalen Territorium überhaupt operieren dürfen; indem man Ausnahmen für den öffentlichen Sektor festlegt bei Unternehmen, die privatisiert werden. Diesen Fragen werden wir auf einer Tagung zur „Privatisierung des Bildungsbereichs – Eigentum und Wertschöpfung in der Wissensgesellschaft“ im Juni 2000 weiter nachgehen¹³.

spw

¹ Vgl. zum Folgenden ausführlicher meine Artikel: <http://www.bildung.com> Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft. In: I. Gogolin, D. Lenzen (Hrsg.): *Medien – Generation*. Beiträge des 16. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen, 183-208; *Das Maelstrom-Projekt*. Schulen und private Sponsoren – Was spricht gegen *public-private-part-*

nerships? In: *Computer + Unterricht* 32/ 1998, 50-52; *Contra Schul-Sponsoring*. In: *Pädagogik* (1999) 1, 53; *Bildung und die Kommerzialisierung der Informationszugänge in der Eigentums-gesellschaft*. Warum mit ‚Machtfragen‘ das Thema verfehlt wird. In: O. Drossou, K. van Haaren, D. Hensche u.a. (Hrsg.): *Machtfragen der Informationsgesellschaft*. Marburg 1999; *The Corporate Takeover of Public Schools – US-amerikanische Kommerzialisierungskritik im Internet*. In: I. Lohmann, I. Gogolin (Hrsg.): *Medien und kulturelle Praktiken*. Opladen 1999; *Bildung im Prozeß der Globalisierung*. Vom raschen Verschwinden der öffentlichen Bildungseinrichtungen. In: *ITES-Jahrbuch 1999-2000*, herausgegeben von Institut für Türkisch-Europäische Studien. Hamburg 1999; *Multimediale Mehrwertproduktion*. Über die Kommerzialisierung von Informationen und Bildung. Vortrag auf der GEW-Sommerschule „Virtuelle Wissens-schaft“, in: *Tagungsdokumentation GEW 1999* und in *Forum Wissenschaft* 16 (Dezember 1999) 4; Teile des Beitrags sind in der Juli-Ausgabe der *Hamburger Lehrerzeitung* (hlz) der GEW erschienen.

² Vgl. Saskia Sassen: *Kontrollverlust? Der Staat und die neue Geographie der Macht*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 7-8 (1999), 447-458.

³ Programm der *Sci-Fi-Woche* im *Cinemaxx* Hamburg, August 1999.

⁴ BLK-Verbundprojekt *Modularisierung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, Universitäten Bochum, Frankfurt am Main, Greifswald, Mannheim, Regensburg: *European Credit Transfer System*, <http://www.rz.uni-frankfurt.de/Verbundprojekt-Geisteswissenschaften/ects.htm>

⁵ Vgl. I. Lohmann, B. Scheuermann: *Auf Prometheus ist zu beharren*. Zur Entschulungs- und „Freie-Schulen“-Diskussion in der Bundesrepublik. In: *Demokratische Erziehung* 3 (1977) 5, 557-569.

⁶ Vgl. Kurzfassung in der Juli-Ausgabe der *Hamburger Lehrerzeitung* (hlz) der GEW.

⁷ Im Original unter <http://www.igc.org/trac/feature/education/resources/>

⁸ <http://www.aft.org/private/altw97.htm> (inzwischen nicht mehr aktiver URL)

⁹ <http://www.nea.org/issues/corpmngt/analys2.html>

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. ausführlicher I. Lohmann: *Bildung und Eigentum*. Über zwei Kategorien der kapitalistischen Moderne. In: S. Abeltd, W. Bauer, G. Heinrichs u.a. (Hrsg.): „...was es bedeutet, verletzbarer Mensch zu sein“ – *Erziehungswissenschaft im Gespräch mit Theologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie*. Matthias Grünewald Verlag 1999 (im Erscheinen).

¹² F. Jameson: *Economics – Postmodernism and the Market*. In: ders., *Postmodernism or, The Cultural Logic of Late Capitalism*. (1991) Durham 1997, S. 260-278; P. McLaren: *Kritische Erziehungswissenschaft im Zeitalter der Globalisierung*. In: *Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?! Hg. von H. Sünker und H.-H. Krüger*. Frankfurt am Main 1999, S. 10-34 sowie eine Reihe von Beiträgen in A. H. Halsey, H. Lauder, Ph. Brown, A. S. Wells (Hrsg.): *Education – Culture, Economy, and Society*. Oxford, New York 1997.

¹³ Informationen demnächst unter <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/tagung.htm>

Die neuen Informationstechnologien sind für beide denkbaren gesellschaftspolitischen Optionen offen, für Privatisierung und für Demokratisierung wissenschaftlichen Wissens.

Generationengerechtigkeit im Sozialstaat

Rentenkürzungen als Mittel gegen Kinderarmut?

von Christoph Butterwegge*

Kaum ein Politikfeld wird so von Ideologien, Legenden und Lügen beherrscht wie die Sozialpolitik, wo gegensätzliche Interessen ganzer Schichten und mächtiger Gruppen aufeinander prallen. Außer dem Neoliberalismus, welcher den Sozialstaat nach marktwirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten „verschlanken“ möchte, und dem Standortnationalismus, also jener Ideologie, die ihn gleichfalls dem Ziel größerer Konkurrenzfähigkeit des „Wirtschaftsstandorts D“ auf dem Weltmarkt unterwerfen will, gewinnt auch ein „Familienfundamentalismus“ an Boden, der die bürgerliche Kleinfamilie als Keimzelle unserer Gesellschaft begreift und die Familienpolitik in den Mittelpunkt rückt.

Seit geraumer Zeit entdecken Politiker/innen und Publizist(inn)en, denen Not leidende Erwachsene und beruflich perspektivlose Jugendliche ansonsten gleichgültig sind, die Kinder als Mitleid heischende Opfer der politisch-sozialen Entwicklung. Als kritischer Beobachter dieser Kehrtwende fragt man sich, was den Paradigmawechsel ausgelöst hat und welche Ziele damit verbunden sind, zumal Rentnerinnen und Rentner, denen es häufig nicht besser geht, wegen ihres angeblichen Wohlstandes ins Kreuzfeuer der medialen Kritik geraten sind und nach Meinung derselben Kommentator(inn)en angesichts schärfer werdender gesellschaftlicher Verteilungskämpfe drastische Einbußen ihrer Altersbezüge hinnehmen sollen.

Der öffentliche Diskurs über Kinderarmut ist keineswegs immer auf die Belange von Kindern und Jugendlichen fokussiert, die man zum Teil für andere Ziele instrumentalisiert.

Im Unterschied zu den meisten anderen Erscheinungsformen der Armut weckt *Kinderarmut*, die nicht nur in der sog. Dritten Welt, sondern auch hierzulande vermehrt existiert, starke Emotionen und negative Assoziationen im Zusammenhang mit dem Thema „Altersicherung“, „Rentenreform“ bzw. „Neufassung des Generationenvertrages“, das in den Massenmedien auch schon einmal unter dem reißerischen Titel „Kampf der Generationen“ abgehandelt wird (vgl. Kampf der Generationen“, in: Der Spiegel v. 25.10.1999, S. 24 ff.).

Typisch für die Art und Weise, wie der Sensationsjournalismus das Problem aufgreift, war ein Bericht des Magazins „Stern“ über den „Sozialfall Deutschland“ unter dem Titel „Die Verlierer“, welcher mit den Worten begann: „Kinder, die heute geboren werden, sind eigentlich schon pleite. Denn eine Generation von Egoisten hat sich den Sozialstaat zur Beute gemacht und verpraßt die Zukunft ihrer Kinder. Sie hinterläßt Schulden in Billionenhöhe und ein Sozialsystem, das vor dem Kollaps steht. Doch jetzt fangen die Jungen an, gegen die Schmarotzer im Wohlfahrtsstaat aufzumucken.“ (Höfler 1995, S. 21, vgl. auch die Replik von Blüm 1995).

Familie als Fetisch – Kinderlose und Greise als Feindbilder?

Kinderarmut kann als ein politisch-ideologischer Hebel benutzt werden, um die Armutsbevölkerung und sogar Generationen gegeneinander auszuspielen. Denn die Existenz von Armut gilt heute als normal, *Kinderarmut* jedoch (noch) als Skandal. Während Kinder „würdige Arme“ sind, werden arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger/innen, darunter viele allein erziehende Mütter, die auch dann, wenn ihre Sprösslinge das Babyalter hinter sich haben, zu Hause bleiben und keiner Erwerbsarbeit nachgehen (wollen), als „unwürdige Arme“ betrachtet, wie die Debatten über schwarze „Welfare mothers“ in den USA vor Augen führten. (vgl. Langenfelder u.a. 1996)

Das traditionelle Leitbild der Familie, worunter viele Konservative immer noch die Hausfrauenehe mit zwei oder mehr Kindern verstehen, erhielt neuen Glanz. Seit der Fünfte Familienbericht 1993/94 eine „neue Familienorientierung“ zwecks Zukunftssicherung des „Humanvermögens“ proklamierte (Bundesministerium für Familie und Senioren 1994, S. 138), mutierte die Sozialpolitik in der Bundesrepublik

immer mehr zur Familienpolitik. Der öffentliche Diskurs über *Kinderarmut* hat sich nicht erst seit der Auseinandersetzung um den Zehnten Kinder- und Jugendbericht bzw. die Kritik der damaligen Familienministerin Claudia Nolte (CDU) an seinem Armutsbegriff vor der Bundestagswahl am 27. September 1998 intensiviert, ist aber eher ambivalent, weil keineswegs immer auf die Belange von Kindern und Jugendlichen fokussiert, die man zum Teil für andere Ziele instrumentalisiert.

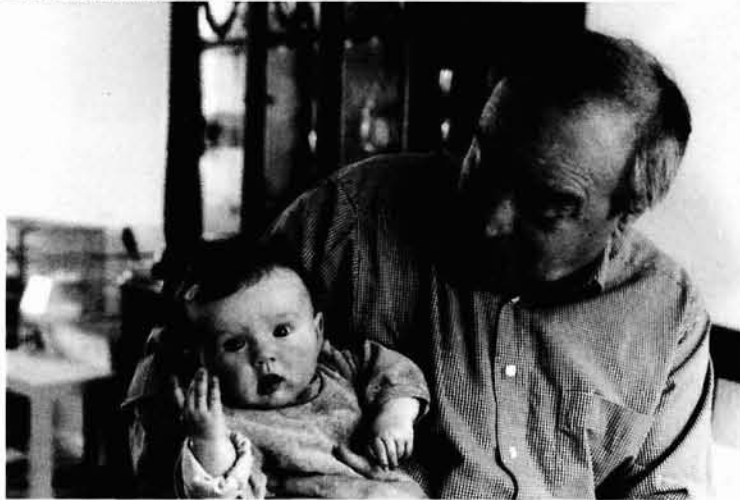
Ähnliches gilt für Debatten über die „Vergreisung“ der Gesellschaft und hieraus möglicherweise erwachsende Finanzierungsprobleme. Statt darüber nachzudenken, wie man aus einer Verschiebung der Altersstruktur resultierende Schwierigkeiten solidarisch (z.B. durch eine Verbreiterung der Basis des Rentensystems) bewältigen kann, benutzt man diese als willkommenes Argument für Kürzungen und funktioniert die Demographie auf diese Weise zu einem Mittel sozialpolitischer Demagogie um.

Ein gutes Beispiel dafür, wie durch demographische Horrorvisionen der geistig-politische Boden für Leistungskürzungen im Sozialbereich geebnet wurde, bot das Manifest „Weil das Land sich ändern muss“, in dem Marion Gräfin Dönhoff, Helmut Schmidt, Wolfgang Thierse und andere Prominente 1992 erklärten: „Wirtschaftliche und soziale Besitzstände, die auf den demographischen Prämissen der Vergangenheit aufbauen, sind in Frage gestellt. Ihre Geschäftsgrundlage hat sich verändert oder ist gar entfallen. Besonders betroffen hiervon sind (...) alle sozialstaatlichen Besitzstände. Sie stehen vor nachhaltigen Veränderungen bis hin zum Widerruf.“ (Dönhoff u.a. 1992, S. 29) Sozialpolitik reduziert sich demnach auf Familienpolitik, mit deren Hilfe die gesellschaftliche Reproduktion gesichert werden soll: „Erst wenn die einsichtigen materiellen und immateriellen Bedürfnisse von Kindern innerhalb und außerhalb des Familienverbandes befriedigt sind, können durch die Gesellschaft weitere sozialpolitische Aufgaben erfüllt werden. Die Geburt von Kindern darf in Deutschland nicht aus Gründen materieller Bedürftigkeit unterbleiben. Die Bevölkerung muß erkennen, daß die Erziehung von Kindern ihre vitalste Aufgabe überhaupt ist.“ (Ebd., S. 32)

Wieder salonfähig gemacht wird eine *pronatalistische* Sozial-, Familien- und Bevölkerungspolitik, die durch das NS-Regime in der Bundesrepublik für immer diskreditiert schien. Willi

* Christoph Butterwegge, Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Albers meint, dieses Tabu müsse fallen: „Es ist eine Binsenweisheit, daß die Kinderzahl die entscheidende Größe für das Funktionieren der Alterssicherung ist.“ (Albers 1997, S. 137) Wiewohl es auf den ersten Blick so scheinen mag, hängen die Renten *nicht* von der Biologie ab (vgl. Schui 1994, Rosenberg 1990). Vielmehr handelt es sich um eine genuin *politische* Frage, präziser: um Entscheidungen über die (Um-)Verteilung des – trotz einer stagnierenden und perspektivisch sogar sinkenden Bevölkerungszahl – kontinuierlich wachsenden Volkseinkommens. Tatsächlich fehlen keine (deutschen) Babys, höchstens Beitragszahler/innen, die man durch eine konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genauso gewinnen kann wie durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, vermehrte Zuwanderung und/oder die Erweiterung des Versichertenkreises (Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen, z.B. der Selbstständigen und Beamten, in die deutsche Sozialversicherung).

„Familienfundamentalismus“ nennt Thomas Ebert jene „theoretisch radikale und auch politisch militante Rückbesinnung auf vormoderne Wertorientierungen“, die von einer „Transferausbeutung“ der Eltern durch den Sozialstaat ausgeht und ihn zur Wiedergutmachung durch höhere (steuerliche) Entlastungen und/oder (Geld-)Leistungen für die Kindererziehung auffordert. (Ebert 1995, S. 365) „Es fällt auf, daß in Deutschland die Auffassung an Bedeutung gewinnt, Kinder zu haben und aufzuziehen, sei primär eine Leistung für die Gesellschaft, für die diese auch zu bezahlen habe.“ (Müller-Heine 1999, S. 60)

Ebert kritisiert, dass diese Ideologie den gesellschaftlich produzierten Reichtum letztlich auf den Fortpflanzungsmechanismus zurückführt, selbst noch das von der Kindergeneration erarbeitete Sozialprodukt als Eigentum der Eltern begreift und damit ein partnerschaftliches Verständnis der Geschlechterrollen konterkariert.

Martin Kohli erinnert daran, dass der Diskurs über „intergenerationelle Gerechtigkeit“, wie er in den USA schon seit Mitte der 80er Jahre geführt wurde, meist „eine verkappte Kritik am Wohlfahrtsstaat überhaupt“ war, und betont, dass er auch hierzu lande als „Vehikel für den neo-liberalen Versuch zum Sozialstaatsabbau insgesamt“ erhalten muss (Kohli 1999, S.128).

Der deutsche Sozial(versicherungs)staat hat wegen seiner engen

Bindung an die Normalbiographie, das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie einen gewissen Altersbias, d.h., dass seine Leistungen ungleich auf die Generationen verteilt sind. In einer alternden, aber nicht „vergreisenden“ Gesellschaft mit sich – aus anderen Gründen: Stichwort „Globalisierung“ – verschärfenden Interessengegensätzen hat die populärwissenschaftliche Literatur über einen angeblich kurz bevorstehenden „Krieg der Generationen“ medial Hochkonjunktur. Hierbei handelt es sich um die journalistische Dramatisierung eines gesellschaftlichen Verteilungskampfes (vgl. Behrend 1996, S. 264). Dieser lenkt – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen und Konfliktlinien, insbesondere der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. Schäfer 1999, S. 63), eher ab.

Gleichzeitig nimmt „das Kind“ im öffentlichen Diskurs über den Wohlfahrtsstaat und die künftige Entwicklung des Landes geradezu Fetischcharakter an. Biologistische und pronatalistische Momente dringen in die Sozialpolitik vor, was mit einer Verteufelung der Kinderlosigkeit und Akzentuierung des alt-neuen Feindbildes der „Doppelverdiener“ und „hedonistischer Singles“ ohne Nachwuchs korrespondiert. Diese bezichtigt man, die Finanzprobleme des Wohlfahrtsstaates, insbesondere der Alterssicherung, erzeugt und nicht für eine „normale“ Reproduktion der Gesellschaft gesorgt zu haben. Als mögliche Gegenmaßnahme wurden „Strafsteuern“ für Kinderlose erwogen, wobei man gern vergisst, dass die Steuerbelastung der Ledigen ohne Kinder schon jetzt wesentlich höher ist als jene der Familien(väter) (vgl. Dinkel 1995, S. 13).

Immer häufiger erscheinen Kinder nicht nur als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“, sondern auch als Privateigentum ihrer Eltern, das staatliche Subventionierung verdient. „Daß heute ein Drittel aller Ehen dauerhaft ohne Kinder bleibt und sich ein weiteres Drittel mit einem einzigen Kind zufrieden gibt, kommt sicher nicht von ungefähr. Nachdem der Nutzen, den die Kinder bringen, sozialisiert worden ist, die Kosten dagegen zu weit überwiegenden Teilen an den Privaten hängenblieben, ist die Familie zum schlechten Geschäft geworden. Und schlechte Geschäfte sucht der renditebewußte Deutsche zu vermeiden“ (Adam 1996, S. 13). Statt hieraus den Schluss zu ziehen, dass Renditeerwägungen nicht in den Mittelpunkt der Familienplanung gehören, fordert Konrad Adam, Verfasser dieser Zeilen, dass die Kindererziehung eine *höhere* Rendite (auf Kosten der Kinderlosen) abwerfen müsse. Der FAZ-Journalist behauptet, die Jungen würden seitens der Alten überverteilt, zieht die kinderlosen Paare des Egoismus und geißelt die Benachteiligung der Familien mit Kindern durch die Politik, möchte ihnen aber im Grunde noch mehr Verpflichtungen (z.B. die Familienpflege der Alten) aufbürden, um den Sozialstaat auf diese Weise zu „entschlacken“. Seine gesellschaftspolitischen Ziele, wie etwa die Privatisierung des Bildungswesens (Ebd. S. 214f), leitet Adam aus den Interessen der Kinder bzw. Familien ab.

Wer über *Kinderarmut* spricht, um das Armutproblem insgesamt verniedlichen und den sozialen Abstieg von Millionen Erwachsenen ignorieren zu können, missbraucht die junge Generation. Ein weiteres Beispiel dafür, wie deren *vermeintli-*

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung von Ehepaaren mit Kindern war ein verfassungsrechtlich wie (sozial)politisch fragwürdiger Eingriff in die Steuerhoheit des Gesetzgebers zugunsten der Besserverdienenden.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nett von Rudolf Scharping fungierenden Heidi Schüller den „besitzstands-klammernden Seniorenverbänden“, einer „routineerschöpften Politikerkaste“ sowie „erstarrten Verwaltungen und Lobbyistenorganisationen“ zugunsten „mutiger Reformen für unsere Kinder“ entgegnetritt: „Das berechnete Vertrauen der Jungen auf eine Zukunft mit realistischen Chancen, auf eine Zukunft, in der sich persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft lohnen, darf nicht enttäuscht werden. Insofern sind wir aufgefordert, das Bestehende in Frage zu stellen – bis hin zum Grundgesetz.“ (Schüller 1997, S. 57)

Schüller sprach sich allen Ernstes dafür aus, Hochbetagten das Wahlrecht zu entziehen (Schüller 1995, S. 179f), wie das Pluralwahlrecht den Eltern umgekehrt mehr Stimmen und damit den Interessen ihrer Kinder mehr Gewicht verleihen soll.

Wie man (Kinder-)Armut bekämpfen kann, ohne die Generationen gegeneinander auszuspielen

Kaum eine politische Grundsatzentscheidung wurde in der Öffentlichkeit so einhellig begrüßt wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familien (genauer: von Ehepaaren mit Kindern) vom 10. November 1998. Was die Medien als höchstrichterlichen Ukas zur Besserstellung „der Familien“ feierten, war ein verfassungsrechtlich wie (sozial)politisch fragwürdiger Eingriff in die Steuerhoheit des Gesetzgebers zugunsten der Besserverdienenden. Statt durch die Konzentration des Familienlastenausgleichs auf ein einheitliches Kindergeld die sozialen Unterschiede zu verringern, vertiefte die Einführung eines Betreuungss- sowie eines Erziehungsfreibetrages (ab 1. Januar 2002) für – gut verdienende – Ehepaare die Kluft zwischen Arm und Reich, was weder bedürftigen Kindern noch der Gesellschaft insgesamt dient. Denn davon profitieren vor allem die Reichen mit Kindern, nicht jedoch die armen Kinderreichen. Hingegen wäre zu überlegen, ob man das Kindergeld nur noch einkommensabhängig gewähren, also nach der Höhe des elterlichen Einkommens staffeln sollte (Beckerhoff 1999, S. 311ff).

Teilweise kommt der Diskussion über Kinderarmut eine politische Alibi- und Ablenkungsfunktion zu. Lutz Leisering moniert, dass die Bedarfsgerechtigkeit auf der Strecke bleibt,

che Interessen für eine *unsoziale* Politik vereinnahmt werden, liefert Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), mit seiner auf den ersten Blick durchaus überzeugenden Aufforderung, Nachhaltigkeit auch im Rahmen der Sozialpolitik zu verwirklichen: „Wenn es möglich war, die Verpflichtung zum Umweltschutz in allen Schichten, in allen Generationen und in allen Parteien zu verankern, wenn die gesamte deutsche Gesellschaft heute bereit ist, zugunsten nachfolgender Generationen in saubere Flüsse, klare Seen und mehr Wälder zu investieren, dann müßte sie doch auch bereit sein, unseren Kindern nicht immer weiter steigende Zinszahlungen und marode Sozialversicherungssysteme zu hinterlassen.“ (Henkel 1998, S. 11)

Henkels Vorwort zu dem Buch „Jetzt oder nie“ enthält eine Überlegung, durch die sich seine Taktik besser verstehen lässt: „Reformen, die mit der Verantwortung für kommende Generationen plausibel begründet werden können, haben eine gute Chance, von Medien und Öffentlichkeit akzeptiert und vom Wähler honoriert zu werden.“ (Ebd. S. 12) Was der BDI-Präsident damit meint, wird erkennbar, wenn er das neoliberale Modell eines um Marktmechanismen und Konkurrenzprinzipien „angereicherten“ Wohlfahrtsstaates mit den Lebensinteressen künftiger Generationen legitimiert: „Ludwig Erhard hat die Marktwirtschaft sozial gemacht. Heute müssen wir die Sozialpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten renovieren, im eigenen Interesse und weil wir es unseren Kindern schulden.“ (Ebd. S. 25f)

Um ihr „Zukunftsprogramm 2000“ zu rechtfertigen, benutzt die rot-grüne Regierungskoalition dassel-

be Argumentationsmuster: „Würde die Bundesregierung zusehen, wie die Staatsverschuldung weiter wächst“, heißt es in einem Falblatt, „so wären künftige Generationen arm dran.“ (Bundesregierung 1999)

In einer Broschüre der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wiederum liest man über das Sparpaket, Finanzminister Eichel habe es „(a)us Verantwortung gegenüber der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder“ vorgelegt: „Um die Zukunft Deutschlands sichern zu können, ist eine harte Konsolidierungspolitik notwendig. Das sind wir unseren Kindern schuldig. (...) Es geht um das Deutschland auch unserer Kinder.“ (SPD-Bundestagsfraktion, S. 11 und 9)

Die populäre Formel der „Nachhaltigkeit“ von der Ökologie, wo sie das Problem der Verwendung nicht-regenerativer Energien ins öffentliche Bewusstsein ruft, auf die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik zu übertragen, wie es neben Hans-Olaf Henkel mittlerweile auch immer mehr Politiker der Bündnisgrünen tun, bedeutet für Micha Brumlik, einen „Bruch mit den Prinzipien einer liberalen, repräsentativen Demokratie“ zu provozieren: „Die Gleichsetzung von Steuerbelastungen mit schwindenden Ressourcen stellt (...) auf der theoretischen Ebene einen massiven Kategorienfehler dar, der politisch nicht nur zu einem Abbau öffentlicher Investitionen zugunsten aller möglichen privaten ‚Vorsorgesysteme‘ sowie zu einer weiteren Zunahme öffentlicher Armut zugunsten ungleich verteilten privaten Reichtums führt.“ (Brumlik 1999, S. 1464)

Selbst die Verfassung steht zur Disposition, wenn die Ärztin, frühere Spitzensportlerin und 1994 als Gesundheitsministerin im Schattenkabi-

Die unübersehbare „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser) darf nicht zu einer Familiarisierung der Sozialpolitik führen!

wenn die soziale zu einer Familienfrage umdefiniert und darauf reduziert wird: „Nicht Unterschiede von Arm und Reich, von sozialen Schichten oder zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern Ungleichheiten zwischen kinderreichen und kinderlosen Familien bzw. zwischen Familien und Alleinstehenden stehen derzeit im Vordergrund der Politik.“ (Leisering 1999, S. 16 Hervorh. im Orig.)

Tatsächlich muss Gesellschaftspolitik auch Familien-, vor allem jedoch Kinder- und Jugendpolitik sein. Familien darf die Sozialpolitik nicht dominieren, wie das im sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reich aus weltanschaulich-ideologischen Gründen geschah. Kinderarmut sollte bekämpft werden, ohne gleich in einen Familienfundamentalismus zu verfallen, welcher die Rückkehr zu vormoderne[n] wie -demokratischen Werthaltungen impliziert. Die unübersehbare „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser) darf nicht zu einer Familiarisierung der Sozialpolitik führen! Bevölkerungspolitik bietet keinen Ausweg im Hinblick auf demographische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur.

Thomas Ebert unterscheidet neben der „fundamentalistischen“, auf die Statussicherung für Eltern gegenüber Kinderlosen derselben Schicht gerichteten, eine „emanzipatorische“ Familienpolitik, die andere Ziele verfolgt: „Sie geht von der Diagnose aus, daß gesellschaftliche Strukturprobleme, sei es am Arbeitsmarkt, in der Einkommensverteilung, am Wohnungsmarkt, im Verkehr und im Städtebau, in der Chancenverteilung zwischen Männern und Frauen oder im Bildungswesen, in erster Linie zu Lasten von Kindern gehen.“ (Ebert 1995, S. 369)

Kinderarmut kann nicht durch Aufwertung traditioneller Familienformen, sondern nur durch die Bereitstellung/Verbesserung der sozialen Infrastruktur und entsprechender Dienste für die davon (potenziell) Betroffenen wirksam bekämpft werden (vgl. Bäcker/Stolz-Willig 1994, S. 13ff, und Bäcker 2000, S. 267). Statt jene Menschen materiell besser zu stellen, die Kinder haben, sind jene Kinder besser zu stellen, die keine gut situierten Eltern haben oder von ihnen vernachlässigt werden. Es muss darum gehen, solche Kinder direkt und unabhängig von der jeweiligen Familienform wie von der Erwerbsbiographie ihrer Eltern zu unterstützen (Joos 1997, S. 76). **spw**

Literatur:

Adam, Konrad: Für Kinder haften die Eltern. Die Familie als Opfer der Wohlstandsgesellschaft, Weinheim/Berlin 1996

Albers, Willi: Die Alterssicherung kindererziehender Mütter und Witwen, in: Sozialer Fortschritt 6-7/1997

Bäcker, Gerhard: Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter: Defizite der sozialen Sicherung, in: Butterwegge (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland, a.a.O.

Bäcker, Gerhard/Stolz-Willig, Brigitte: Vereinbarkeit von Beruf und Familie als eine Zukunftsaufgabe des Sozialstaats, in: dies. (Hrsg.), Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats, Köln 1994

Beckerhoff, Petra: Ein Weg zu mehr Gerechtigkeit. Kein Kindergeld für Besserverdienende, in: Soziale Sicherheit 9-10/1999

Behrend, Christoph: Krieg der Generationen statt Generationenvertrag – ein realistisches Szenario?, in: Sozialer Fortschritt 11/1996, S. 264

Blüm, Norbert: „Im gemachten Bett ist es leicht zu randalieren“, in: Stern v. 14.6.1995, S. 120 ff.

Brumlik, Micha: Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit. Zur Kritik eines neuen Grundwerts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1464

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, Fünfter Familienbericht, Bonn 1994,

Butterwegge, Christoph, u.a.: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998;

ders. u.a. (Hrsg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999a

ders.: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 2. Aufl. Opladen 1999b

Butterwegge, Christoph (Hrsg.): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt am Main/New York 2000

Dinkel, Reiner Hans: Die Kinderlosen: das neue Feindbild der Familien-, Steuer- und Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt 1/1995, S. 13

Dönhoff, Marion, u.a.: Weil das Land sich ändern muss. Ein Manifest, Reinbek bei Hamburg 1992

Ebert, Thomas: Familienfundamentalismus und Alterssicherung, in: WSI-Mitteilungen 6/1995

Henkel, Hans-Olaf: Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik, Berlin 1998

Höfler, Norbert: Die Verlierer, in: Stern v. 11.5.1995, S. 21.

Joos, Magdalena: Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern, in: Ulrich Otto (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen 1997

Kohli, Martin: Ausgrenzung im Lebenslauf, in: Sebastian Herkommer (Hrsg.), Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg 1999

Langenfelder, Bettina, u.a.Ö: Sozialhilfe in den USA – Die Disziplinierung von „Wel-

fare Mothers“, in: Feministische Studien 2/1996

Leisering, Lutz: Eine Frage der Gerechtigkeit. Armut und Reichtum in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1999

Müller-Heine, Karin: Ziele und Begründungen von Familienpolitik, in: Arbeit und Sozialpolitik 9-10/1999

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Fair in die gemeinsame Zukunft, Berlin (Oktober) 1999, unpag.

Rosenberg, Peter: Das soziale Netz vor der Zerreißprobe? – Ökonomische, technologische und demographische Herausforderungen, Frankfurt am Main 1990

Der Spiegel: Kampf der Generationen“, 25.10.1999

Schui, Herbert: Die Rentenversicherung ist kein biologisches Problem, in: Frankfurter Rundschau v. 7.1.1994

Schäfer, Claus: Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen?, Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort“-Debatte, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, a.a.O.

Schüller, Heidi: Wir Zukunftsdiebe. Wie wir die Chancen unserer Kinder verspielen, Berlin 1997

dies., Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag, Berlin 1995

SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Zukunftsprogramm kompakt. Daten – Fakten – Argumente, Berlin 1999

Statt jene Menschen materiell besser zu stellen, die Kinder haben, sind jene Kinder besser zu stellen, die keine gut situierten Eltern haben oder von ihnen vernachlässigt werden.

antimilitarismus information

Wir sind die Guten !

4/00

ami

- ☛ Friedliche Turbulenzen der PDS ☛ Reform der Bundeswehrstruktur?
- ☛ Deutsche Waffen für Südafrika ☛ 3. Weltkrieg um Pristina? ☛ Nordirland: Belauern statt Abrüsten
- ☛ Militärsteuerverweigerung: vom Symbol zum Gesetz?
- ☛ Grüne Haushaltssanierung mit Solifonds **uvm.**

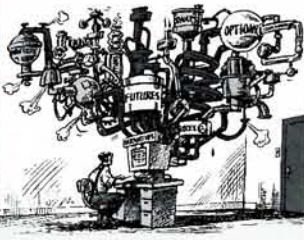
monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto) **Probeheft gratis**
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>
 Telefon/Fax: +30-25 79 73 42

Hier gibt's was!

Jörg Huffs Schmid

Politische Ökonomie der Finanzmärkte



VSA

1 Jörg Huffs Schmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80

Dagmar Everding
Michael Kruse
Harald Kugel
(Hg.)

Demokratie in Deutschland

Bewährungsprobe
"Globalisierung"

Papirusa

2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00

Wulf D. Hund

Rassismus

Die soziale Konstruktion
natürlicher Ungleichheit

WESTFÄLISCHES DAMPBOOT



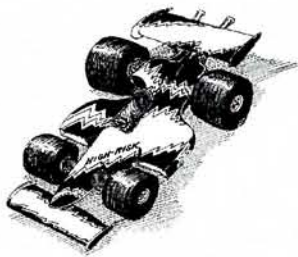
3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

4 Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80

Elmar Altvater/Frigga Haug/
Oskar Negt u.a.

Turbo- Kapitalismus

Gesellschaft im Übergang
ins 21. Jahrhundert



VSA

5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80

Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.)

Der Kosovo-Krieg

Fakten
Hintergründe
Alternativen

Papirusa

6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80

HEINZ STEINERT
KULTURINDUSTRIE



EINSTIEGE

WESTFÄLISCHES DAMPBOOT



Abo-Prämien 2000

spw